

**1. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 20. September 2012,
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 22.40 Uhr**

Anwesend sind: 41 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Daniel Dähler, 2. Heinz Eng, 3. Nadja Fleischli, 4. Sandro Gervasoni, 5. Sarah Honegger,
6. Alexandra Kämpf, 7. Urs Knapp, 8. Dr. Max Pfenninger, 9. Thomas Rauch, 10. Simone
Roth, 11. René Wernli

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Markus Ammann, 2. Ramazan Balkaç, 3. Rolf Braun, 4. Lukas Derendinger,
5. Werner Good, 6. Thomas Marbet, 7. Huguette Meyer Derungs, 8. Dr. Rudolf Moor,
9. Daniel Schneider, 10. Luzia Stocker Rötheli, 11. Dr. Arnold Uebelhart

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Georg Dinkel, 2. Heidi Ehram, 3. Antonia Hagmann (bis 20.30 Uhr), 4. Thomas Pfluger,
5. Roland Rudolf von Rohr, 6. Marcel Steffen

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Marlène Wälchli Schaffner

Grünliberale Partei:

1. Simon Haller

Grüne Olten:

1. Anna Engeler, 2. Myriam Frey Schär, 3. Beate Hasspacher, 4. Anita Huber, 5. Sandra Näf,
6. Theo Schöni, 7. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Marcel Buck, 2. Doris Känzig, 3. Kilian Schmidiger, 4. Dr. David Wenger

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident
Dr. Martin Wey, Vize-Präsident, Baudirektion
Mario Clematide, Direktion Bildung und Sport
Peter Schafer, Direktion Soziales
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Öffentliche Sicherheit
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion

Stefan Hagmann, Rechtskonsulent

Ueli Kleiner, Leiter Direktion Bildung und Sport

Hans Peter Müller, Verwaltungsleiter Sozialdirektion

Mario Schenker, Controller

Markus Sieber, Finanzverwalter

Urs Tanner, Finanzverwalter

Entschuldigt abwesend:

Thomas Frey

Daniel Probst

Florian Amoser

Dieter Ulrich

Sonja Bossart Meier

Stephan Hodonou

André Köstli

Christian Werner

Gert Winter

Vorsitz: Anna Engeler

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Eröffnungsansprache der Parlamentspräsidentin
2. Mitteilungen
- * 2a Dringliche Interpellation Marcel Buck (SVP) betr. Was läuft falsch bei der Umsetzung von „OltenSüdWest“?/Frage der Dringlichkeit
3. Geschäftsprüfungskommission/Demission und Ersatzwahl
4. Kommission für Stadtentwicklung/Ersatzwahl
5. Museenkommission/Ersatzwahl
6. Schulkommission/Ersatzwahl
7. Sozialkommission der Sozialregion Olten/Demission und Ersatzwahl
8. Sportkommission/Demission und Wahl
9. Zweckverband Abwasserregion Olten/Demission und Ersatzwahl
10. Finanz- und Investitionsplan 2013-2019/Kennntnisnahme
11. Sozialregion Olten, Stellenplanung/Anwendung des kantonalen Stellenschlüssels
12. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
- * 12.0 Dringliche Interpellation Marcel Buck (SVP) betr. Was läuft falsch bei der Umsetzung von „OltenSüdWest“?
- 12.1. Interpellation Sarah Honegger (FDP) und Mitunterzeichnende betr. verbesserter Zugang zum Friedhof Meisenhard (eingereicht am 15.09.2011)
- 12.2. Postulat Thomas Rauch (FDP) und Mitunterzeichnende betr. 30%-Beteiligung der ArbeitnehmerInnen an der erzielten Verminderung des Personalaufwands (eingereicht am 15.12.2011)
- 12.3. Postulat Thomas Rauch (FDP) und Mitunterzeichnende betr. Aufbau Benchmarking ggü. vergleichbaren Städten (eingereicht am 15.12.2011)
- ** 12.4. Postulat SP-Fraktion betr. Demokratiebeteiligung erhöhen (eingereicht am 28.03.2012)
- ** 12.5. Überparteiliche Interpellation betr. „Propaganda aus dem Stadthaus“ (eingereicht am 10.05.2012)
- * Ergänzung der Traktandenliste
- ** aus Zeitgründen verschoben

* * *

Parlamentspräsidentin Anna Engeler begrüsst die Anwesenden ganz herzlich zur ersten Parlamentssitzung nach der Sommerpause.

* * *

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 20. September 2012

Akten-Nr. 57/11

Prot.-Nr. 1

Übernahme des Vorsitzes durch die neu gewählte Präsidentin mit Antrittsrede

Parlamentspräsidentin Anna Engeler hält folgende Antrittsrede:

„Ihr kennt mich alle – Ich bin nicht die Frau der grossen Wort und aus tiefstem Herzen Sachpolitikerin. Es verwundert daher nicht, dass die Antrittsrede nicht gerade mein liebstes Kind in diesem Jahr ist.

Ich habe mir aber von verschiedenen Seiten bestätigen lassen, dass der direkte Übergang zu Traktandum 2 keine Option ist. Deswegen dürft ihr euch nun ein paar einführende Worte von meiner Seite anhören.

Ich habe mich für meine Antrittsrede inspirieren lassen von der letzten KOLT Parteifrage für die Rubrik von Links nach Rechts

Darin hiess es: Diesmal ist Ihre Kreativität gefragt. Lassen Sie Ihren Ideen oder Forderungen freien Lauf!

"Nennen Sie uns konkrete Vorschläge und Ideen, welche zur Bereicherung eines bunten und lebendigen Oltner Nachtlebens beitragen."

Obwohl ich selber gerne mal am Nachtschwärmen bin, ist es nicht die Frage an sich die ich aufgreifen möchte sondern die Einleitung.

Diesmal ist Kreativität gefragt und Ideen.

Das hat mich an meine ersten Schritte in der Politik erinnert. Gerade 18 dachte ich, dass ich nun da ich endlich mitreden darf, als junge Gemeinderätin die Welt oder zumindest die Welt um mich herum verändern werde.

Die Erkenntnis, dass die Politik zwar genauso spannend ist wie gedacht aber doch ein wenig komplexer kam sehr rasch als ich das Sachgeschäft kennen lernte. Bis dahin war ich der naiven Meinung, dass der Gemeinderat vor allem eine grosse Diskussionsrunde ist bei der wir Ideen austauschen und die besten davon umsetzen.

Sachgeschäfte können wir nicht immer direkt und unmittelbar beeinflussen

Es verhält sich damit ein wenig wie mit dem Finanzplan den wir später noch diskutieren. Viele Sachgeschäfte sind sozusagen „gebundene“ Geschäfte. Gebunden, weil wir uns in früheren Entscheiden dazu verpflichtet haben oder weil Kanton oder Bund uns Auflagen machen.

Manche dieser Geschäfte gebe ich ehrlich zu überfordern mich als Einzelperson. Wir sind ein Milizparlament und als solches ist nicht jeder Einzelne zwingend und gleichzeitig Bau- oder Pensionskassenexperte. Die meisten von uns haben noch nie ein Polizeicorps oder

eine Schule geführt und die meisten von uns kennen sich auch nicht detailliert mit der Sozialgesetzgebung aus.

Wir sind gezwungenermassen als Einzelne ein wenig ratlos wenn wir über solche Themen entscheiden müssen. Ich weiss aber auch, dass im Rat Kolleginnen und Kollegen mitarbeiten und mitdenken, die im einen oder anderen Thema fachlich sehr viel Knowhow einbringen können und es hat sich für mich oftmals sehr gelohnt, diesen, auch wenn sie in einer anderen Fraktion waren, genau zu zuhören.

Darüber hinaus müssen wir uns darauf verlassen können, dass die Verwaltung uns die Geschäfte gewissenhaft und korrekt vorbereitet, so dass wir auf Basis dieser Dokumentation das Für und Wider abwägen können und zu einer Entscheidung gelangen. Das ist zweifellos meistens der Fall und ich möchte mich dafür auch bei der gesamten Verwaltung bedanke die grossartige Arbeit leistet.

Wenn ich aber nur Vorlagen beurteilen kann die die Verwaltung unter der Leitung des Stadtrates vorbereitet, fühle mich nur als halbe Politikerin.

Ebenso wichtig wie reine Beurteilung und Entscheidung ist mir der Gestaltungsauftrag den wir als Politiker haben.

Und die spiegelt sich eben viel mehr im parlamentarischen Vorstoss – der leider oft ein wenig im Schatten der Sachgeschäfte steht. Hier können wir genau das tun, weswegen ich in die Politik eingestiegen bin – wir können die Welt um uns herum verändern und gestalten.

Hier können wir über die Dinge sprechen die wir verstehen - weil wir sie leben. Und hier sind wir auch direkt die Vertreter des Volkes.

Wir entscheiden nicht nur für unsere Wähler sondern tragen ihre Ideen ins Parlament. Ideen die wir gemeinsam am Stammtisch entwickelt haben oder Anliegen die an uns getragen werden aus unserem Umfeld.

Meine Wähler sind sicher froh wenn sie nicht selber das Budget der Stadt Olten durchkämmen müssen, sie spüren aber die direkte Auswirkung unser Arbeit viel eher bei den harmonisierten Öffnungszeiten für Bars und Restaurants welche sie besuchen. Wir werden gewählt aufgrund von Kleinigkeiten die sich aber direkt auf unseren Alltag auswirken. Denn in den mit den kleinen Veränderungen die wir als Politikerinnen und Politiker in der Hand haben wird Politik erst persönlich und hier macht Politik Spass weil wir im Gespräch mit Oltnerinnen und Oltner und am Puls der Zeit politisieren.

Ich möchte deswegen mein Jahr ein dem parlamentarischen Vorstoss widmen. Mir ist bewusst, dass es ein bisschen Wasser in den Rhein oder besser gesagt die Aare tragen ist. Schliesslich ist nächstes Jahr ein Wahljahr und da liegt es in der Natur der Sache, dass alle Parteien plötzlich vor Ideen sprühen.

Ich wünsche mir jedoch eine nachhaltigere Sichtweise die auch im übernächsten Jahr noch spürbar ist und Ideen die den Wahlkampf überleben weil es eben wirklich gute Ideen sind.

Im Sinne einer besseren Verwaltung und Gestaltung Balance wünsche ich mir zukünftig mehr Sachgeschäfte die auch tatsächlich auf unserem Mist gewachsen sind.

Ich möchte somit mit einem persönlichen Anliegen an euch schliessen. Ich wünsche mir in diesem Jahr mehr Sach- als Parteipolitik – Nutzen wir das Expertenwissen, das manche von uns haben, unabhängig davon ob sie in der „falschen“ Partei sitzen. Wir können dabei nur gewinnen indem wir gemeinsam bessere Entscheidungen für unsere Stadt treffen. Und trauen wir uns kreativ zu sein und auch mal einen ungewöhnlichen Vorstoss wagen – Den Visionen sind noch nie aus dem ewig gleichen erwachsen.

Jetzt da ich auch noch darum gebeten habe die Traktandenliste zu füllen, sollte ich wohl damit beginnen die die vor uns liegt abzutragen kommen wir also zu Traktandum 2.“

Es folgt Applaus.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

Mitteilungen

Parlamentspräsident Marcel Buck:

Protokollgenehmigung

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 24. Mai 2012 ist vom Büro am 3. September 2012 definitiv genehmigt worden.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Dringliche Interpellation Marcel Buck (SVP) betr. Was läuft falsch bei der Umsetzung von „OltenSüdWest?
- Motion Kilian Schmidiger (SVP) betr. Streichung der kommunalen Personalsteuer
- Motion Arnold Uebelhart (SP) und Mitunterzeichnende betr. Ergänzung von Art. 14 Polizeireglement der EG der Stadt Olten zur Strassenprostitution
- Interpellation Felix Wettstein (Fraktion Grüne) und Mitunterzeichnende betr. Preisgestaltung im neuen Strommix
- Überparteiliche Interpellation betr. künftige Fussgängerquerung über die Kantonsstrasse beim Winkel

* * *

Terminplan 2013

Der Sitzungsplan 2013 wurde mit den Parlamentsunterlagen zugestellt.

* * *

Kleine Anfrage Florian Amoser (SP) betr. „Freiheitslinde“ auf dem Klosterplatz

Die Beantwortung wurde den Parlamentsunterlagen beigelegt.

* * *

Anfrage KV-Lernende Stadt Grenchen

Nadja Stampfli bittet uns um unsere Unterstützung bei ihrer Abschlussarbeit und sucht Personen, die in der Politik tätig sind und Kinder im Alter von 18 bis 25 Jahren haben. Dazu schreibt sie eine Arbeit. Wer in dieser Lage ist, möchte sie doch bitte Zeit nehmen, den Fragebogen auszufüllen. Die KV-Lernende wäre sehr dankbar.

* * *

Totenehrung

Am 14. Juli 2012 ist Max Märki im Alter von 101 Jahren verstorben. Er gehörte zwischen 1957 und 1969 dem Oltner Gemeinderat an und war in diversen politischen Kommissionen tätig.

Am 21. Juli 2012 ist Dr. Stephan Müller im Alter von 80 Jahren verstorben. Auch er war zwischen 1965 und 1969 Gemeinderat und ebenfalls in politischen Kommissionen aktiv.

Am 18. August 2012 ist im Alter von 97 Jahren Karl Rüde verstorben. Er war von 1973 – 1989 Mitglied der Kulturförderungskommission.

Am 18. August 2012 ist Roland Wälchli im Alter von 79 Jahren verstorben. Er war von 1973 - 1977 Gemeinderat und in zahlreichen politischen Kommissionen aktiv.

Die Anwesenden erheben sich zu Ehren der Verstorbenen von ihren Sitzen.

* * *

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 20. September 2012

Akten-Nr. 7/6, 16/2

Prot.-Nr. 2

Kleine Anfrage Florian Amoser (SP) betr. „Freiheitslinde“ auf dem Klosterplatz/Beantwortung

Am 28. Juni 2012 hat Florian Amoser (SP) den folgenden Vorstoss eingereicht:

„Wie in den Medien zu lesen war, hat die FDP Stadt Olten anlässlich ihres Jubiläums auf dem Klosterplatz eine Freiheitslinde „gepflanzt“. Hierzu folgende Fragen:

1. Wurde für die Freiheitslinde von der FDP eine „finanzielle Patenschaft“ übernommen?
2. Fallen durch die Freiheitslinde zusätzliche Kosten für die Stadt Olten an, wenn ja welche?“

- - - - -

Stadtpräsident Ernst Zingg beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

1. *Wurde für die Freiheitslinde von der FDP eine „finanzielle Patenschaft“ übernommen?*

Nein.

2. *Fallen durch die Freiheitslinde zusätzliche Kosten für die Stadt Olten an, wenn ja welche?*

Nein.

Mitteilung an:
Direktion Stadtpräsidium/Herr Markus Dietler
Rechtskonsulent
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 20. September 2012

Akten-Nr. 3/13

Prot.-Nr. 3

Dringliche Interpellation Marcel Buck (SVP) betr. «Was läuft falsch bei der Umsetzung von «Olten SüdWest»?»/Frage der Dringlichkeit

Marcel Buck: Zur Dringlichkeit meines Vorstosses gibt es noch Folgendes zu sagen: Ich möchte mit dieser Interpellation erreichen, dass ein zentrales, wenn nicht das zentrale Entwicklungsprojekt in Olten, nämlich OltenSüdWest als weitere einzigartige Chance nicht verpasst wird. Mit der Interpellation möchte ich erreichen, dass der Stadtrat und die verantwortlichen Planer bestehende, zum Teil festgefahrene Strukturen überdenken, Probleme oder Reibungspunkte dadurch erkennen und korrigieren bzw. Sofortmassnahmen ergreifen. Ich will jetzt Antworten auf die Fragen, die notabene nicht abschliessend zum Thema sind, aber uns allen hier als verantwortliche politische Vertreterinnen und Vertreter die Möglichkeit geben, einen Einblick in die vom Stadtrat sicherlich nicht bestrittenen verfahrenen Verhandlungen und Widersprüche zu geben. Es ist nicht fünf vor zwölf, sondern zwei vor zwölf. Wir brauchen Grundlagen, das heisst Antworten, und zwar jetzt und nicht erst in einem halben Jahr, damit wir unsere Aufgabe als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, und das betone ich hier ganz stark, gemeinsam, wie es Anna gesagt hat, wahrnehmen zu können. Deshalb bitte ich Euch im Namen der Sache, die Dringlichkeit zu unterstützen und so dieses Projekt mit einem einstimmigen oder zumindest grossmehrheitlichen Zeichen auch an die Grundeigentümerschaft zu bestärken. Noch einmal: Im Moment ist immer noch vor zwölf. Warten wir nicht einfach und schauen dann einmal, bis es nach zwölf Uhr ist. Es liegt in unserer Verantwortung:

Stadtrat Dr. Martin Wey: Selbstverständlich ist der Stadtrat für die Dringlichkeit und bittet auch entsprechend abzustimmen.

Beschluss

Der Dringlichkeit wird einstimmig zugestimmt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 20. September 2012

Akten-Nr. 57/12

Prot.-Nr. 4

Mitteilung Parlamentsbüro betr. Kommissionswahlen

Parlamentspräsidentin Anna Engeler: Wir haben diskutiert, dass es eigentlich etwas schade ist, dass wir hier regelmässig Personen wählen, die wir überhaupt nicht kennen und es schön wäre, dass die Fraktionspräsidenten, wenn man neue Personen für die Kommissionen nominiert, vielleicht jeweils zwei bis drei Sätze zu diesen Personen mit senden könnten. Dies einfach, damit man zumindest etwas einen Eindruck hat, wen man wählt. Das müssen keine Lebensläufe sein, und wir möchten das Ganze auch nicht wirklich als verbindlich erklären. Es ist einfach ein Appell an die Fraktionspräsidenten und –präsidentinnen, dass es nett wäre, wenn wir auch wüssten, wen wir hier jeweils wählen.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 20. September 2012

Akten-Nr. 16/6

Prot.-Nr. 5

Geschäftsprüfungskommission/Demission und Ersatzwahl

Für die Geschäftsprüfungskommission ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Mail vom 4. Juli 2012 gibt Urs Knapp (FDP) den Rücktritt aus der Geschäftsprüfungskommission per 12. September 2012 bekannt.

Mit Schreiben vom 13. September 2012 hat die FDP mit Heinz Eng auch eine Nachnomination bekannt gegeben.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament die Demission von Urs Knapp (FDP) und die Ersatzwahl von Heinz Eng (FdP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig werden die Demission von Urs Knapp (FdP) und die Ersatzwahl von Heinz Eng (FdP) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Urs Knapp, Blumenweg 29, 4600 Olten

Herrn Heinz Eng, Fustlighalde 24a, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)

Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten

Kommissionsverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 20. September 2012

Akten-Nr. 16/22

Prot.-Nr. 6

Kommission für Stadtentwicklung/Ersatzwahl

Für die Kommission für Stadtentwicklung ist eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Als Ersatz für Daniel Dähler schlägt die FDP Deny Sonderegger, Hornusserstrasse 6, als neues Mitglied der Kommission für Stadtentwicklung vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament die Ersatzwahl von Deny Sonderegger (FDP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Ersatzwahl von Deny Sonderegger (FDP) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Deny Sonderegger, Hornusserstrasse 6, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)

Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten

Kommissionsverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 20. September 2012

Akten-Nr. 16/16

Prot.-Nr. 7

Museenkommission/Ersatzwahl

Für die Museenkommission ist eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Als Ersatz für Daniel Dähler schlägt die FDP Ivan Jäggi, Martin-Distelstrasse 4, als neues Mitglied der Museenkommission vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament die Ersatzwahl von Ivan Jäggi (FDP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Ersatzwahl von Ivan Jäggi (FDP) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Ivan Jäggi, Martin-Distelstrasse 4, 4600 Olten
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 20. September 2012

Akten-Nr. 16/20

Prot.-Nr. 8

Schulkommission/Ersatzwahl

Für die Schulkommission ist eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Als Ersatz für Silvia Jäggi-Fröhlich schlägt die FDP Max Husi, Sonnhaldenstrasse 50, als neues Mitglied der Schulkommission vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament die Ersatzwahl von Max Husi (FDP) zu genehmigen.

Beschluss

Mit 39 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Ersatzwahl von Max Husi (FDP) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Max Husi, Sonnhaldenstrasse 50, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Direktion Bildung und Sport
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 20. September 2012

Akten-Nr. 16/23

Prot.-Nr. 9

Sozialkommission der Sozialregion Olten/Demission und Ersatzwahl

Für die Sozialkommission der Sozialregion Olten ist eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Mit Schreiben vom 18. Juli 2012 demissioniert Peter Fehlmann (FDP) als Mitglied und Präsident der Sozialkommission der Sozialregion Olten per 31. Dezember 2012.

Als Ersatz für Peter Fehlmann schlägt die FDP Silvia Moser-Cotting, Mattenweg 36, als neues Mitglied der Sozialkommission der Sozialregion Olten zur Wahl vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Peter Fehlmann (FDP) und die Ersatzwahl von Silvia Moser-Cotting (FDP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig werden die Demission von Peter Fehlmann (FDP) und die Ersatzwahl von Silvia Moser-Cotting (FDP) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Peter Fehlmann, Hornusserstrasse 11, 4600 Olten
Frau Silvia Moser-Cotting, Mattenweg 36, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Direktion Bildung und Sport
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 20. September 2012

Akten-Nr. 16/21

Prot.-Nr. 10

Sportkommission/Demission und Wahl

Für die Sportkommission sind eine Demission und eine Wahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Mit Mail vom 2. Juli 2012 demissioniert Andreas Hagmann (CVP) als Mitglied der Sportkommission per 1. August 2012.

Für den vakanten Sitz schlägt die SP Samuel Planzer, Seidenhofweg 31 (parteilos), als neues Mitglied der Sportkommission zur Wahl vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Andreas Hagmann (CVP) und die Wahl von Samuel Planzer (parteilos) für den vakanten Sitz der SP zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig werden die Demission von Andreas Hagmann (CVP) und die Wahl von Samuel Planzer (parteilos) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Andreas Hagmann, Brückenstrasse 47, 4632 Trimbach
Herrn Samuel Planzer, Hagmattstrasse 15, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Direktion Bildung und Sport
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 20. September 2012

Akten-Nr. 16/34

Prot.-Nr. 11

Zweckverband Abwasserregion Olten/Demission und Ersatzwahl

Für den Zweckverband Abwasserregion Olten sind eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Mit Mail vom 22. Juni 2012 demissioniert Adrian Balz (FDP) als Delegierter in den Zweckverband Abwasserregion Olten per Ende September 2012.

Als Ersatz für Adrian Balz schlägt die FDP Ernst Zingg, Terrassenweg 26, als neuen Delegierten in den Zweckverband Abwasserregion Olten zur Wahl vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Adrian Balz (FDP) und die Ersatzwahl von Ernst Zingg (FDP) zu genehmigen.

Beschluss

Grossmehrheitlich (38 : 0 bei 2 Enthaltungen) werden die Demission von Adrian Balz (FDP) und die Ersatzwahl von Ernst Zingg (FDP) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Adrian Balz, Baudirektion
Herrn Ernst Zingg, Stadtpräsident (gilt als Wahlanzeige)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 20. September 2012

Akten-Nr. 13/14

Prot.-Nr. 12

Finanz- und Investitionsplan 2013 – 2019/Kenntnisnahme

Für die Planperiode sind Nettoinvestitionen in der Höhe von 158.7 Millionen Franken (Vorjahresplanung 168.3 Millionen Franken) vorgesehen. Bereits zum Start des Planungsprozesses hat der Stadtrat die notwendige Reduktion des Investitionsvolumens festgehalten und in einem mehrstufigen Verfahren diese Vorgabe wie im Vorjahr konsequent umgesetzt. Das abschreibungsrelevante Investitionsvolumen konnte innerhalb von zwei Planperioden um 14.3 Millionen Franken auf 138.2 Millionen Franken gesenkt werden. Das aktuelle Planungsvolumen wird auch in den kommenden Perioden noch weiter gesenkt werden müssen, um nach einer längeren Periode im hohen Investitionen das Haushaltsgleichgewicht wieder herzustellen und die pro Kopf Verschuldung zu stabilisieren. Die Umsetzung der stadträtlichen Vorgabe führt auch zu einer weiteren notwendigen Glättung der jährlichen Investitionsvolumen auf hohem Niveau.

Generell bleibt die künftige Finanzlage, auch beeinflusst durch die Unsicherheit beim zukünftigen Steuerertrag bei den Juristischen Personen, angespannt und das Investitionsvolumen ist nur dank dem konsequenten Schuldenabbau der letzten Jahre finanzierbar.

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen den aktualisierten Finanz- und Investitionsplan für die Planperiode 2013 bis 2019 zur Kenntnisnahme.

1. Inhalt Finanz- und Investitionsplan

Der Finanz- und Investitionsplan unterteilt sich in folgende drei Bereiche:

1.1. Finanzplan

Der Teil Finanzplan entspricht der Planerfolgsrechnung. Er weist die Planergebnisse, die voraussichtliche Entwicklung der Aufwand- und Ertragsarten sowie den Selbstfinanzierungsgrad aus. Ebenso sichtbar sind die Steuervorgaben und die Entwicklung des Nettovermögens bzw. der Nettoschuld. Die Parameter für die Prognosen basieren auf aktuellen Informationen und sind grösstenteils fremdbestimmt, wie nachfolgende Aufstellung zeigt.

Parameter	Einfluss Gemeinde
Investitionsvolumen	mit Ausnahmen steuerbar
Selbstfinanzierungsgrad	steuerbar
Nettoschuld	steuerbar
Wirtschaftswachstum real	nicht steuerbar
Teuerung	nicht steuerbar
Zinsniveau	nicht steuerbar
Bevölkerungswachstum	beschränkt steuerbar
Wachstum Steuerertrag	nicht steuerbar
Steuertarif	nicht steuerbar
Steuerfuss	steuerbar
Auswirkungen der Gesetze	nicht steuerbar
Auswirkungen von externen Beschlüssen	nicht steuerbar
Auswirkungen von internen Beschlüssen	beschränkt steuerbar

Einzelne Parameter haben durchaus Auswirkungen auf andere Parameter. Beispielsweise kann ein zu hoher Steuerfuss das Bevölkerungswachstum bremsen oder eine zu grosse Verschuldung kann das Investitionsvolumen der Folgejahre beeinflussen.

1.2 Investitionsplan

Im **Investitionsprogramm** sind die vorgesehenen Bauprojekte aufgeführt und deren Ausgaben auf die einzelnen Planjahre verteilt. Sie sind den folgenden Kriterien zugeordnet (aktuelle Prozentanteile siehe Seite 7):

A	Werterhalt und ausserordentliche Investitionen
B	Entwicklungsinvestitionen
C	Investitionsbeiträge an Kanton
D	Desinvestitionen
E	Investitionsbeiträge mit Spezialfinanzierungen

Eine absolute Zuweisung ist nicht immer ohne weiteres möglich. So beinhalten beispielsweise Entwicklungsinvestitionen häufig auch einen Teil Werterhalt.

1.3 Projektbeschriebe

Der Beilagenteil enthält - nebst den finanzpolitischen Grundsätzen des Stadtrats – alle **Projektbeschriebe** mit relevanten Angaben zu den geplanten Investitionsprojekten. Die Reihenfolge entspricht dem Investitionsplan.

2. Aufgabe der Finanz- und Investitionsplanung

Der Auftrag für die jährliche Aktualisierung des Finanz- und Investitionsplan ist in Art. 43 der Gemeindeordnung geregelt. Danach hat der Stadtrat dem Gemeindeparlament einen Finanzplan für die nächsten fünf Jahre zur Kenntnisnahme vorzulegen. Wie in den Vorjahren sind die Zahlen für eine siebenjährige Periode dargestellt. Im Gegensatz zum Budget ist der Investitions- und Finanzplan nicht verbindlich, weil er auf einer Vielzahl von Annahmen basiert. Je länger der Zeithorizont, desto ungenauer sind die Ergebniszahlen. Zudem beeinflussen noch unbekannte und vor allem nicht beeinflussbare Faktoren die Planergebnisse mehr oder weniger stark.

Dennoch muss der Plan als verlässliches Arbeitsinstrument für bevorstehende Entscheide richtungsweisend sein. Er gibt Auskunft über die Prioritäten der realisierungsreifen Projekte

und die finanzwirksamen Vorgänge und setzt aufgrund der vorgegebenen Finanzkraft die Grenzen für das Investitionsvolumen und die Verschuldung. Nicht zu unterschätzen sind die Folgekosten neuer Investitionen, die sich auf die Erfolgsrechnungen der nachfolgenden Jahre entsprechend auswirken. Als eigentliches Frühwarnsystem übernimmt der Investitions- und Finanzplan eine wichtige Aufgabe und darf auch für ein Gemeinwesen als Nonprofit-Organisation nicht unterschätzt werden. Nur mit klar definierten und massvollen Zielgrössen kann ein öffentlicher Finanzhaushalt nachhaltig ausgeglichen gestaltet werden.

3. Finanzpolitische Grundsätze

Nachfolgend die im Rahmen der Budgetweisung verabschiedeten finanzpolitischen Grundsätze des Stadtrates:

Leitsatz

Der Stadtrat verfolgt eine nachhaltige Finanzpolitik, damit die künftigen Generationen nicht unverhältnismässige Folgekosten von heutigen Entscheidungen zu tragen haben.

Auf die Dauer sind Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Somit sind langfristig alle Investitionen durch selber erarbeitete Mittel (Cash-flow) gedeckt.

- Konjunkturelle Defizite sind mittelfristig auszugleichen.
- In wirtschaftlich besseren Zeiten ist ein konsequenter Schuldenabbau vorzunehmen.

Verschuldung

Das Resultat der nachhaltigen Finanzpolitik schlägt sich im Nettovermögen bzw. in der Nettoschuld pro Einwohner/in nieder. In der Planungsperiode 2012 – 2018 kann mit einem Nettovermögen gestartet werden. Aufgrund der starken Investitionstätigkeit bis Ende Planungsperiode wird eine Nettoverschuldung prognostiziert.

- Langfristig wird ein Nettovermögen pro Kopf angestrebt.
- Der mittelfristige Wert weicht positiv vom gewichteten Durchschnitt aller Solothurner Gemeinden ab.

Investitionen

Das Investitionsvolumen der Stadt Olten richtet sich primär nach den finanziellen Möglichkeiten.

- Der Selbstfinanzierungsgrad für werterhaltende Investitionen beträgt dauernd 100%.
- Der Selbstfinanzierungsgrad der Gesamtinvestitionen liegt langfristig bei 100%.

Steuern

Der Steuerfuss für natürliche und juristische Personen richtet sich an den mittelfristigen notwendigen Steuereinnahmen aus.

- Der Steuerfuss für natürliche und juristische Personen ist identisch.
- Die steuerliche Belastung liegt im tiefsten Drittel aller Solothurner Gemeinden.

Abschreibungen

Das Verwaltungsvermögen kann langfristig nach den Vorgaben von HRM2 abgeschrieben werden.

- Bezogen auf den aktuellen Anlagebestand liegt dieser Wert mittelfristig bei 12%.

4. Ausgangslage und Konjunkturentwicklung

In der Sommerprognose vom 22. Juni 2012 fasste die KOF (Konjunkturforschungsstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich) die erwartete Entwicklung wie folgt zusammen:

- Schweizer Wirtschaft behauptet sich in widrigem Umfeld
Das Winterhalbjahr 2011/12 lief für die Schweizer Wirtschaft besser als erwartet. Deswegen erhöht die KOF die Prognose für das Wachstum des Bruttoinlandprodukts in diesem Jahr auf 1.2%. Dies entspricht einer Steigerung um 0.4 Prozentpunkte gegenüber der letzten Prognose.
- Die Unsicherheiten bezüglich des weiteren Konjunkturverlaufs sind hoch, so dass für die nächste Zeit mit eher tiefen Wachstumsraten gerechnet werden muss. Die Arbeitslosigkeit bleibt mit 3.1% in diesem Jahr niedrig.
- Schweizer Konjunktur: schwächere Entwicklung erwartet
Ähnlich der Situation in Deutschland hat sich auch die Konjunktur in der Schweiz zu Jahres -beginn relativ gut entwickelt. Einen grossen Anteil daran hat sicherlich die Politik der Schweizerischen Nationalbank (SNB), deren Intervention am Devisenmarkt die Wirtschaft stabilisierte.
- Die positive Entwicklung war und ist auch auf dem Arbeitsmarkt ersichtlich. So dürfte die vollzeitäquivalente Beschäftigung dieses Jahr um 1.1% zunehmen, 2013 dann um 0.4%. Wenig Bewegung ist bei der offiziellen Arbeitslosenquote zu erwarten. Sie steigt von 3.1% in diesem Jahr auf 3.2% im Jahr 2013.
- Einer der Gründe für das gute 1. Quartal 2012 war die positive Entwicklung des privaten Konsums. Das Wachstum des privaten Konsums nahm zum Jahreswechsel 2011/2012 wieder an Fahrt auf. Die positive Reallohnentwicklung, die anhaltende Einwanderung sowie der robuste Arbeitsmarkt stützten den Konsum. Der private Konsum dürfte 2012 um 2% zunehmen, 2013 um 1.8%.
- Der öffentliche Konsum wird im Zuge der aktuellen konjunkturellen Abschwächung und aufgrund geschwundener Haushaltsüberschüsse in diesem und im kommenden Jahr wieder verhältnismässig schwach zunehmen (0.7%).
- Im 1. Quartal 2012 führte die schwache Nachfrage aus den europäischen Ländern und den Nichtindustrieländern zu sinkenden Warenexporten von 1.8%. Insgesamt erwartet die KOF für das laufende Jahr aufgrund der rezessiven Lage vieler europäischer Länder und des anhaltend starken Frankens ein Wachstum der Warenexporte von lediglich 2.3%. Dieses beschleunigt sich 2013 leicht auf 3.5%.

Im Juli 2012 stieg das KOF Konjunkturbarometer auf 1.43 Punkte. Das Vertrauen auf eine weitere Expansion der Schweizer Wirtschaft im Vorjahresvergleich hat zugenommen. Das Barometer deutet darauf hin, dass die Vorjahreswachstumsrate des Schweizer Bruttoinlandprodukts (BIP) in den nächsten Monaten zusätzlichen Schwung erhalten wird.

5. Ergebnisse im Finanzplan

Im Vergleich zum Vorjahresplan ist der Bruttoüberschuss (Finanzkraft für Investitionstätigkeit) wieder angestiegen. Dies hauptsächlich durch das höhere Steuervolumen gegenüber dem Vorjahresplan. Grundsätzlich sollte ein Selbstfinanzierungsgrad von mittelfristig 100 % angestrebt werden. Je nach Konjunkturlage gelten die allgemein anerkannten Richtwerte für die Konjunkturzyklen

Hochkonjunktur	über 100 Prozent
Normalfall	80 – 100 Prozent
Krise	50 – 80 Prozent

Der gewichtete Selbstfinanzierungsgrad (mit Berücksichtigung der Vorfinanzierungen) für alle Planjahre beträgt nur 71.2% (Vorperiode 69%). Unter Ausklammerung der Investitionsbeiträge an den Kanton weist diese Kennzahl einen Wert von 76.9% (Vorperiode 75%) aus.

Das Ziel einer ausgeglichenen Rechnung in jeder Periode kann zwischen 2014 und 2017 nur mit der Entnahme aus der Ausgleichsreserve erreicht werden.

Die Ausgleichsreserve weist zurzeit einen Saldo von 38 Millionen Franken aus und kann diese Rechnungsdefizite von 4.2 Mio. Fr. im Finanz- und Investitionsplan 2013 – 2019 durch eine Entnahme decken. (vgl. Finanz- und Investitionsplan 2012 - 2018: 5.3 Mio. Fr.).

6. Steuerertrag und Festlegung des Steuerfusses

Die Haupteinnahmequelle eines Gemeinwesens wird stark durch äussere Einflüsse geprägt. Es sind dies hauptsächlich die Konjunkturlage, das kantonale Steuergesetz und die Firmenergebnisse. Eine Abschätzung dieser Entwicklung ist nur schwer möglich. Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise haben deutliche Spuren hinterlassen.

Solche bedeutende Veränderungen haben rasche Auswirkungen auf die Steuereinnahmen. Die hohe Steuerkraft von Olten ist grösstenteils auf die aussergewöhnlich hohen Steuereinnahmen bei den Juristischen Personen zurückzuführen.

Aufgrund der Ergebnisse der rollenden Finanzplanung und der latenten Risiken bei den Steuereinnahmen ist eine Priorisierung bei den Investitionen - verbunden mit einer Staffelung oder einem Verzicht – und/oder eine allfällige Steuersatzdiskussion zu führen.

Eine zu hohe Verschuldung ist nicht nachhaltig und somit nicht verantwortbar.

Aufgrund der guten Jahresergebnisse der letzten Jahre entschied sich der Stadtrat im Vorjahr, die Finanzplanung 2012 – 2018 auf der Basis eines gesenkten Steuerfusses zu erstellen. Für die neue Planperiode wird dieser Entscheid mit einem Steuerfuss von 95% der einfachen Staatssteuer weitergeführt.

7. Investitionsvolumen und –grenzen

Die erste Eingabe umfasste ein Volumen von weit über 200 Mio. Fr. für die Planungsperiode. Ein solches Paket ist für Olten auch mit der finanziell guten Ausgangslage nicht verkraftbar. Die Nettoschuld würde die kritische Grenze von Fr. 2'500 pro Kopf bei Weitem übertreffen.

Die Beurteilung dieser Kennzahl ist im neuen Rechnungsmodell wie folgt definiert:

0 – 1'000	geringe Verschuldung
1'001 – 2'500	mittlere Verschuldung
2'501 – 5'000	hohe Verschuldung
> 5'000	sehr hohe Verschuldung

Nur Dank den sehr guten Abschlüssen der letzten Jahre kann sich die Stadt überhaupt ein Investitionsvolumen von über 80 Mio. Fr. leisten. Diese guten Abschlüsse, verbunden mit einem Selbstfinanzierungsgrad von deutlich über 100% in der gleichen Periode, geben der Stadt nun die Möglichkeit die anstehenden Grossprojekte realisieren zu können. Es braucht aber auch im jetzigen Zeitpunkt bereits eine klare Priorisierung.

Aufgrund der einnahmeseitig starken Abhängigkeit von den Steuern der Juristischen Personen muss die wirtschaftliche Entwicklung periodisch und sorgfältig in die rollende Planung einbezogen werden. Basierend auf der aktuellen Finanzkraft und der festgelegten Finanzziele musste der Stadtrat die Prioritäten für den neuen Investitionsplan setzen und das Volumen auf ein finanzierbares Mass reduzieren. Verschiedene Vorhaben dienen der Stadtentwicklung und sind für die Förderung der Attraktivität bestimmt. Die Rentabilität solcher Projekte kann über eine längere Zeitachse sehr interessant werden, vor allem unter Einbezug des nicht oder nur schwer quantifizierbaren Nutzens (sog. weiche Faktoren).

Die aktuelle Investitionsplanung verlängert die Phase der hohen Investitionstätigkeit um ein weiteres Planjahr, obwohl das abschreibungsrelevante Volumen von 143.4 auf 138.2 Mio. Fr spürbar sinkt. Der Stadtrat hat im Rahmen der Erstellung des Finanzplans eine klare Priorisierung vorgenommen und die Projekte entsprechend dem aktuellen Planungstand aufgenommen.

Im Bewusstsein, dass es sich um eine rollende Planung handelt, welche jährlich an den veränderten Bedingungen angepasst werden muss, hat der Stadtrat entschieden alle geplanten Grossprojekte als Investitionspakete in der Planung aufzuführen, damit diese sichtbar werden.

Bei einem in den Planjahren schrittweise von 90% auf 80% sinkenden Realisierungsgrad enthält die Planung somit die priorisierten Projekte einerseits und zeigt andererseits das maximal finanzierbare Investitionsvolumen.

Auch mit dieser Verschiebung wird die Investitionstätigkeit in den nächsten Jahren stark ausfallen. Für den Investitionsanteil gelten folgende Richtwerte:

unter 10 %	schwache Investitionstätigkeit
10 bis 20 %	mittlere Investitionstätigkeit
20 bis 30 %	starke Investitionstätigkeit
über 30 %	sehr starke Investitionstätigkeit

Mit einem Investitionsanteil von durchschnittlich über 20% für die ganze Planperiode wird Olten eine starke Investitionstätigkeit auslösen.

Die gesamte Investitionssumme teilt sich auf in:

Kategorie	Anteil
A Werterhaltende und ausserordentliche Investitionen	34.2 %
B Entwicklungsinvestitionen	49.4 %
C Investitionsbeiträge an Kanton	6.2 %
D Investitionen mit Spezialfinanzierungen	10.2 %

Durch den Stadtrat priorisierte, aber noch nicht bewilligte Projekte sind mit folgenden Summen (in Mio. Fr.) eingeplant:

Projekt	Organ	Betrag
Neubau/Sanierung Kunst- und Naturmuseum	Gemeinde	19.0
Fussgänger- und Veloverbindung Hammerallee/Olten Südwest	Gemeinde	13.6
Bahnhofplatz (Westseite)	Gemeinde	8.9
Schulraumplanung / neues Primarschulhaus	Gemeinde	6.2

In der Investitionsplanung befinden sich auch folgende in den Vorjahren priorisierte, bewilligte und ganz oder teilweise vorfinanzierte Projekte (in Mio. Fr.):

Projekt	Organ	Betrag
Attraktivierung Aareraum (Planperiode 1)	Gemeinde	15.0
Projekte Bahnhof Ost	Gemeinde	8.5
ERO: gesetzlicher Baubeitrag an Kanton	Kanton	7.7
Eissportanlage Investitionsbeiträge	Gemeinde	4.8
Standortbeitrag für den Neubau Fachhochschule	Kanton	2.2

Im Investitionsplan nicht enthalten sind grundsätzlich Projekte, die zeitlich und/oder betraglich noch nicht abgeschätzt werden können.

8. Vorbehalt und Einschränkungen

Ein Gemeindehaushalt, auch der Haushalt der Stadt Olten, wird mit einem allgemein geschätzten Anteil von 80 bis 85 % zu stark fremdbestimmt. Der Freiraum für den Eigenbedarf wird dadurch entsprechend eingeschränkt. Die sog. gebundenen Ausgaben sind in einem Gesetz, in einer Verordnung, in einem Reglement verankert oder sind die Folge von Beschlüssen höherer Instanzen. Davon betroffen sind vor allem die grösseren Anteile für die Aufgabenbereiche „Bildung“, „Öffentliche Sicherheit“ und „Soziales“.

Gemäss den vorliegenden Reformprojekten dürften wesentliche Mehrkosten im Bildungsbereich folgen. Wegen diesen vielen Unbekannten kann der vorliegende Investitions- und Finanzplan nur wegweisend und nicht absolut verbindlich sein.

9. Schlussfolgerungen

Aufgrund des hohen, teils fremdbestimmten Volumens im Investitionsbereich bleiben die finanzpolitischen Grundsätze in den Bereichen Investitionen und Verschuldung mittelfristig nicht erreichbar. Sie müssen dennoch längerfristig realisierbar werden.

Als die drei wichtigsten Faktoren gelten die Verschuldungsgrenze, der Selbstfinanzierungsgrad und die Zinsbelastung. Diese harmonisierten Masszahlen werden noch mehr an Bedeutung gewinnen. Der Entwicklung dieser Werte ist deshalb grosse Aufmerksamkeit zu schenken. Die Verschuldungsgrenze bzw. Selbstfinanzierungskraft ist so

auszurichten, dass eine nachhaltige Finanzpolitik gewährleistet ist.

Im letzten Finanzplan 2012-2018 lag die Pro-Kopf-Verschuldung am Ende der Planperiode bei Fr. 2'068 (mittlere Verschuldung). Der aktuelle Wert am Ende der Planperiode liegt bei Fr. 2'072 und wird erst mit dem tieferen Investitionsvolumen (rund 15 Mio. Fr. pro Jahr) reduzieren werden können.

Diese im Verlauf der Planperiode zunehmende Verschuldung wirkt sich negativ auf den Zinsaufwand aus und schränkt den künftigen Handlungsfreiraum entsprechend ein. Bei steigenden Zinssätzen wird diese Einengung dann noch grösser.

Deshalb bleibt es das Ziel, nach Abschluss der hohen Investitionstätigkeit, mittelfristig wieder eine Pro-Kopf-Verschuldung von unter 1'000 Franken zu erreichen. Dies bedeutet, dass das Investitionsvolumen langfristig zu senken ist und Prioritäten weiterhin gesetzt werden müssen.

Beschlussesantrag

Der Investitions- und Finanzplan für die Periode 2013 - 2019 wird mit dem aktuellen Planungsstand zur Kenntnis genommen.

- - - - -

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Lukas Derendinger: Die GPK hat den Finanzplan studiert, diskutiert und schliesslich entschieden, dass sie auf ihn eintreten und ihn auch so zur Kenntnis nehmen möchte. Zuerst möchten wir von der GPK Markus Sieber und allen, die an diesem Werk während langer Wochen gearbeitet haben, danken. Es ist ein sehr gutes Papier, das wir hier haben. Man begreift schnell, was wo gemacht werden sollte. Es wurden sogar noch neue Informationen eingebaut, so dass man jetzt auch sieht, welche Investitionen neu sind. Das ist eine grosse Arbeitserleichterung. Es gab verschiedene Punkte, die in der GPK diskutiert wurden. Auf der einen Seite wurde kritisiert, dass das Gesamtvolumen von 150 Millionen Franken, das sich der Stadtrat als Ziel gesetzt hat, mit diesem Finanzplan nicht erreicht werden kann. Auf der anderen Seite wurde aber auch positiv heraus gehoben, dass gewisse Geschäfte doch einmal klar enthalten sind wie zum Beispiel die Museen. Wir haben über Reformprojekte im Bildungswesen diskutiert, was dies genau für die Stadt bedeuten und auf uns zukommen könnte. Dies vielleicht noch als kleine Kritik am Werk: Immer noch vermissen wir etwas eine Aufstellung der nicht mehr enthaltenen Projekte. Das muss man dann quasi anhand des alten Finanzplans heraus suchen. Dies würde als weitere Verbesserung von uns vorgeschlagen, damit man direkt sieht, was nicht mehr dabei ist. In der GPK waren wir auch kreativ. Es sind Sparideen gekommen wie zum Beispiel, dass man Polizeikommandant und Direktionsleitung zusammen legen könnte, hier nur einmal als zusätzliche Idee. Wir haben über die Weihnachtsbeleuchtung gesprochen, die in die Kirchgasse erweitert werden sollte. Bei der Schulraumplanung haben wir gehört und dies auch sehr positiv aufgenommen, dass man Schulhäuser auch billiger bauen kann. Ich nehme an, die meisten haben mitbekommen, dass das neue Schulhaus nur noch rund einen Drittel von dem, was es im letzten Finanzplan hätte kosten sollen, kostet. Bei der Eintretensdebatte ist grundsätzlich einfach noch einmal erklärt worden, dass es ein gutes Papier ist, ein guter Finanz- und Investitionsplan. Dass das Ziel halt nicht erreicht wurde, ist noch einmal erwähnt worden. Man kann normalerweise die 8 Millionen, die es jetzt über den 150 hat, nicht so eins zu eins nehmen. Das wird sich ganz bestimmt bis 2019 noch ein paar Mal ändern. Auf der anderen Seite wurde aber auch

gesagt, dass in diesem Sinne sparen kein Selbstzweck sein soll, dass wir nicht einfach nur, damit man die 150 Millionen erreicht, noch 8 heraus streichen müssen, sondern es geht auch darum, in Olten mit sinnvollen Investitionen eine höhere Lebensqualität zu erreichen. Schliesslich sind wir eingetreten und haben den Beschlussesanträgen grossmehrheitlich so zugestimmt.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Frau Präsidentin, ich erlaube mir, im Namen des Stadtrates, herzlich für Ihre äusserst gehaltvolle Ansprache und die gesetzten Impulse zu danken, und in meinen paar Ausführungen einige Gedanken auch aufzunehmen, jedenfalls die Stichworte dazu. Zweitens möchte ich Ihnen allen den Finanzverwalter der Stadt Olten ab 1. November 2012, Herrn Urs Tanner, vorstellen. Darf ich Sie bitten, kurz aufzustehen? Er wird künftig unsere Finanzen führen, genau so gut wie Markus Sieber, den wir alle sehr schätzen und bestens kennen. Schön, dass Sie hier sind, und viel Vergnügen an der heutigen Sitzung. Herr Tanner wird nicht mitmachen, sondern nur zuhören. Einige Sachen, die Frau Präsidentin gesagt hat, eigentlich zur Einleitung. Vorgesehen hatte ich es etwas anders. Der Finanz- und Investitionsplan ist nicht nur ein gebundenes Geschäft. Er lässt tatsächlich auch Gestaltungsmöglichkeiten zu. Kreativität ist durchaus gefragt. Sie passiert vielleicht früher schon, wenn man zu einem Geschäft kommt, und lässt eine Gestaltung zu, weil sehr viele Geschäfte dieses Planes mit separaten Vorlagen, wie Ihr alle wisst, hier wieder abgehandelt, vielleicht neu kreiert oder sogar abgelehnt werden. Übrigens kosten auch Kleinigkeiten Geld, die zum Teil nicht im Gestaltungsplan enthalten sind. Aber Ihr wisst ja: Ab Fr. 100'000.— ist eine Limite. Ausgaben kommen in den Investitions- und Finanzplan. Die Nachhaltigkeit ist ein klares Thema. Nochmals vielen Dank im Namen des Stadtrates für die sehr positiven Aussagen. Stimmen die folgenden Aussagen? Erstens: „Öffentliche Gelder haben zur Zeit eine hervor stechende Eigenschaft: Sie fehlen“. Zweitens: „Es ist in der Politik schon so oft versucht worden, nicht vorhandenes Geld auszugeben“. Drittens: „Das Wunschdenken verwirrt nicht nur die Köpfe, sondern hinterlässt auch in der Finanzplanung tiefe Spuren“. Viertens: „Wir haben ein Problem mit Soll und Haben. Wir sollten, aber wir haben nicht“. Das tönt sicher amüsant und lustig. Sie wurden auch von einem Satiriker verfasst. Aber so speziell diese Aussagen auch sind, so wichtig können sie doch in dieser so fast klaren trockenen Finanzpolitik sein. Denn auf dem Weg der Erarbeitung dieses komplexen Werkes, wie es eine siebenjährige Planung einfach ist – der Präsident der Geschäftsprüfungs-kommission hat es auch schon angetönt – ist es nicht immer so einfach. Man muss sich an solche Sachen fast immer wieder erinnern. Ein Finanzplan ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Gemeinschaftswerk, nicht nur ein Werk des Stadtrates und der Verwaltung. Ganz wesentlich bestimmen nämlich die Oltnerninnen und Oltnern – Stichwort Mitwirkung – die Akzeptanz, die gefassten Beschlüsse, die Positionierung der Stadt. Es braucht eine strategische Ausrichtung in die Zukunft unter Berücksichtigung der bereits beschlossenen Projekte einerseits und natürlich andererseits unter Berücksichtigung der Verfügbarkeit der finanziellen Mittel, sprich Einnahmen, sprich Steuern. Weil auch für die öffentliche Hand gelten soll, dass sich Einnahmen und Ausgaben die Waage halten sollen, muss man Wünschbares und Machbares klar einander gegenüber stellen. Das gibt insbesondere in einer Phase, in der auch die Einnahmensströme in der Stadt Olten nicht mehr oder zur Zeit nicht mehr so fließen, wie wir dies alle kennen, wo der Bund und die Kantone klar die Tendenz haben, Aufgaben nach unten zu delegieren. Der sogenannte selbst bestimmbare Teil der Finanzpolitik beträgt auch in der Stadt Olten weniger als 20 % des gesamten Haushaltes. Ein Finanz- und Investitionsplan ist für den Stadtrat ein Führungs- und Planungsinstrument. Das sage ich jedes Jahr. Aber es ist immer noch gleich wichtig, nämlich von grosser Wichtigkeit. Es ist der finanzielle Teil der Arbeiten aus der Legislaturplanung heraus. Der Legislaturplan ist eine strategische Ebene und der Finanzplan ist eine zweite strategische Aussage. Welche Ziele sind prioritär? Wie wollen wir sie umsetzen? Welche Wirkungen werden erwartet? Welche Leistungen sind konkret nötig? Zum Beispiel: Wie viel kostet es? Für die Finanzplanung und das jeweilige Jahresbudget erlässt der dafür zuständige Stadtrat finanzpolitische Ziele, Grundsätze, Leitlinien, Leitsätze und für das Budget dann noch speziell sogenannte Budgetrichtlinien. Das kennen Sie alle. Beim vorliegenden Finanzplan haben wir nach diesen Grundsätzen gearbeitet und es noch etwas verschärft. Es ist auch vom Präsidenten der GPK gesagt worden. Man hat nämlich gesagt, das Investitionsvolumen im Vergleich zum Plan 2012 – 2018 sei auf maximal

150 Millionen Franken zu reduzieren. Ich nehme es vorweg. Das konnten wir in dieser absoluten Form nicht einhalten, währenddem es bei den anderen Vorgaben möglich war, sie einzuhalten. Eine nachhaltige Finanzpolitik heisst, dass künftige Generationen nicht unverhältnismässige Folgekosten von heutigen Entscheidungen tragen müssen. In der Vergangenheit, in den sehr guten Jahren, die wir hatten, und ich denke, sie werden wieder kommen, haben wir gute Voraussetzungen geschaffen, um uns den vorliegenden Plan auch jetzt noch leisten zu können. Ich habe schon letztes Jahr erklärt, dass sich die Stadt Olten im Normalfall jährlich das Investitionsvolumen von ca. 15 Millionen Franken leisten kann. Das wird im jetzigen Plan klar übertroffen, aber im Vergleich zum vorjährigen Finanzplan 2012 – 2018 sieht man auch, dass wir unter Berücksichtigung einer Reduktion von 20 Millionen mit Neuinvestitionen von 10,8 Millionen immer noch 9 1/2 Millionen tiefer sind. Wir haben schon etwas herunter geholt. Wir können sämtliche Unterhaltsinvestitionen und einen Teil der Entwicklungs-investitionen selber tragen und finanzieren. Ich bitte Sie, dann morgen die Zeitung lesen, wie es der Kanton Solothurn mit dem Selbstfinanzierungsgrad kann. Wir können einen wesentlichen Teil selber tragen und finanzieren. Aufgrund der nachhaltigen Wirkung, des Paybacks, wie es neudeutsch heisst, ist ein Teilminus bei den Entwicklungsinvestitionen durchaus zulässig. Wir haben konsequent einen Schuldenabbau betrieben, wir haben aktuell nur refinanziert, was abgelaufen ist. Aber aufgrund der vorliegenden Planung oder der Realisierung dieser Projekte, die immer noch vom Parlament massgebend beeinflusst werden kann, müssen wir uns wieder verschulden. Die Schulden der Einwohnergemeinde Olten entstehen also aus dem Investitionsvolumen und nicht aus den Konsumausgaben. Es ist ganz wichtig, dass man dies wieder weiss. Die Bekanntgabe von Zahlen in einem Finanzplan ist ein wichtiges Mittel in der Selbstdarstellung unserer Stadt Olten gegenüber der eigenen Bevölkerung. Sie will ja wissen, was mit ihrem Steuergeld passiert und möchte auch über die Projekte bestimmen und muss ja auch über bestimmte Projekte bestimmen, wenn es eine gewisse Finanzkompetenz übersteigt. Aber auch gegenüber der gesamten Region – Olten ist ein Zentrum, und es ist nicht unwichtig, was in dieser Stadt passiert – auch für die Region, aber drittens auch gegenüber der Wirtschaft, weil ein Finanzplan – das wissen wir alle – löst auch in der Wirtschaft etwas aus, in der Bauwirtschaft – das ist das berühmte Beispiel – aber auch in anderen Unternehmungen, wo wir in Olten und auch in der Region bekanntermassen sehr gut aufgestellt sind. Die Kategorisierung der Investitionen im vorliegenden Plan zeigt eigentlich eindrücklich eine geplante, sehr starke Investitionstätigkeit. Werterhaltende und ausserordentliche Investitionen: 34,2 % des gesamten Volumens und die Entwicklungsinvestitionen 49,4 %. Aufgrund einer intensiven, aber auch nüchternen Beurteilung der finanziellen Lage, auch nach Gesprächen, die Finanzverwalter Markus Sieber und ich mit den wichtigsten, an den Einnahmen partizipierenden Unternehmungen und unter Abwägung von Vorgaben des Kantons – das ist in dieser Planung nicht ganz unwichtig - speziell pflegen, wurde bereits früh entschieden, dass wir für die Bearbeitung des Finanzplans Prioritäten setzen. Das sieht man auf Seite 7 des Berichts und Antrags. Alle Projekte, die aufgeführt sind und im Finanzplan Niederschlag gefunden haben, sind nicht bewilligt. Wir haben aber auch aufgezeigt, welche Projekte in den Vorjahren priorisiert und bewilligt sind oder sogar ganz oder teilweise auch schon vorfinanziert wurden. Diese beiden Sachen haben wir speziell hervor gehoben. Ich komme noch zu den Unterlagen im Speziellen. Auch in diesem Jahr haben wir versucht, Herr Präsident der GPK, die Information und Transparenz in der Finanzplanung weiter zu verbessern. Wir danken für das erhaltene Lob. Insbesondere gilt dies natürlich für Markus Sieber und sein Team in der Finanzdirektion. Auf den Seiten 10 und 11 im Buch Finanz- und Investitionsplan ist eigentlich eine Zusammenfassung der ganzen Planung inklusive Zusatzinfos über die generelle Kürzung und ganz neu eben die neuen Projekte. Die neuen Projekte sind auch im Büchlein in der Zahlenaufstellung mit einem N bezeichnet, damit man ganz genau weiss, dass dies neu, aber noch nicht bewilligt ist. Hier gibt es Kompetenzangelegenheiten, die ganz klar beim Parlament liegen oder sogar Volksabstimmungen auslösen. Neu ist auch der Bericht und Antrag des Stadtrates, den wir als nächsten beraten werden, in das berühmte Büchlein integriert. Aus dem Ingress des Berichts und Antrags kann man eigentlich kurz zusammengefasst alles lesen, was ich Euch hier seit sieben Minuten erzähle. Wir haben die ganze Finanzplanperiode 2013 – 2019 mit einem Steuerfuss von 95 % für natürliche und juristische Personen geplant und durchgerechnet. Wir müssen von der sogenannten Ausgleichsreserve, wo der aktuelle Stand

bei ca. 38 Millionen Franken ist, zur Deckung der Rechnungsdefizite gemäss neuem Plan, über den wir heute befinden, 4,2 Millionen entnehmen. Bei der Vorjahresplanung 2012 – 2018 waren es noch 5,3 Millionen Franken. Dieser Fonds ist eigentlich genau für so etwas vorhanden. Der Selbstfinanzierungsgrad, eine Grösse, die entscheidend wichtig ist, steigt etwas gegenüber der Vorjahresplanung auf 71,2 %. Wir haben einen positiven Selbstfinanzierungsgrad. Ich wiederhole es noch einmal: Lesen Sie morgen in der Zeitung, was der Kanton hat. In der Vorperiode waren es 69 %. Wenn man die kantonalen Investitionsausgaben, die grossen Projekte, wo der Kanton federführend ist, wo wir bezahlen, wegnimmt, ist der Selbstfinanzierungsgrad doch bei knapp 77 % auf einer recht guten Höhe. Ich halte fest, dass aufgrund der hohen, teils noch fremd bestimmten Volumina im Investitionsbereich die finanzpolitischen Grundsätze betreffend Investitionen, Verschuldung mittelfristig nicht erreichbar sein werden. Ich betone aber, dass sie längerfristig realisierbar werden. Verschuldungsgrenze, Selbstfinanzierungsgrad und Zinsbelastung sind Masszahlen von sehr, sehr grosser Bedeutung, die sie jetzt schon haben und noch mehr erhalten werden. Nur wenn diese Faktoren auf einem gesunden hohen oder eben tiefen Niveau gehalten werden können, heisst dies nachhaltige Finanzen. Der Stadtrat weiss um die Bedeutung der Aussage, die ich hier mache, und hat sich klar die erwähnte Ausrichtung in die Zukunft auf die Fahne sprich Regierungsprogrammblatt „erfolgreiche Finanzpolitik“. Wir alle kennen – das ist die letzte Finanzredensart – eigentliche eine Binsenwahrheit oder auch eine kleine Warnung. „Die vier Grundrechnungsarten lassen sich durch die Politik nicht aufheben“. Sie gelten. Wir stehen aktuell in der Schlussphase der Arbeiten für das Budget 2013. Das ist natürlich kongruent mit dem ersten Planjahr 2013 gemäss Finanzplan. Das muss kongruent sein. Ich darf Sie im Namen des Stadtrates bitten, den vorliegenden Finanz- und Investitionsplan 2013 – 2019 zur Kenntnis zu nehmen und damit auch ein Zeichen gegenüber Olten, der Region und der Wirtschaft zu setzen.

Parlamentspräsidentin Anna Engeler: Merci vielmals, Ernst Zingg. Ich fühle mich geschmeichelt, dass meine Aussagen hier gleich aufgegriffen wurden.

Dr. David R. Wenger, SVP-Fraktion: Der Finanz- und Investitionsplan 2013 – 2019 lässt wie schon frühere Finanz- und Investitionspläne erkennen, dass der Stadtrat bei den Investitionen langsam etwas restriktiver wird. Es ist für einmal auch nicht nur bei der blossen Ankündigung geblieben, die Stadt Olten könne sich nicht in alle Zukunft ein überdimensioniertes Investitionsvolumen leisten, sondern der Stadtrat hat tatsächlich einen ersten, wenn auch zaghaften Schritt in die richtige Richtung gemacht. Es ist ihm gelungen, ein Wunschkonzert der Direktionen im Umfang von rund 250 Millionen Franken auf 158,7 Millionen Franken zu verkürzen. Die 158,7 Millionen sind allerdings im Durchschnitt immer noch 22,7 Millionen Franken pro Jahr und damit immer noch ein paar Millionen zu viel, wie es der Stadtpräsident ja gerade gesagt hat. Die SVP-Fraktion wird deshalb in Zukunft Kosten und Nutzen einzelner Investitionsprojekte verstärkt kritisch hinterfragen und allfällige Exzesse bekämpfen. Für überdimensionierte Prestigebauten im Stil von Andaare und Firlefanzen wie zum Beispiel verschiedenfarbige Strassenbeläge wird die Luft inskünftig etwas dünner. Dass es in Olten auch anders geht, zeigt das geplante neue Primarschulhaus. Das soll jetzt zum Glück nur noch 6,2 Millionen Franken kosten, nachdem die Behörden früher ein Investitionsvolumen von 20 Millionen in Aussicht gestellt haben. Wir denken nicht, dass sich die massiv günstigere Systembaulösung in den Leistungen der Schülerinnen und Schüler niederschlagen wird. Ein Beispiel zeigt mit aller Deutlichkeit, dass ein Einsparpotenzial manchmal sogar enorm gross sein kann, von 20 Millionen auf 6,2 Millionen. Noch grösser wäre es, wenn die Stadt nicht Aufgaben wahrnehmen würde, um die sich andernorts der Kanton kümmert, wie es zum Beispiel bei den städtischen Museen der Fall ist. Ein anderes längerfristiges Ziel, das von der SVP sicher im Auge zu behalten ist, betrifft die steuerliche Standortattraktivität der Stadt. Die Verbesserungen in diesem Bereich sind zwingend beizubehalten, weil sie für den längerfristigen Erfolg der Stadt entscheidend sind. Die SVP-Fraktion tritt auf das Geschäft ein und nimmt den Investitions- und Finanzplan im Sinne des Gesagten zur Kenntnis.

Dr. Arnold Uebelhart, SP-Fraktion: Das Votum ist halt gleichwohl etwas parteipolitisch gewürzt, gerade jetzt, wenn ich nach dem SVP-Sprecher rede. Als ich Ernst Zingg reden

hörte mit mittelfristig ausgeglichen, ausgeglichene Rechnung, wir dürfen nicht mehr ausgeben als einnehmen, ist mir eigentlich der heilige Augustinus in den Sinn gekommen. Als er gefragt wurde, was Zeit sei, hat er gesagt: Ich weiss schon, was Zeit ist. Was ist es denn genau? Da wusste er es auch nicht. Als ich gekommen bin, habe ich eigentlich gemeint, ich wisse, was eine ausgeglichene Rechnung auf mittelfristige, langfristige Sicht ist. Jetzt weiss ich es plötzlich auch nicht mehr. Wir haben nämlich festgestellt, dass der Stadtrat eigentlich ein Defizit von 36 Millionen Franken bis 2019 plant. Da sind die Fr. 2'072.— pro Kopf, und ich nehme an, hier sind alle Leute dabei, das heisst mal rund 18'000 gleich 36 Millionen Franken. Wir sind eigentlich im Sinne einer ehrlichen Politik der Auffassung, auch auf die Einnahmenseite zu schauen. Wir sind mit der vorgeschlagenen Ausgabenplanung einverstanden und möchten den Stadtrat auffordern, bereits ab 2013 trotz Wahljahr eine budgetwirksame Finanzierung aufgrund seiner eigenen Vorgaben, also die Ausgeglichenheit mittelfristig, zu planen. Für die SP-Fraktion ist aus diesen Gründen eine Steuererhöhung eigentlich unerlässlich. Zu den Erwägungen: Mit mittelfristig meint Ernst Zingg, wie er einmal erklärt hat, sechs bis acht Jahre. Die Sache mit dem Defizit haben wir schon bemerkt: Die 36 Millionen Franken. Aktuelles Vermögen Fr. 700.— pro Kopf. Das wären 12 Millionen Franken. Der Stadtrat spricht von nicht beeinflussbaren Faktoren, die eine Planung erschweren. Der Finanz- und Investitionsplan als eigentliches Frühwarnsystem der unklaren Konjunkturentwicklung, von einer allfällig zu führenden Steuersatzdiskussion Seite 5: „Viele Unbekannte, Bildung und Soziales“. Dann Seite 8: „einen erhöhten Zinsaufwand mit vermindertem Handlungsspielraum“. Zur Zeit haben wir eine Reserve dieser 12 Millionen Franken. Das würde eigentlich 15 Steuerprozent beinhalten. Ich denke, 1 % Steuern, sowohl von den natürlichen als auch juristischen Personen entsprechen Steuereinnahmen oder –abnahmen von Fr. 800'000.—. Man kann sagen, dass die Stadt in den letzten sechs Jahren 2,5 % pro Jahr zu viel bezogen hat. Man könnte sagen, die SVP hatte recht, als sie seinerzeit 93 % verlangt hatte. Die jetzige Planung rechnet aber mit den 36 Millionen Franken, eigentlich 42 Steuerprozent zu viel und über unsere Verhältnisse für die nächsten sieben Jahre. Für die Schulden sind hier 6 Millionen aufgewendet inbegriffen. Das wären 7 %. Noch einmal: Der Stadtrat wird aufgefordert, zuerst eine Sparvorlage zu bringen, nämlich die 6 Millionen nicht zu bezahlende Schuldzinsen. Es bleiben 35 Steuerprozent für die nächsten sieben Jahre. Das macht 5 % pro Jahr. Wir denken und haben dies schon einmal gesagt, angemessen wäre für die Ziele, die sich der Stadtrat selber setzt, dass man solche unklaren Worte wie kurz- und langfristig – langfristig müssen wir alle sterben; das wissen wir – einhalten kann, ein Steuersatz von 98 % vor. Ich kann dies bezahlen. Urs Knapp kann es auch bezahlen. Andere, die weniger verdienen, können es auch bezahlen. Trotz der Wahlen, die im nächsten Jahr stattfinden werden, möchten wir den Stadtrat als Führungsorgan auffordern, dies beim nächsten Mal zu planen. Die Personen, die noch einmal antreten, werden meiner Meinung nach ohnehin gewählt, weil sie eben gut führen. Plötzlich würde dann auch das Parkleitsystem drin liegen, das zum Beispiel, wie Ihr seht, wieder heraus fällt, was ich für eine Stadt wie Olten eigentlich eher unsinnig finde. Ich danke für das Zuhören. Wir haben unsere Forderungen gesagt, nehmen den Finanz- und Investitionsplan zur Kenntnis, haben aber eigene Ideen.

Felix Wettstein: Ich kann sehr schön an den letzten Gedanken von Arnold Uebelhart anschliessen, weil wir ja jetzt aufgerufen sind, den Finanz- und Investitionsplan zur Kenntnis zu nehmen. Das tönt einfacher als es ist. Wenn wir ja sagen – ja, wir haben ihn zur Kenntnis genommen – dann hat dieses Ja etwas Zustimmungendes. Würden wir nein sagen, dann wäre das ziemlich absurd, denn wir Grüne haben den Finanz- und Investitionsplan sehr genau angeschaut. Eine Mehrheit unserer Fraktion wird sich der Stimme enthalten, weil wir mit mehreren Tendenzen in diesem Plan nicht einverstanden sein können. Wir sind nicht einverstanden, dass das Parkleitsystem einfach so gestrichen werden soll. Wir sind nicht einverstanden, dass die gedeckten Veloparkplätze aus dem Plan herausfallen, bevor etwas umgesetzt ist. Und wir sind nicht einverstanden, dass der Stadtrat in seinen Unterlagen keinerlei Aussagen macht, dass er diese Dinge streichen will und warum. Wir sind nicht einverstanden, dass der Neubau des Kunst- und Naturmuseums einmal mehr in der Realisierung um ein Jahr nach hinten geschoben wird, immer ans Ende der ausgewiesenen sieben Jahre. Diesbezüglich sind wir unzufriedener als der GPK-Sprecher. Wir sind nicht einverstanden, dass der Hochwasserschutz im Wilerfeld zum dritten Mal verschoben wird.

Wir sind der Meinung, dass Andaare und Bahnhof Ost mit einem höheren Tempo an die Hand genommen werden müssen und früher abgeschlossen werden könnten als jetzt geplant. Im letzten Juni, als wir die Rechnung 2011 berieten, haben wir uns daran gestört, dass von den geplanten 34 Millionen Investitionen gerade mal 55 Prozent realisiert worden sind. Wenn wir schauen, was nun schon wieder alles nach hinten geschoben wird oder sogar ganz herausfallen soll, dann fürchten wir für das laufende Jahr, dass der Anteil ausgeführter Investitionen noch einmal geringer sein wird. Ich muss mich noch einmal auf das von Arnold Uebelhart Gesagte beziehen. Die Stadt hat nicht zu viele Steuern eingezogen. Die Stadt hat zu wenig mit dem Geld, das sie zu Recht eingezogen hat, gemacht. Jedes Mal wird beim Voranschlag gejammert, die Investitionen seien zu hoch, wir könnten uns nicht so viel leisten. Und dann, was passiert? Wir schieben sie vor uns her, machen überraschenderweise weiterhin Gewinne, aber die Verbesserungen im Alltag, auf die wir in Olten alle sehnlichst warten, finden nicht statt. Dass es auch anders geht, hat erfreulicherweise das Projekt Gösgerallee gezeigt: Da sind die Arbeiten praktisch abgeschlossen, fast zwei Jahre früher als ursprünglich beabsichtigt. Auch beim Bau eines neuen Primarschulhauses soll es Nägel mit Köpfen geben. Hier staunen wir schon fast über das Tempo: Im nächsten Jahr geplant und übernächstes Jahr schon gebaut, das ist eine flotte Vorgabe. Es soll ein Pavillon für 12 Klassen geben, eines der grösseren Primarschulhäuser im ganzen Kanton, und der Standort ist noch nicht einmal bekannt. Wir sind gespannt. Gespannt sind wir auch auf den neuen Bahnhofplatz. Hoffentlich wird daraus nicht ein ähnlicher „running gag, also ein ständig nach hinten gerollter Plan, wie dies bei den Museen und Andaare jetzt lange der Fall war oder immer noch ist. Viele hier drin werden wahrscheinlich denken: Ja, ja die Grünen, die wollen am liebsten alles und zwar sofort. Die wollen am liebsten das Geld mit beiden Händen zum Fenster hinaus werfen. Das stimmt nicht. Wir stellen auch Tendenzen fest, dass man zu teuer investieren will. Hier bin ich durchaus übereinstimmend mit dem SVP-Sprecher in seiner Einschätzung. Manchmal will man den Goldstandard, zum Beispiel bei den Sportstätten, wo laufend mehr dazu kommt, obwohl schon viel Geld gesprochen wurde. Auch im Schwimmbad ist zwar keines der grossen Sanierungsvorhaben im Plan, aber der Betrag für die kleinen Sanierungen ist vervierfacht worden. Und Fragezeichen setzen wir auch hinter die Tendenz, dass man für Konzept- und Planungsaufgaben nicht wenig Geld für externe Aufträge ausgeben will, obwohl wir ja inzwischen Personal angestellt haben, das dies eigentlich selber machen sollte. Ein letztes, womit wir uns nicht einfach einverstanden erklären können: In den sehr fetten Jahren 2008 bis 2010 hat die Stadt Olten eine Ausgleichsreserve von über 38 Millionen Franken anlegen können. Bis 2019 sollen daraus gemäss Plan des Stadtrates nur gerade 5.3 Millionen entnommen werden, obwohl man die Prognose macht, dass die juristischen Personen Jahr für Jahr etwa 4 Millionen weniger Steuern zahlen werden, als man dies noch vor einem Jahr dachte. Wir meinen: Es wäre nicht mehr als richtig, jährlich etwa diese 4 Millionen aus der Ausgleichsreserve zu nehmen. Genau dafür ist die Reserve ja da, schliesslich gibt es in Olten noch sooo viel zu tun. Mit unserer Stimmenthaltung kompensieren wir, dass ich meine Stimme jetzt etwas angehoben habe.

Simone Roth: Auch die Fraktion der FdP hat den Finanz- und Investitionsplan 2013 – 2019 anlässlich ihrer Sitzung besprochen. Markus Sieber war an der Sitzung auch anwesend und konnte zur Strategie der Ausarbeitung dieser Unterlagen nützliche Erklärungen abgeben. Wir diskutieren heute nicht über einzelne Projekte, die im vorliegenden Finanzplan enthalten sind, sondern über die Grundausrichtung und die finanzpolitische Grundstrategie des Stadtrates. Entscheiden können wir nichts, sondern den Finanz- und Investitionsplan nur zur Kenntnis nehmen. Entscheide sind dann gefragt, wenn einzelne Projekte vorgelegt werden. Bei konkreten Projekten stellen sich bei uns stets drei Kernfragen. Welche Investitionen bringen den grössten Nutzen für die Entwicklung der Wohnregion Olten, der Arbeitsstadt Olten, der Lebensstadt Olten? Mit welchen Investitionen kann sich Olten in einem scharfen Wettbewerb zwischen den Städten und Regionen am besten profilieren? Welche Investitionen differenzieren Olten, geben der Stadt ein eigenständiges Gesicht, sind Leuchttürme, an denen wir uns orientieren können, an denen sich aber auch Auswärtige orientieren? Diese Fragen kann man nur mit klaren messbaren Zielsetzungen beantworten. Das bestätigt auch der Stadtrat in seinem Bericht auf Seite 2. Dort schreibt er: „Nur mit klar definierten und massvollen Zielsetzungen kann ein öffentlicher Finanzhaushalt nachhaltig

ausgeglichen gestaltet werden“. Messbare Zielsetzungen sind in diesem Finanzplan noch die grosse Ausnahme. In diesem Bereich müsste der Stadtrat seinen Worten noch etwas mehr Taten folgen lassen. Positiv werten wir, dass die finanziellen Kennzahlen mit dem aktuellen Steuerfuss von 95 % besser, sogar besser als letztes Jahr, sind, als schon mit einem Steuerfuss von 95 % gerechnet wurde. Die Kennzahlen sind sogar deutlich besser als im Finanzplan 2011 – 2017 mit einem Steuersatz von damals 100 %. Trotzdem: Die künftige Finanzlage bleibt weiter angespannt. Die Stadt Olten lebt bei den Investitionen aktuell über ihre Verhältnisse. Wir anerkennen zwar, dass der Stadtrat in diesem Finanzplan versucht hat, das Investitionsvolumen zu glätten, über die gesamte Periode verkraftbarer zu machen. Das Ergebnis ist kurzfristig verkraftbar, aber langfristig nicht akzeptabel. Die Investitionen von fast 160 Millionen Franken im siebenjährigen Finanzplan liegen 50 % über dem Mass, das Olten langfristig verkraften könnte. Aufgrund der finanziellen Situation dürfte Olten nur ca. 15 Millionen pro Jahr investieren. Im vorliegenden Finanzplan wird mit über 22 Millionen pro Jahr gerechnet. Der Stadtrat spricht zwar in seinem Bericht die finanziellen Probleme an, die bei einer vollständigen Realisierung des vorliegenden Finanzplans auf die Stadt zukommen könnten. Vor viereinhalb Monaten wollte er noch ein Zeichen setzen und hat in seiner Zielsetzung formuliert, für den Finanz- und Investitionsplan das Volumen von 168 Millionen Franken auf maximal 150 Millionen zu reduzieren. Dieses Ziel verpasst der Stadtrat, aber mit einem ausgewiesenen Investitionsvolumen von über 158 Millionen Franken. Wenn man noch die nicht mehr ausgewiesene Investition der Einstellhalle einrechnen würde, würde das Investitionsvolumen praktisch auf dem Vorjahresniveau liegen. Wir bedauern, dass der Stadtrat seine eigene Zielsetzung nicht eingehalten hat und mussten mit Erstaunen feststellen, dass die Abweichung von dieser Zielsetzung im vorliegenden Bericht mit keinem Wort erwähnt wurde. Wir wünschen dem Stadtrat mehr Mut in der strategischen Planung. Er müsste klarere Prioritäten setzen, insbesondere auch in Bereichen, wo die Kosten in den letzten Jahren explodiert sind. Tabuthemen darf es in einer Investitionsplanung nicht mehr geben. Nicht alles Wünschenswerte ist nämlich auch aus finanzieller Sicht sinnvoll. Die Fraktion der FdP bedankt sich bei allen involvierten Personen, Abteilungen, die bei der Ausarbeitung des Finanz- und Investitionsplanes 2013 – 2019 mitgeholfen haben. Die Unterlagen und Berichte sind übersichtlich und wurden sehr gut vorbereitet.

Roland Rudolf von Rohr: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion nimmt den vorliegenden Finanzplan mit Befriedigung zur Kenntnis und stimmt auch dem Beschlussesantrag zu. Ich bin etwas über die vorherigen Voten überrascht, denn der Finanzplan ist, was er immer war: Ein Führungsinstrument und zwar für den Stadtrat, der führen sollte. Für uns ist er ein ganz wichtiges Informationsinstrument, damit wir ihn beeinflussen können. Das kann Felix mit seiner Fraktion und alle mit Vorstössen tun, und dann wird dies hier diskutiert und der Finanzplan kann entsprechend geändert werden. Aber für uns geht es in die richtige Richtung. Wir denken auch, dass es möglich ist, jetzt eine Verschuldung einzugehen, die dann wieder zurück muss. Aber wir sind mit Fr. 2'000.— noch lange nicht in den Sphären, in denen wir ganz früher waren. Wir wollen sicher wieder zurück. Aber es ist verantwortbar. Ich denke auch, dass der angestrebte Steuersatz gut ist. Ob man ihn einhalten kann, ist eine andere Frage. Zu den Investitionen konnten wir vorher schon einiges hören, auch wie man bei den 14 Millionen schnell etwas reduzieren kann. Beim Schulhausbau fanden wir interessant und ich habe in der GPK wirklich gute Ausführungen gehört, dass man hier neue Entwicklungen hat, denen man Rechnung tragen kann. Das fliesst natürlich auch immer wieder in einen Finanzplan hinein. Wenn an einem Ort 14 Millionen Franken weg sind, können sie sonst investiert werden. Tatsache ist aber, dass unsere Investitionskraft im Schnitt 15 Millionen ist und fertig Schluss. Daran kommen wir nicht vorbei. Jede Investition, die ausserhalb dieses Finanzplanes ist, muss eine jetzige verdrängen oder warten. Das müssen sich alle sagen, die Ideen für die Stadt haben. Da gehören auch die „Winkelianer“ dazu und alle anderen, die Ideen für diese Stadt haben. Auch wir, die ja immer mit dem Hallenbad geliebäugelt haben, müssen sehen, dass dies wahrscheinlich in die Zukunft verschoben werden muss und ein Wunschdenken ist. Allerdings wenn ich bei den Zahlen schaue, was in der jetzigen Badi investiert werden sollte, muss ich schon etwas staunen. Es ist ja noch nicht in dieser Planung enthalten, aber unter anderem für den Garderobenbau 4,2 Millionen. Ich denke, wir sind schon etwas beim vorher genannten Goldstandard. Zur

Einnahmenseite: Die erwarteten Steuereinträge wurden gegenüber dem letzten Finanzplan um durchschnittlich 4 Millionen gekürzt. Ich denke, das ist richtig und auch in Sicht. Ob dies dann reichen wird, ist eine ganz andere Frage. Ebenfalls ungewiss ist, ob die Zunahme der Einnahmen bei den natürlichen um durchschnittlich 2 Millionen pro Jahr eintrifft. Das ist auch Zukunft. Aber wir glauben auch daran und denken, dass es verantwortbar ist. Falls dies aber nicht passiert, muss wahrscheinlich mehrschichtig vorgegangen werden und hier unterscheiden wir uns vermutlich etwas von der SP. Wir möchten dann nicht nur am Steuersatz schrauben, sondern auch an den Ausgaben und eben an den Investitionen. Im Grossen und Ganzen ist es aber ein gutes Instrument für uns. Es ist eine gute Arbeit und ich möchte mich beim Stadtrat und bei der ganzen Finanzverwaltung herzlich bedanken, ganz besonders natürlich bei Markus Sieber, der heute noch hier ist. Er hat eine gute Arbeit geleistet für diese Stadt, hat durch eine fachliche Kompetenz bestochen. Aber für uns war auch die soziale Kompetenz ganz wichtig. Danke, Markus, und danke für diesen Finanzplan.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Es gibt folgenden Spruch: „Die einen waren dafür, die anderen dagegen, aber sonst war man sich einig“. Ich möchte mich zuerst bei allen herzlich für die Voten bedanken und möchte einige Punkte aufnehmen, um es einfach noch etwas pointierter zu sagen. David Wenger, es ist auch ein zaghafter, manchmal ein sehr heikler Schritt. Im Hintergrund ist ein Parlament und es sind Projekte. Firlefanzen habe ich aufgenommen. Ihr werdet dann hier noch bestimmen, was Firlefanzen ist. Arnold Uebelhart, Deine Rechnung ist zwar unglaublich gut, und wir werden dann im Protokoll nachlesen, wie Du dies gesagt hast. Man kann nicht einfach nur Defizite oder Pluseinnahmen zusammen zählen und dann gibt es eine Zahl. Es ist noch ein etwas anderer Mechanismus dahinter. Aber ganz sicher, und das muss ich Dir noch sagen, werden wir in diesem Saal in ein paar Wochen die Steuerdebatte führen. Das ist Euer Bier, dies dann irgendwie zu verändern, wenn dies gewünscht würde. Der Stadtrat hat von Anfang an eine klare Aussage gemacht, dass wir mit dem gleichen Steuerfuss wie bis anhin fahren. Wir können dies auch durchaus verantworten. Bei Simone Roth höre ich ein gewisses Bedauern. Das ist jetzt halt einfach so. Von der eigenen Fraktion hört man dies ab und zu. Wir vom Stadtrat freuen uns immer wieder über konstruktive Kritik. Felix ist unzufrieden. Die Grüne Fraktion enthält sich aus Unzufriedenheit der Stimme. Du hast ein Beispiel gebracht, das mir jetzt eigentlich etwas speziell erscheint. Felix, und ich glaube, dies sagen zu dürfen – das wurde auch in den übrigen Fraktionen bekannt gemacht – hat in der GPK ganz wichtige Fragen gestellt, insbesondere im baulichen Bereich. Die Baudirektion hat jede einzelne Frage beantwortet. Unter anderem wurde dort auch klar gesagt worden, und das ist das Stichwort für heute, dass der Hochwasserschutz nicht enthalten ist, weil er in diesem Jahr zu wesentlichen Teilen abgehandelt wird und nicht, weil man ihn nicht will. Dann muss man es nicht wieder hervor bringen. Er ist einfach schon abgehandelt. Das Wort „Running Gag“ fordert mich natürlich heraus. Man könnte einen anderen Vergleich bringen. Es gibt die Olympiade von Calgary. Dort gab es einen jamaikanischen Viererbob. Der berühmte Film hiess: „Cool running“. Der Bahnhofplatz Olten ist weder „cool running“ – die Jamaikaner waren bekanntlich im Klassement mit Abstand am Schluss – noch ist es ein „running gag“. Es ist eine absolute Notwendigkeit und die Rahmenbedingungen sind glasklar. Jetzt rede ich Euch hier ins Gewissen. Ihr bestimmt wesentlich mit. Die Rahmenbedingung ist nämlich, dass es im Agglomerationsprogramm AareLand, Bahnhof Westseite, in erster Priorität von zwei Kantonsregierungen als wichtigstes Investitionsprojekt im öffentlichen Verkehr beim Bund abgeliefert wurde. Jetzt kann man es falsch machen, indem die Stadt Olten keinen Beitrag gibt, die SBB und der Kanton nicht mitmacht, und der Bund möchte dies. Irgendjemand kann einfach ausscheren. Das bestimmt Ihr ganz wesentlich mit. Das ist weder ein „running gag“ noch „cool running“. Es ist ein unglaublicher guter Gag, wenn man dies durchzieht. Ich möchte bitten, vielleicht über die Bücher zu gehen, wenn wir in ein paar Minuten zur Abstimmung kommen werden und sich zu überlegen, ob es nicht geschickt wäre, obwohl man nicht gleicher Meinung ist, die einen dafür, die anderen dagegen, ein Zeichen zu setzen und den Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen. Roland Rudolf von Rohr, das Hallenbad mussten wir heraus nehmen, weil es einfach sehr teuer ist. Irgendwo muss der Stadtrat ein Zeichen setzen. Du weisst, dass ich ein Wassermensch bin. Aber ich bin bei meinen Kolleginnen und Kollegen nicht durchgedrungen, auch weil ich nicht wollte, da es im Moment einfach zu teuer ist. Punkt.

Daniel Schneider: Merci vielmals dem Stadtrat und der Verwaltung für die Ausschaffung dieses Papiers. Weil ich heute nicht als Fraktionssprecher nicht reden durfte, habe ich mich etwas um die Beilagen gekümmert, die 71 Kontonummern durchgeschaut und 48 Sachen haben mich angesprungen, von denen ich die fünf wichtigsten mit Euch durchgehen möchte. Ich bin nicht der ganz gleichen Meinung wie Roland Rudolf von Rohr. Auch wenn dieser Fahrplan eigentlich einen Wegweiser darstellt und wir mit unseren Vorstössen daran optimieren, ist es gleichwohl seltsam, dass ein Parkleitsystem doch heraus fällt. Es ist nicht ganz erklärend, was Du gesagt hast. Wir möchten heute erste Signale aussenden, was wir zu welchen Geschäften denken oder Euch mitgeben, was wir zu den Geschäften denken. Aufgefallen ist uns, dass es sehr viele Massnahmen gibt wie der Pausenplatz im Sälischulhaus für fast eine Million, den Bifangplatz, die Schwimmbadsanierung für erhebliche Summen. Wir möchten noch einmal unterstreichen, dass wir der Meinung sind, dass jede gestalterische Massnahme ein Konkurrenzverfahren bekommen muss. Ich schliesse mich hier etwas dem Votum von Felix an. Uns ist aufgefallen, dass relativ viele Direktaufträge in diesem Bereich eingegangen sind, oft mit der Begründung, dass die Zeit nicht gereicht hat. Hier sind wir natürlich sehr dagegen. Etwas mit Argusaugen schauen wir beim Bifang auf das Wort „ein möglicher Wettbewerb“. Für mich heisst dies immer schon kein Wettbewerb. Wir lassen es jetzt einmal bei „möglich“ stehen. Noch einmal: Wir wünschen sehr, dass hier Konkurrenzverfahren stattfinden. Aufgefallen ist uns auch, dass die Stadt ausnahmsweise einmal etwas kauft und nicht verkauft oder mindestens kaufen möchte, nämlich das Areal Müller, wie wir gelesen haben, mit der Zweckidee, dass dort die städtischen Werkhofmitarbeiter mit ihren Elektrofahrzeugen ihre eingesammelten Sachen abladen gehen. Ich weiss nicht ganz, ob die Logistik von der Strecke her stimmt, von der Stadt in die Peripherie abladen zu gehen und nachher mit 20 Stundenkilometern wieder zurück zu fahren. Aber das rechnen kluge Experten sicher auch noch aus. Ganz erfreulich ist die Schulraumplanung. Im Gegensatz zu Felix habe ich gefunden, wo es gebaut wird, nämlich im Kleinholz oben. Ich freue mich sehr, dass endlich einmal ein Entscheid gefällt wurde. Die Kinder werden es danken. Ich konnte, weil ich auch schulpflichtige Kinder habe, beobachten, wie in jedem Frühling die grosse Herumschieberei los geht, welche Kinder wo zur Schule gehen müssen. Das ist manchmal familienlogistisch auch eine Herausforderung. Die 6 Millionen sind wirklich unverschämt günstig. Macht dann bei Gelegenheit doch noch eine Vollkostenrechnung mit Referenzprojekten, die Ihr schon besucht hat. Auf jeden Fall freut es mich sehr. Bei der Eissportanlage ist mir auch aufgefallen, dass man eigentlich in der Presse liest, dass die Curlinghalle noch zum Thema wird. Gefunden habe ich aber kein Geld, das man dafür ausgeben will. Ich denke, hier werdet Ihr noch mit einer Surprise kommen, vielleicht sogar in diesem oder im nächsten Jahr. Ich glaube, das würde eigentlich auch hier hinein gehören, wenn man ein bisschen – ich sage es etwas frech - ehrliche Finanzpolitik betreibt. Bei der Gestaltungskommission Olten SüdWest – Marcel Buck hat die Fr. 450'000.— sicher auch wahr genommen – wäre es hübsch, wenn wir irgendeinmal einen Rechenschaftsbericht bekommen würden, nicht erst auf eine Interpellation hin. Ich denke, es ist eine erhebliche Summe. Die Baugespanne sind aufgestellt worden. Dafür wissen wir aus Seite 75, dass die Sammelstellen jedenfalls schon für eine Gegend vorgesehen sind, wo noch niemand wohnt. Dies etwas unsere Signale. Wir möchten, dass Ihr uns gut und rechtzeitig orientiert und uns auch die Gelegenheit gebt, darauf zu reagieren.

Thomas Rauch: Es wurde jetzt schon ein paar Mal über das Parkleitsystem gesprochen. Ich weiss nicht, ob ich falsch bin, aber wir haben doch über eine Vorlage abgestimmt und gesagt, dass die Technologie heute so ist, dass es nicht mehr opportun ist und ein durchschnittliches Fahrzeug seit etwa drei Jahren, wenn es neu ist, ja ohnehin anzeigt, wo diese Parksachen sind und man nachher auf jedem App diese Sache hat. Ich müsste mich irren. Aber wir haben hier über eine Vorlage abgestimmt und von mir aus gesehen ist die Konsequenz, dass das Parkleitsystem, wenn man es ablehnt, nicht mehr auftaucht, ist vermutlich die Konsequenz. Aber ich kann mich irren.

Stadtrat Mario Clematide: Man ist schon ein paar Mal auf den Schulhausneubau zu sprechen gekommen. Ich möchte einige Bemerkungen zum geplanten Schulhausneubau machen. Gestern haben wir in einem Team von Leuten der Baudirektion und der

Schuldirektion unter anderem mit der neuen Schulleiterin des Schulhauses Hübli zwei beispielhafte Schulhäuser in Wohlen und Zürich-Affoltern, die in vorfabrizierter Bauweise erstellt worden sind, besucht. Für mich ist klar, dass das BISPO dem Stadtrat vorschlagen wird, im Kleinholz ein vorfabriziertes Schulhaus zu realisieren. In beiden besuchten Schulhäusern wird engagiert unterrichtet und wir konnten uns darüber informieren, in Zürich seit mehr als zwölf Jahren, in Wohlen seit wenigen Wochen. Mit Pavillons oder Provisorien, Felix, wie wir sie im Säli oder Frohheim bei den Sanierungen aufgestellt hatten, hat diese Bauweise überhaupt nichts zu tun. Beide Anlagen, sowohl in Wohlen wie auch in Zürich, sind auf mittel- bis langfristige Nutzungen ausgelegt und rechnen sich. Zudem können sie unter Umständen nach der Realisierung eines richtigen Schulhauses demontiert und verkauft werden. Übrigens ist mir seit gestern nicht mehr so genau klar, was ein richtiges Schulhaus ist, ob es die Art und Weise des Baus, das Klima oder die Stimmung ist, die in diesem Schulhaus ist. Ihr wisst vielleicht, dass man in Zürich eine ähnliche Diskussion führt und wir waren im Rückacker in Zürich, wo man nebenan das neue Schulhaus Blumenfeld ausprobiert hat. Es soll 90 Millionen kosten. Wenn mich nicht alles täuscht, sind dies drei Fünftel des städtischen Budgets. In Zürich wird diskutiert werden, ob in Zukunft noch so teuer gebaut werden kann. Das skizzierte Vorgehen gibt uns dann auch die Möglichkeit – Du hast es erwähnt, wobei ich denke, dass unsere Leute beim BISPO diese Zuteilungen auf die Schulhäuser professionell gemacht haben – dass wir die akuter werdende Raumnot innert kurzer Frist qualitativ hochwertig beheben können, ohne, und das ist mir wichtig, dass wir uns den Bau eines Schulhauses in Olten SüdWest verbauen können. Die nächsten Schritte, um hier auch noch klar zu sein, werden die Verfeinerung des bestehenden Raumprogramms durch das BISPO und die Festlegung des weiteren parlamentarischen Prozederes sein. Ich persönlich gehe davon aus, dass die parlamentarische Debatte noch in der laufenden Legislatur und die Volksabstimmung voraussichtlich im September 2013 stattfinden werden. Darauf, wann es bezogen wird, und das ist auch eine Erkenntnis von gestern, würde ich mich nicht festlegen, weil das Problematische bei dieser vorfabrizierten Bauweise nicht die Erstellung des Schulhauses ist, sondern das Vorfabrizieren der Elemente. Das sind meine Bemerkungen zum neu geplanten Schulhaus.

Roland Rudolf von Rohr: Daniel Schneider, es ist genau, was Thomas gesagt hat. Es ist doch nicht möglich, dass der Stadtrat das Parkleitsystem drin lässt, wenn es hier abgelehnt wurde, obwohl es gegen meine Stimme und auch gegen Deine war. Jetzt ist es an Euch und an uns. Du hast meine Unterstützung. Wir haben ja dort selten genug eine einheitliche Meinung. Aber wir können es wieder hierher bringen, wann wir es wollen. Aber ich finde es absolut korrekt, dass sie es heraus genommen wurde.

DETAILBERATUNG

Bericht und Antrag: Keine Wortmeldungen

Beilage

Seite 16, Hochwasserschutz/Wilerfeld

Felix Wettstein: Ich nehme noch einmal Bezug auf das Votum von Ernst Zingg. Die Kritik bezog sich vorher nicht auf den Hochwasserschutz im Innenstadt-Bereich an der Aare entlang. Wir haben tatsächlich gerne zur Kenntnis genommen, dass dies auch ein Beispiel ist, wo man sogar schneller vorwärts gekommen als man zuerst gemeint hatte. In diesem Sinne danke ich der Baudirektion für die Antworten auf die Fragen, die ich schon in der GPK gestellt hatte. Diese Aussage war tatsächlich auf den Posten Hochwasserschutz/Wilerfeld bezogen. Ich weiss, dass die ersten zwei Jahre Verzögerungen wegen der Einsprachen waren. Aber schon im Plan 2011 wurde in Aussicht gestellt, 2012 werde man dann bauen können, weil die Einsprachen behandelt werden konnten. Der praktisch gleiche Satz heisst jetzt einfach mit einem Jahr verschoben. Von daher ist es für uns ein Beispiel, wie man gewisse Sachen einfach quasi gleichartig nach hinten schiebt und nur die Jahrzahl anpasst.

Seite 23, Friedhof

Thomas Marbet: Wir haben ja heute im Zusammenhang mit dem Friedhof Meisenhard hoffentlich noch einen Vorstoss zu behandeln, nachdem er zwei Mal verschoben wurde. Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass wir uns zum Punkt Gepäckwagenservice nachher noch äussern und auch hier eine Kritik anbringen möchten.

Seiten 26 und 27

Felix Wettstein: Ich spreche anstelle der Ratspräsidentin, weil es ihre Frage ist, bei der wir dummerweise vergessen haben, sie im Voraus dem Baudepartement zu stellen. Aber ich glaube, sie kann schnell und einfach beantwortet werden. Links geht es um das Kleinholz, rechts geht es um Altlastensanierungen an anderen Orten. Trotzdem steht im Text rechts auf Seite 27 Altlasten im Kleinholz. Ist dies einfach ein Verschreiber, also quasi ein Copy-Paste-Fehler oder ist dies irgendwie anders zu erklären?

Stadtrat Dr. Martin Wey: Ich versuche, eine Antwort zu geben. Zu diverse unbekannte Altlasten haben wir ja heraus gefunden, dass im Kleinholz tatsächlich unbekannte Altlasten zum Vorschein gekommen sind. Im Wesentlichen geht es aber im Bereich 942.501.008 um die Altlastensanierung in Obergösgen. Dort haben wir tatsächlich in der Vergangenheit gesündigt, wenn ich so sagen darf, und das steht dort auch im Vordergrund. Diesbezüglich ist dies ein Verschrieb und wir müssen das Kleinholz ganz klar nach links schieben, ausser Adrian Balz würde mich jetzt entsprechend korrigieren. Es geht um Obergösgen.

Beschluss

Mit 36 : 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

Der Investitions- und Finanzplan für die Periode 2013 - 2019 wird mit dem aktuellen Planungsstand zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an:
Alle Direktionen (5)
Direktion Finanzen und Informatik/Herr Urs Tanner
Finanzkontrolle/Controlling
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 20. September 2012

Akten-Nr. 18/21

Prot.-Nr. 13

Sozialregion Olten, Stellenplanung 2013/Anwendung des kantonalen Stellenschlüssels

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen den folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Das Gemeindeparlament nahm an seiner Sitzung vom 28. Mai 2009 mit 37:0 Stimmen bei drei Enthaltungen die Stellenplanung der Sozialregion Olten gemäss kantonalen Vorgaben nach Sozialgesetz und Sozialverordnung zur Kenntnis. Mit 22:17 Stimmen bei 1 Enthaltung wurde der Beschlussesantrag gestrichen, dem Stadtrat die Befugnis zu erteilen, über Stellen der Sozialregion innerhalb des kantonal vorgegebenen Stellenplans zu entscheiden. Durch aktuelle Fallzahlen und Stellenschlüssel vorgegebene zusätzliche Stellen sind somit weiterhin über das Gemeindeparlament zu bewilligen.

Der Kanton veröffentlicht jeweils im Juni des laufenden Jahres die verbindlichen Fallzahlen per Ende Vorjahr. Auf Grund dieser Fallzahlen werden die für die Fallführung zählenden Stellen gerechnet und geplant. Der Stellenplan wird entsprechend angepasst. Die Fallzahlen der Sozialregion Olten haben vom 31.12.2008 bis zum 31.12.2011 um 326 Fälle von 1490 auf 1816 zugenommen. Gemäss kantonalem Stellenschlüssel (100 Fällen werden 1.25 Stellen zugeordnet) entspricht dies einem zusätzlichen Bedarf von 4.08 Stellen.

Auf den Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme der neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB per 01.01.2013 ist ein Abklärungsdienst aufzubauen, der im Auftrag der KESB Abklärungen und Berichte erstellen wird. Dafür ist eine Stelle vorgesehen.

Auf den 01.01.2013 will die Sozialregion das Intake im Sozialhilfebereich professionalisieren. Dazu sind 0.8 Stellen verteilt auf 4 Mitarbeitende vorgesehen.

2. Erwägungen

Die **Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in Olten** kann nicht von der Sozialregion gesteuert werden. Ein komplexes Gefüge verschiedenster Gegebenheiten und Einflüsse führt dazu, dass Menschen in Olten Wohnsitz nehmen. Dass Menschen wirtschaftlich unterstützungsbedürftig werden oder vormundschaftliche Massnahmen notwendig werden, kann ebenfalls nicht von der Sozialregion gesteuert werden. Die Schwelle der Bedürftigkeit ist durch die kantonale Sozialgesetzgebung exakt definiert. Meldet sich eine betroffene Person, hat die Sozialregion im Rahmen eines Intake-Prozesses den Anspruch abzuklären und – sofern dieser berechtigt ist – die Not zu beheben. Im vormundschaftlichen Bereich wird die Arbeit der Sozialregion durch Gefährdungsmeldungen ausgelöst. Die Gefährdungen sind, sofern vormundschaftliche Massnahmen dazu geeignet und verhältnismässig sind, von Gesetzes wegen zu beheben.

Das Amt für soziale Sicherheit des Kantons Solothurn liess durch die Firma ECOPLAN abklären, ob auf Grund der soziodemographischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten vor Ort die Kosten der Sozialregionen erklärbar seien. Auf Grund der Faktoren 1. Arbeitslosenquote, 2. Langzeitarbeitslose, 3. Ausländerquote, 4. EL-Quote und 5. Leerwohnungsquote wurden **geschätzte und effektive Pro-Kopf-Kosten der Sozialhilfe** gerechnet. Mit einem einzigen Ausrutscher (Sozialregion Untergäu bei einem Betreff) lagen alle Sozialregionen innerhalb einer statistischen Bandbreite von 30% (vgl. Beilage: Studie Ecoplan).

Die **Aufschlüsselung der Sozialhilfeleistungen 1. Semester 2012** (vgl. Beilage) zeigt, welcher geringer Teil der Kosten überhaupt von der politisch gewählten Sozialkommission beeinflusst werden können. Die materielle Grundsicherung (57% der Kosten) ist durch die kantonale Gesetzgebung bzw. die SKOS-Richtlinien bestimmt und nicht beeinflussbar. Bei der medizinischen Grundversorgung (8% der Kosten) kann die Behörde über Zahnarztkosten (1%) befinden. Die Sozialkommission hat sich hier nach den Empfehlungen der Zahnärzte bzw. des Vertrauenszahnarztes zu richten. Bei den situationsbedingten Leistungen (7% der Kosten) besteht ein Entscheidungsspielraum der Sozialkommission in der Rubrik „weitere situationsbedingte Leistungen“ (4%). In dieser Rubrik sind allerdings hauptsächlich die Kosten der Arbeitsintegrationsprogramme enthalten (Fr. 1'000.-- Infrastrukturkostenbeitrag pro Zuweisung und pro Monat). Die Zuweisungen in Arbeitsintegrationsprogramme dienen der Umsetzung des gesetzlich vorgegebenen und politisch mehrheitlich geforderten Gegenleistungsprinzips. Bei den „weiteren situationsbedingten Leistungen“ (25%) fallen stationäre Aufenthalte (9%) und Fremdplatzierungen (13%) ins Gewicht. Im Wesentlichen geht es hier um Kindesschutzmassnahmen. Diese werden bis Ende 2012 noch von der Vormundschaftsbehörde der Sozialregion Olten und ab 01.01.2013 von der neuen und vom Kanton geführten Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB geführt. Die Sozialkommission hat hier keinen Entscheidungsspielraum und muss bis Ende 2012 die Beschlüsse der Vormundschaftsbehörde (bei der Sozialregion Olten sind die beiden Behörden bis Ende Jahr identisch) und ab 01.01.2013 die Beschlüsse der KESB nachvollziehen, das heisst die getroffenen Massnahmen finanzieren. Die Unterstützungsleistungen sind somit weitgehend gegeben und nur im kleinen, einstelligen Prozentbereich zu beeinflussen.

Die **Aufschlüsselung der Fälle nach Aufnahmejahr** (Beilage) zeigt, dass 82% der Unterstützungs-Einheiten weniger als fünf Jahre von der Sozialregion unterstützt werden. Innerhalb von 5 Jahren werden über 80% der Unterstützungseinheiten von der Sozialhilfe abgelöst. Dies zeigt, dass die Sozialregion Olten ihre Aufgabe sehr gut erfüllt, obwohl sie – als Folge der steigenden Fallzahlen – personell stets dem Soll hinterher hinkt. Die Anpassung des Stellenetat erfolgt ja immer hinterher und gestützt auf die Zahlen Ende des Vorjahres. Der umgekehrte Effekt käme bei einer stetigen Fallabnahme zum Tragen. In diesen Genuss ist die Sozialregion während der letzten zehn Jahre leider nie gekommen.

Im vormundschaftlichen Bereich nehmen die **Kindesschutzfälle** als Folge der Einführung geleiteter Schulen mit Schulsozialarbeit zu. Probleme werden früher erkannt und gemeldet. Dies führt zu mehr Mandaten und Massnahmen, die wiederum zu finanzieren sind.

Im Bereich der Massnahmen für Erwachsene ist eine gewisse **Entsolidarisierung** in der Gesellschaft zu spüren. Kinder wollen für ihre betagten Eltern keine Einkommensverwaltung machen. Geeignete freiwillige Mandatsträger sind zum knappen Gut geworden. Die Haltung verbreitet sich, das Vormundschaftsamt sei doch dafür zuständig.

Die **Professionalisierung** auf allen Ebenen der Leistungserbringung und der Beschlussfassung hat sicher ihre guten Seiten. Andererseits führt diese auch dazu, dass jede Meldung verfolgt und ein Verzicht auf Massnahmen begründet und beschlossen werden muss. Dadurch entsteht zeitlicher Aufwand auf Kosten der inhaltlichen Arbeit.

Die **Entscheidungskompetenzen** verschieben sich stetig in Richtung kantonale Verwaltung. Der Instanzenzug für Beschwerden im Bereich der Sozialhilfe wurde von den regionalen Sozialkommissionen zum Amt für soziale Sicherheit übertragen. Im vormundschaftlichen

Bereich können aufsichtsrechtliche Verfügungen ohne Beschwerdemöglichkeit der Sozialregionen erlassen werden, die Entscheide der politisch gewählten Vormundschaftsbehörden aufheben. Mit zusätzlichen Vorgaben und Auflagen werden die Sozialregionen beschäftigt.

Die **kantonale Gesetzgebung** lässt wenig Raum für kreative Projekte. Die Sozialregion Olten führte längere Zeit zusammen mit der Suchthilfe ein Projekt für Randständige. Diese erhielten 40 Franken pro Tag, wenn sie im Taglohnprojekt arbeiteten, 20 Franken, wenn sie sich bis zu einer bestimmten Zeit meldeten, gar nichts, wenn sie sich nicht meldeten. Die Betroffenen selber schätzten dieses Projekt auf Grund seiner klaren Bestimmungen. Im Rahmen einer Beschwerde wurde festgestellt, das Projekt verstosse gegen die kantonalen Bestimmungen. Seither müssen zuerst Leistungen ausbezahlt werden (monatlich). Kürzungen müssen wieder separat und zeitlich begrenzt verfügt werden. Auch bei gänzlicher Verweigerung der Arbeit ist letztlich wieder Nothilfe auszurichten. Seit die Betroffenen diese Mechanismen kennen, gehen sie nicht mehr ins Taglohnprojekt.

Ab dem 01.01.2013 wird die neue Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB der Sozialregion **Abklärungsaufträge** erteilen. Diese sind innert Frist zu bearbeiten. Das Ergebnis ist in Form eines Berichtes zur Beschlussfassung einzureichen. Stehen keine Abklärungskapazitäten zur Verfügung, kann die Sozialregion eine externe Stelle nennen, welche die Abklärung übernimmt. Berichtet die Sozialregion nicht innert Frist erteilt die KESB unter Kostenfolgen zu Lasten der Sozialregion direkte Aufträge. Erfahrungsgemäss sind Abklärungsaufträge an Dritte, welche zu Stundenansätzen abrechnen, wesentlich teurer als die Führung eines internen Abklärungsdienstes, weshalb ein solcher vorzusehen ist.

Die Mitarbeitenden des Sozialamtes führen auf Grund der oben geschilderten Umstände bereits mehr Fälle, als der kantonale Stellenschlüssel zulässt. Zusätzlich leisten sie periodisch **Intake**-Arbeit. Mit der Bildung einer Intake-Gruppe werden die Sozialarbeitenden des Sozialamtes leicht entlastet und können ihre eigentlichen Aufgaben noch gezielter wahrnehmen. Andererseits wird das Intake professionalisiert. Dies ermöglicht eine bessere Abwehr ungerechtfertigter Ansprüche, eine klarere Prüfung der Zuständigkeit, Kontrollen vor Ort und damit Verhinderung von Missbrauch

3. Anwendung des kantonalen Stellenschlüssels

Der Kanton Solothurn hat einen **Lastenausgleich** unter den Einwohnergemeinden für die Verwaltungskosten der Sozialregionen eingeführt. Diese fallen in den Lastenausgleich, wenn die Sozialregion die gesetzlichen Vorgaben erfüllt und die vom Regierungsrat festgelegten quantitativen, qualitativen, personellen und wirtschaftlichen Anforderungen der Leistungserbringung erfüllt (§ 55 Abs. 4 Ziff. 1 SG).

Der Kanton legt im Sozialgesetz einen **Stellenschlüssel** fest. Auf 100 Dossiers werden 100% Fachmitarbeit und 25% Administrativarbeit angerechnet, insgesamt somit 125% Fach- und Administrativarbeit. Dies entspricht einer vollen „Stelle“ nach Sozialgesetz. Die Abgeltung erfolgt pro anerkanntes Dossier mit einer Pauschalen von 1'500 Franken. Werden Stellen nicht besetzt, werden die Pauschalen gekürzt oder gestrichen (§ 38 und 39 SG).

Die **Entwicklung** der Fallzahlen vom 31.12.2008 bis am 31.12.2011 lässt sich wie folgt darstellen:

Sozialregion Olten, Entwicklung 31.12.2008 - 31.12.2011

	Dossier	Stellen	SH	F- AS	Total SH	Total VB	Zunahme	in %
31.12.2008	1490	18.63	873	121	994	496		
31.12.2009	1557	19.46	916	119	1035	522	67	4.50
31.12.2010	1628	20.35	989	103	1092	536	71	4.56
31.12.2011	1816	22.70	1061	112	1173	643	188	11.5
Zunahme 08-11	326	4.08	188	-9	179	147	326	21.88

Gemäss **Stellenplan** per 01.01.2013 stehen für die Fallführung 18.40 Stellen zur Verfügung. Darin enthalten sind 1.5 befristet besetzte Stellen. Gemäss kantonalem Stellenschlüssel sind 22.70 Stellen zu besetzen. Das Amt für soziale Sicherheit akzeptiert jedoch eine Abweichung von 10%. Gemäss Vorgaben von Stadtrat und Gemeindeparlament ist der Stellenplan so zu gestalten, dass diese Toleranz nach unten ausgenutzt wird, d.h. 10% weniger Stellen besetzt werden. Somit ergibt sich per 01.01.2013 folgende Abweichung zwischen dem Ist und dem Soll:

Ressourcen (Dossierzahlen 31.12.10)

	Soll	Toleranz 10%	Ist	Abweichung
Sozialregion Olten	22.70	20.43	18.40	2.03

Somit sind die 1.5 im Ist-Stellenplan enthaltenen befristeten Stellen in unbefristete umzuwandeln und zusätzliche 2.0 Stellen zu bewilligen.

4. Wirtschaftlichkeitsbetrachtung

Je 100 anrechenbare Fälle entsprechen 100 Stellen-% Sozialarbeit und 25 Stellen-% Sachbearbeitung. Dafür wird ein Beitrag von 150'000 Franken geleistet. Für die Sozialregion entstehen somit keine zusätzlichen Lohnkosten, wenn eine Stelle besetzt wird. Es werden aber auch keine Lohnkosten eingespart, wenn eine Stelle nicht besetzt wird, da ein Lastenausgleichsbeitrag in derselben Höhe wegfällt.

5. Realisierung

Die befristet besetzten 1.5 Stellen werden in unbefristete umgewandelt und 2 zusätzliche Stellen werden beantragt (Antrag GP).

6. Varianten

Grundsätzlich könnte auf die Professionalisierung des Intake verzichtet werden. Damit würden 0.8 Stellen eingespart. Das Intake stellt jedoch den wichtigsten Filter zur Abwehr ungerechtfertigter Ansprüche, zur Prüfung der Zuständigkeit, für Kontrollen vor Ort und für Verhinderung von Missbrauch dar. Ohne spezialisiertes und professionalisiertes Intake könnten die Filterfunktionen nur im mittleren Rahmen wahrgenommen werden.

Grundsätzlich könnte auch auf den Aufbau eines Abklärungsdienstes verzichtet werden. Die Abklärungsaufträge würden von der KESB unter Kostenfolgen für die Sozialregion an Drittstellen vergeben. Dies hätte weit höhere Kosten zur Folge und sollte deshalb vermieden werden.

7. Stellungnahmen

Die Vormundschaftsbehörde und Sozialkommission der Sozialregion Olten erachtet das geplante Vorgehen auf Grund der gesetzlichen Vorschriften als zwingend und aus fachlicher Sicht als notwendig und wichtig.

Beschlussesantrag:

Das Gemeindeparlament nimmt die Stellenplanung (per 01.01.2013) der Sozialregion Olten gemäss kantonalen Vorgaben nach Sozialgesetz und Sozialverordnung zur Kenntnis.

1.5 befristet besetzte Stellen werden per 01.01.2013 in unbefristete Stellen (Sachbearbeitung LK 10/11 oder Sozialarbeit LK 19 nach Bedarf der Sozialregion) umgewandelt.

2.0 unbefristete Stellen (Sachbearbeitung LK 10/11 oder Sozialarbeit LK 19 nach Bedarf der Sozialregion) werden bewilligt.

Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Zustimmungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Felix Wettstein: Die Geschäftsprüfungskommission hat sich eingehend mit diesem Geschäft auseinandergesetzt. Sie empfiehlt dem Parlament einzutreten und den Beschlussesanträgen zuzustimmen. Die steigenden Fallzahlen in der Sozialregion machen eine Anpassung des Stellenplans nötig. Bekanntlich gibt der Kanton den Berechnungsschlüssel für die Erfüllung der gesetzlichen Sozialhilfe vor und erlaubt den Sozialregionen, innerhalb einer Bandbreite von plus-minus 10 Prozent davon abzuweichen. Die Sozialregion Olten weicht schon um die erlaubten 10 Prozent nach unten ab. Um wenigstens diese vorgeschriebene Untergrenze wieder zu erreichen, ist es nötig, zwei volle Stellen neu einzurichten. Und weil es keine Anzeichen gibt, dass die Fallzahlen gleich wieder sinken, ist zudem beantragt, jene 1,5 Stellen in unbefristete umzuwandeln, die bisher befristet sind. Es handelt sich um 0,2 Stellen Administration und um 1,3 Stellen Sozialarbeit. Nachher hat es dann keine befristeten Stellenanteile mehr. Würden wir die Stellenbegehren ablehnen, riskierten wir, dass der Kanton die Ausgleichszahlungen kürzen würde, vor allem müssten wir mit extern zu leistende Aufgaben rechnen, die wir separat finanzieren müssen. Damit ist die ganze Vorlage eigentlich bereits erklärt. Aber ich kann den Bericht aus der GPK nicht an dieser Stelle abschliessen, sonst bekäme ich wohl den Vorwurf, ich hätte wesentliche Sachen verschwiegen. Zu reden hat nämlich auch gegeben, wie man die beiden neuen Aufgaben „Intake“ – so heisst die Aufnahmephase – und der Abklärungsdienst zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht sicherstellen will. Für uns im Parlament ist dazu wichtig zu wissen: Es handelt sich nicht um Zusatzstellen, sondern diese beiden Aufgaben können mit Umlagerungen erreicht werden. Künftig soll hier spezialisiert gearbeitet werden, was früher in der Fallführung mitlief und grundsätzlich von allen geleistet wurde. Bedingung, dass diese Spezialisierung aufgebaut werden kann, ist natürlich die vorher erläuterte Stellenerhöhung wegen der steigenden Fallzahlen. Und schliesslich waren auch die vergleichsweise hohen Kosten der Sozialhilfe pro Einwohnerin/Einwohner ein Diskussionsthema in der GPK. Zwar konnte klargelegt werden, dass diese Unterschiede zwischen den Sozialregionen nicht mit den Personalkosten der Angestellten zu erklären sind: Die Personalkosten machen ja nur einen kleinen Teil des Budgets einer Sozialregion aus. Im Bericht und Antrag des Stadtrates

sind Seite 1 unten fünf hauptsächliche Faktoren aufgezählt, welche die Höhe der Sozialhilfekosten beeinflussen. Ein Teil der Kommission war trotzdem mit den bisherigen Auskünften nicht zufrieden, warum die pro Kopf-Kosten in unserer Region und auch die Fallkosten deutlich höher sind als andernorts. Das hat zu einem Nichteintretensantrag geführt, der aber keine Mehrheit fand. Er liegt uns, dem Gesamtparlament, ja inzwischen auch vor und ist bereits in der Presse behandelt worden. Die Mehrheit der GPK empfiehlt, diese Rückweisung abzulehnen und der beantragten Stellenerhöhung zuzustimmen. Der Betrag wird vermutlich 400'000 Franken jährlich übersteigen. Umstritten war deshalb auch, ob die Beschlüsse dem fakultativen Referendum unterstellt werden müssen, denn es handelt sich ja um gebundene Ausgaben der ganzen Sozialregion und nicht um freiwillige Ausgaben allein der Stadt Olten. Auf diese umstrittene Frage erhalten wir die Antwort vom Stadtrat.

Stadtrat Peter Schafer: Zuerst möchte ich auch gerne jemanden vorstellen und zwar ist es mir eine grosse Ehre, Frau Dr.iur. Claudia Hänzi bei uns begrüßen zu dürfen. Sie ist Abteilungsleiterin beim Kantonalen Amt für Soziale Sicherheit, Sozialleistungen und Existenzsicherung. Herzlich willkommen, Frau Hänzi. Wir sind hier im Gemeindeparlamentssaal und Sie haben schon beim Finanz- und Investitionsplan eine Debatte mit bekommen. Wir sind jetzt bei den Sozialstellen. Das ist sicher auch interessant für Sie. Ich habe mir erlaubt, Frau Hänzi zu uns einzuladen, weil sie nachher auch für Fragen zur Verfügung stehen wird. Daneben haben wir Peter Fehlmann. Er ist von der FdP und wahrscheinlich nicht allen bekannt. Bis Ende Jahr ist er noch Präsident der Sozialkommission. Ich möchte die Gelegenheit wahr nehmen, Dir, Peter, ganz herzlich für Deinen Einsatz und auch für den Einsatz der ganzen Kommission zu danken. Die Sozialkommission und die Vormundschaftsbehörde sind ja für den Einzelfall zuständig und segnen diesen ab. Dann haben wir aber auch das Leitungsteam der Sozialregion. Ich glaube, dieses kennen auch noch nicht alle. Hans Peter Müller, der Leiter der Region, Leiter Vormundschaftsamt und Sekretär der Vormundschaftsbehörde. Nathalie Spalding, Leiterin Sozialamt und Sekretärin der Sozialkommission. Beat Hofstetter ist Leiter Sozialadministration. Der Sprecher der GPK, Felix Wettstein, hat eigentlich schon die ganze Vorlage sehr gut vorgestellt. Mir bleibt an dieser Stelle eigentlich, noch auf zwei Sachen hinzuweisen. Aufgrund der Steigerung der Fallzahlen in der Sozialhilfe und vormundschaftlichen Bereichen benötigt die Sozialregion Olten gemäss dem vorgeschriebenen Stellenplan im Kanton, dem Stellenschlüssel, 3,5 Stellen. Grob kann man sagen, dass eine Stelle für Trimbach und zweieinhalb Stellen für Olten sind. Im Sozialgesetz des Kantons Solothurn und der Verordnung dazu ist der Fallzahlen- und Stellenschlüssel definiert. Der Kanton will damit eine qualitative Sicherstellung der Bewirtschaftung der Fälle. In der Sozialregion Olten ist es aus diesem Grund möglich, 82 % der Sozialhilfefälle innerhalb von fünf Jahren abzulösen. Nicht vergessen darf man, dass hinter jedem Fall Menschen stehen. Die Aufgabe der Sozialhilfe ist und bleibt die individuelle Hilfe zur Selbsthilfe dieser Menschen stehen. Wenn die Stellen nicht bewilligt und besetzt werden können, schadet man Olten, weil dadurch Kosten entstehen würden. Eine Kürzung der Zahlungen aus dem Lastenausgleich und Drittkosten durch Abklärungsaufträge der neuen Kindsschutz- und Erwachsenenschutzbehörde wären die Folgen. Meiner Meinung nach möchte wahrscheinlich niemand die Kosten in diesem Bereich.

Alexandra Kämpf, FdP-Fraktion: Um Widersprüche zu klären und klare Fakten zu erhalten, ist aus unserer Sicht eine Rückweisung angebracht. Klar ist, dass dreieinhalb neue Stellen benötigt werden. Dies steht so im Antrag. Die Begründung ist aber widersprüchlich und klärt einige Fragen nicht. Im Gegenteil: Sie wirft sie sogar auf, und sie konnten bis heute nicht beantwortet werden. Es geht nicht darum, ob wir die Stellen wollen oder nicht, sondern um die Fragen, die ich jetzt erläutern werde. Zum Beispiel zum Intake: Auf der einen Beilage steht, dass er bereits besteht. Dann steht aber auf der nächsten nachgereichten Beilage wieder, dass er erst aufgebaut wird. Unter Punkt 6 steht, dass grundsätzlich auf die Professionalisierung des Intakes und des Aufbaus eines Abklärungsdienstes verzichtet werden kann, was aber höhere Kosten zur Folge hätte. Zum einen hat dies ja gar nichts mit der Vorlage zu tun, wenn es am Stellenetat nichts ändert. Zum anderen ist aber ausdrücklich festzuhalten, dass eine effiziente und effektive Planung das A und O des ganzen Dienstes ist und eine solche Professionalisierung durchaus Sinn macht. Deshalb verstehe ich nicht, dass man dies als Variante unter Punkt 6 überhaupt in Frage stellt. Im Weiteren zeigt der Bericht auf, dass die Sozialregion Olten rekordhohe Fallkosten hat, die man nicht begründen kann.

Die Pro-Kopf-Ausgaben der Sozialregion sind mehr als doppelt so hoch als der Durchschnitt im Kanton. Die ECO-Plan-Studie hat auch gezeigt, dass in Olten die effektiven Kosten höher sind als sie gemäss Schätzung erwartet werden konnten. Da die Leistungen der Sozialhilfe kantonal einheitlich geregelt sind, gibt es für die überdurchschnittlich hohen Fallkosten nur drei mögliche Erklärungen: Entweder sind wir nicht kosteneffizient, wir bewilligen überdurchschnittlich hohe Leistungen oder wir haben überdurchschnittlich teure Sozialfälle. Genau um diese Diskussion geht es, und genau diese Antwort haben wir bis heute nicht erhalten und fordern sie schon lange ein. Mit erhöhtem Druck und verstärkten politischen Auseinandersetzungen auch mit den Regionsgemeinden werden die Anforderungen an die sozialen Dienste laufend steigen. Deshalb sind die Grundlagen für ein effektives Management zu entwickeln. Für den Benchmark und einen qualitativen Vergleich braucht man die geforderten Kennzahlen. Dadurch, dass wir unsere Kosten offenbar nicht schlüssig begründen, werden wir nicht sozialer, sondern unszialer. Ein weiterer Punkt ist die Führung und Organisation. Aus dem Bericht und Antrag sowie dem Zusatzblatt wird ersichtlich, dass unsere Sozialregion sehr komplex aufgebaut ist. Auch ersichtlich wird, dass durch die Zersplitterung der Aufgabenbereiche in sehr kleine Teile die Führung offenbar viel Substanz braucht und ein extremer Koordinations- und Administrativaufwand besteht. Wir wissen auch nicht, ob mit der aktuellen Leistungsaufteilung die Ressourcen für eine Fallbearbeitung verloren gehen würde oder nicht. Es ist uns gar nie dargelegt worden, ob eine solche Ausdifferenzierung überhaupt Sinn macht oder was der Benefit daraus ist. Es ist klar, dass wir hier punkto Legitimation und Kontrolle Druck aufsetzen. Aber dieser wird von anderer Seite her auch noch zunehmen. Wenn man in die Zukunft schaut, wird die Fallkomplexität steigen und die Sozialhilfefälle werden in der Bearbeitung immer zeitintensiver werden. Gerade deshalb sind klare, effiziente Strukturen und Arbeitsabläufe unabdingbar. Bei den öffentlichen Debatten um das Thema Sozialhilfe geht es meistens um den Kostenaspekt und um Leistungsmissbrauchsfragen. Um dort nicht noch stärker ins Fadenkreuz zu kommen und damit auch der Nutzen der Sozialhilfearbeit wirklich wahr genommen ist, brauchen wir eine klare Kommunikation und eine aussagekräftige Begründung. Wenn wir dies haben, können wir die Vorlage nachher auch bearbeiten und uns behaupten. Diese Debatte zeigt, dass die sozialen Dienste stärker auftreten müssen und mit Fakten und Hintergrundwissen auf sich aufmerksam machen und sich legitimieren können. So kann man auch eine breitere Gefolgschaft in der Sozialpolitik gewinnen. Sie erfordert Solidarität. Aber man kann sie nur einfordern, wenn man überzeugende Argumente hat. Daher beantragt die FdP-Fraktion die Rückweisung dieser Vorlage, verbunden mit dem klaren Auftrag an den Stadtrat, den wir eingereicht haben.

Dr. Rudolf Moor, SP-Fraktion: Ich nehme es vorweg: Wir sind gegen die Rückweisung und auch klar für die Zustimmung zu dieser Vorlage und zwar mit aus unserer Sicht sehr überzeugenden Gründen. Der Personalbestand, vor allem bei der Bearbeitung der Fälle, liegt im Moment klar unter den Vorgaben des Kantons. Ich glaube, das ist eindeutig ausgewiesen. Das kann man nicht in Frage stellen. Wir sind auch der Meinung, die Vorlage hätte etwas transparenter sein können. Wir sind aber der Meinung, dass die wesentlichen Facts und Grundlagen heute auf dem Tisch liegen. Es gibt nichts Grundsätzliches, das fehlt. Wir haben auch keine Hinweise auf Missstände in der Sozialregion. Es wird hier zum Teil so ganz leicht angetönt. Aber das sehen wir nicht. Vergleiche in diesem Bereich sind immer heikel. Zwischendurch wird auch von Benchmark gesprochen. Aber es gibt nichts Schlimmeres als „halbbatzige“ oder nicht ganz transparente Benchmarks. Primär geht es nämlich hier um Menschen in Not und nicht irgendwie um Vergleiche der Rendite von Aktien. Hier müsste man vielleicht doch mit etwas mehr Vorsicht an das Werk gehen. Die Kosten im Sozialbereich werden vor allem durch die Anzahl der Fälle und der Falldauer bestimmt. Das vergisst man immer. Durch eine gute Arbeit in der Sozialregion kann vor allem die Falldauer, also die ganze Laufdauer eines Falls, reduziert werden, natürlich aber nicht die Anzahl der neuen Fälle. Dazu kann die Sozialregion nichts beitragen. Wenn wir durch einen raschen positiven Entscheid dafür sorgen, dass die Qualität verbessert wird, helfen wir nämlich mit, mittelfristig Kosten zu sparen. Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass wir hier über den Inhalt der Vorlage und nicht über die Art, wie die Zahlen in der Vorlage präsentiert werden, abstimmen, wenn die Tabellen vielleicht auch noch etwas übersichtlicher hätten sein können. Der Inhalt der Vorlage überzeugt uns. Durch eine bessere Qualität und mehr Professionalität kann Missbrauch vorgebeugt werden. Vielleicht sieht man, wenn man es

genauer anschaut, auch, dass es gar nicht so viel Missbrauch gibt. Die Verwaltung macht nur rund 20 % der Gesamtkosten aus. Wenn wir mit einer Verwaltung, die vielleicht etwas mehr kostet, dazu beitragen, dass wir bei den anderen 80 % sparen, tun wir etwas Gutes für die Gesamtkosten, die für die Sozialdienste ausgegeben werden, eben wieder vor allem, indem wir die Falldauer beeinflussen können. Wir sparen damit nämlich Geld der öffentlichen Hand. Ebenso wichtig ist und liegt uns wirklich am Herzen, dass wir auch einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität von Mitbewohnern in unserer Stadt leisten, die sicher nicht das leichteste Leben haben und ja nicht in einfachen Verhältnissen leben. Ich möchte noch etwas zum Begriff Fallkosten sagen. In meinen Augen wird er häufig falsch verwendet. Was heisst Fallkosten? Wenn ich die Kosten pro Fall pro Zeiteinheit anschau, sind dies nicht die Gesamtkosten, die der Fall kostet. Hier wäre eben die ganze Dauer mit zu berücksichtigen. Es kann durchaus sein, dass hohe Fallkosten pro Zeit eine gute Sache sind, weil nämlich die Dauer so stark reduziert wird, dass die gesamten Kosten eines Falles reduziert werden. Ich bitte, dies bei der Diskussion zu berücksichtigen. So einfach sind eben diese Vergleiche nicht, sondern man muss die Gesamtkosten von Fällen vom Anfang bis zum Ende miteinander vergleichen. Wir sind gegen Rückweisung und werden der Vorlage, wenn sie zur Abstimmung kommt, selbstverständlich zustimmen.

Sandra Näf: Die Grünen haben sich an der Fraktionssitzung intensiv mit dem Geschäft Sozialregion Olten/Stellenplanung auseinander gesetzt. Der Bericht und Antrag des Stadtrates an das Gemeindeparlament mit seinen sämtlichen und sehr umfangreichen Beilagen haben bei uns eigentlich mehr Fragen offen gelassen als dass wir sie für uns beantworten konnten, insbesondere solche, die eigentlich mit den Beschlussesanträgen gar nichts zu tun haben. Die Höhe der Kosten pro Einwohner in unserer Sozialregion hat überhaupt nichts mit dem Stellenetat zu tun. Eigentlich hat das Parlament von Olten gar nichts dazu zu sagen, weil der Stellenschlüssel vorgegeben ist und nicht Olten, sondern die Sozialregion den Zuständigkeitsraum bildet. Zudem ist der Stellenplan so gestaltet, dass die Toleranz von minus 10 % nach unten voll ausgenutzt wird. Dass wir jetzt hier heute eine Sozialdebatte vom Zaun reissen wollen, hat eigentlich mit dem Geschäft nichts zu tun. Uns ist klar, dass die Gelegenheit genutzt wird, um auf andere Themen auszuweichen. Wir befinden uns alle in einem Wahljahr. Es ist einfach der falsche Moment und der richtige Zeitpunkt ist dann gegeben, wenn jemand von uns einen parlamentarischen Vorstoss zu diesem Thema macht. Nichts desto trotz würden wir Grünen es wirklich begrüssen, los gelöst von den Beschlussgeschäften Gelegenheit zu haben, sich mit den Begründungen für Kosten und Kostenentwicklung zu beschäftigen. Die Grünen werden dem Beschlussesantrag des Stadtrates folgen, damit diese Stellen auch wieder fristgerecht besetzt werden können.

Doris Känzig, SVP-Fraktion: Im Jahr 2009 sind die Sozialregionen entstanden. Gleichzeitig mit der Einführung der Sozialregionen ist aber parallel dazu eine private Sozialindustrie auch noch entstanden. Sämtliche Dienstleistungen und Betreuungsaufgaben des Sozialamtes werden ebenfalls vom Oltnen Sozialatelier, neuerdings auch von der Arkadis, angeboten. Auftraggeber dieser beiden Institutionen sind die Behörden und die Sozialregionen. Das Geschäft dieser externen Sozialanbieter floriert. Das Oltnen Sozialatelier hat bereits 13 Mitarbeiter, aktuell gerade wieder 5 neue angestellt. Jede Stunde dieses externen Angebots kostet Fr. 120.—, auch wenn der Schützling nicht erscheint. Die neuen Abklärungen im Bereich Kinder- und Jugenschutz ab 1.1.2013, die im vorliegenden Bericht erwähnt werden, werden vom externen Atelier Kissling bereits angeboten, wobei die Stadt unter anderem mit der gleichen Begründung ebenfalls neue Leute verlangt. Auf dieses zusätzliche Personal sollte Olten jetzt verzichten können, wenn ja die Leistungen im Büro Kissling eingekauft werden. Das muss der Fall sein. Sonst könnte sich dieses private Sozialgeschäft nicht in kurzer Zeit dermassen entwickeln. Man kann alles im Detail auf der Webseite des Sozialateliers mit verfolgen. Wir müssen also die neuen Mitarbeiter dieses Sozialateliers bei der Oltnen Stellenplanung, das heisst beim kantonalen Stellenschlüssel, ebenfalls berücksichtigen, sprich reduzieren. Man hört jetzt immer, wenn diese Stellen nicht bewilligt würden, müssten die Aufträge extern vergeben werden und dies sei dann teuer. Aber dies muss ja wegen der erwähnten Gründe schon der Fall sein. Hier müssen wir ein Auge darauf haben. Man muss die externen Aufträge einbeziehen, sonst gerät die Kostenexplosion im Sozialwesen immer mehr ausser Kontrolle. Mir fehlt bei den Ausführungen der Stadt die

Transparenz, weil nirgends ersichtlich ist, wie viel die externen teuren Aufträge zusätzlich kosten. Die SVP-Fraktion wird deshalb dem Rückweisungsantrag der FdP zustimmen.

Marcel Steffen: Die Spannung lösen wir gleich am Anfang. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird die Vorlage gemäss dem Antrag der FdP ebenfalls an den Stadtrat zurück weisen. Wieso machen wir dies? Wir haben bereits in der gleichen Debatte, auch im September, im letzten Jahr gesagt, dass wir mit solchen, vom Kanton bestimmten: Wir müssen nur umsetzen, sonst strafen wir uns selber, Vorlagen einfach etwas Mühe haben. Wir verstehen die dargelegte Problematik mit dem Sozialgesetz und der Sozialverordnung. Wir legen Wert darauf, dass wir auch nicht Sozialleistungen abbauen oder die jetzt verlangten Stellen grundsätzlich hinterfragen wollen. Uns ist auch klar, wie es im Bericht und Antrag steht, dass Anonymität, Zentrumslage, günstiger Wohnraum, hoher Anteil an Ausländern und Arbeitslosen hier in Olten zu diesen hohen Kosten beiträgt und man dies sicher auch nicht mit einer Bevölkerungsstruktur auf dem Land vergleichen sollte. Wieso kann ich trotz dieser detaillierten Aufstellung in den Beilagen aber immer noch nicht eruieren, weshalb wir so hohe Kosten haben? Hier geht es mir gleich wie der Sprecherin der FdP. Das ist eigentlich der Wunsch, den wir schon letztes Jahr geäussert haben, dass wir einfach etwas sehen möchten, das aufzeigt, wo dieses Geld sein wird. Wieso produzieren wir so teuer? Irgendwie beschleicht uns schon ein wenig das Gefühl, und Ihr müsst mir diese Ausdrucksweise verzeihen, dass wir schon etwas ungünstige Fälle haben. Wo liegt es aber? Haben wir im Vergleich zu den anderen hohe Overhead-Kosten? Beziehen wir unsere Infrastruktur zu teuer? Oder werden irgendwo überdurchschnittliche Kosten verursacht, wie es auch gerade von der Sprecherin der SVP gesagt wurde, die man vielleicht anders lösen müsste? Ich möchte mich hier ausdrücklich richtig verstanden gefühlt haben. Es geht hier nicht um die Angestellten im Sozialbereich. Peter Schafer hat uns in der GPK gut aufgezeigt, wie die Fälle abgehandelt werden und auch innerhalb welcher Zeit. Es geht nicht darum, sondern um Vergleichszahlen mit Gemeinden, die gleich sind wie wir. Das gibt es in diesem Kanton Solothurn gewiss Gott. Wir sehen auch die Arbeit der Sozialarbeit. Das ist kein Honigschlecken. Ich glaube, das wissen wir hier alle. Es ist nicht der einfachste Job. Ich denke, sie machen diesen Job gut und richtig. Wir wollen auch keine Studie. Dies sei hier auch mit aller Klarheit deponiert. Wir wollen einfache, für den Durchschnittsbürger verständliche Zahlen im Dschungel des Sozialgesetzes, wo der Kanton eigentlich alles in der Hand hat und sagt, was wir machen müssen. Es muss doch möglich sein, bei Gesprächen mit anderen Sozialregionen Vergleichszahlen zu erhalten, die man wirklich miteinander vergleichen kann, ohne dass man Fr. 200'000.—für eine Studie ausgeben muss, nur damit man dort irgendeine genaue Zahl hat. Genau dies möchten wir bekommen. Das war schon im letzten Jahr der Wunsch. Wenn wir dies nicht können, müssen wir uns wirklich fragen, ob hier nicht irgendwo der Wurm drin ist. Dann sind wir im Parlament in einer politischen Verantwortung und müssen nämlich alle Hebel in Bewegung, damit wir wieder in ein kontrollierbares und vergleichbares Umfeld kommen.

Parlamentspräsidentin Anna Engeler: Bevor ich das Wort für die Einzelsprecher frei gebe, erlaube ich mir hier einen kurzen Hinweis. Ich möchte diese Sitzung wirklich extrem effizient halten und Euch bitten, entlang der Vorlage zu diskutieren. Die Kosten als Begründung für den Rückweisungsantrag sind ein legitimer Grund, den ich aber heute Abend hier nicht diskutieren möchte. Das wäre dann Gegenstand der Diskussion, falls der Rückweisungsantrag bewilligt wird oder im Rahmen eines parlamentarischen Vorstosses.

Stadtrat Peter Schafer: In der ersten Runde aller Fraktionen, hat Alexandra Kämpf am meisten Fragen gestellt, was mich freut. Bis jetzt war in den Diskussionen für mich nicht ganz klar, was gefragt wird. Ich muss auch noch darauf hinweisen, was ein Zeitungsbericht alles auslösen kann. Es ist nämlich derjenige über die Sozialregion unteres Niederamt. Das Sozialwesen ist einfach kompliziert. Ihr habt jetzt gesagt, die Fallkosten seien in Olten hoch. Sie sind nicht hoch, aber die umgerechneten auf die Einwohner sind überproportional hoch. Aber die Fallkosten entsprechen eigentlich auch denjenigen bei der Sozialregion unteres Niederamt. Wenn man es pro Kopf rechnet, haben wir mehr Fälle. Wir brauchen mehr Personal, weil wir mehr Fälle haben und haben dadurch mehr Kosten. Es wird aber geteilt durch Einwohner im Kanton wieder verteilt. Das ist ein solidarischer Akt und auch mit den Einwohnergemeinden und dem Kanton so abgemacht. Ich schaue für Olten, ich schaue,

dass die Geldflüsse wieder zurück fliessen. Das ist meine Aufgabe als Sozialdirektor. Nachher frage ich noch Frau Hänzi wegen Vergleichsmöglichkeiten. Ich bin für die Sozialregion Olten zuständig, habe den Überblick über die anderen Regionen nicht und sehe nur anhand des Lastenausgleichs, ob Gelder in die anderen Regionen oder zu uns fliessen. Die Qualität der Arbeit der anderen Sozialregionen kann ich nicht beurteilen. Zur Frage betr. Intake: Mir schien es gut erklärt. Ab 1.1.2013 möchten wir die 0,8 Stellen Intake aufbauen. Diese gibt es im Moment nicht, sondern erst ab 1.1.2013. Zur Kosteneffizienz: Wenn man in diesem Zeitungsbericht nachliest, werden dort einfach Zahlen vermischt. Die Lohnkosten sind in der Sozialregion unteres Niederamt und Olten pro Sozialarbeiter genau gleich gross. Aber wenn man es wieder pro Kopf der Bevölkerung rechnet, haben wir höhere Kosten, weil wir mehr Fälle und Angestellte haben. Aber die Kosten selber sind genau gleich hoch. Zur Effizienz: Ich habe es vorher am Beispiel von Hans Peter Müller extra gesagt. Er ist der Geschäftsführer der Sozialregion, Verwaltungsleiter der Direktion, Sekretär der Vormundschaftsbehörde und Leiter des Vormundschaftsamtes. Das gibt einfach solche kleinen Prozente. Ich hätte auch am liebsten für jede der vier Personen eine einzelne Person, die hundertprozentig nur dies macht. Aber wir arbeiten effizient und setzen die Leute effizient ein. Zum Benchmark: Ich kann nicht bei der Sozialregion unteres Niederamt schauen gehen, wie sie die Fälle bewirtschaften und wie viel sie dieser oder jenen Person geben. Hier muss ich mich auf den Kanton verlassen, weil auf dem Schreibtisch von Frau Hänzi alle Fälle zusammen kommen. Sie beurteilt, ob etwas in den Lastenausgleich kommt oder ob Leistungen enthalten sind, die nicht hinein gehören. In der Sozialregion Olten haben wir ab und zu Diskussionen. Aber unsere Fälle kommen alle in den Lastenausgleich. Es stimmt, dass Sozialhilfe auch in Zukunft schwieriger wird. Wir haben eine Veränderung festgestellt. Das hat unsere Stadtentwicklerin kürzlich gesagt. Wir haben innerhalb von 10 Jahren 4 % mehr Einzelperson-Haushalte in Olten. Einzelpersonen-Haushalte sind extrem teuer, weil sie gleich eine Grundmiete haben, die man übernehmen muss. Ein Zweipersonen-Haushalt ist nur wenig teurer. Aber wenn Einzelpersonen in die Sozialhilfe kommen, ist es teurer. Zur Kommunikation: Aussagekräftige Fakten im Hintergrund. Ich habe nur den Lastenausgleich, den ich vom Kanton erhalte. Es ist Solidarität. Der VSEG, der Einwohnergemeindeverband des Kantons Solothurn, hat dies mit dem Kanton so abgemacht. Dann möchte ich noch auf die Kosten für Externe eingehen. Wir haben einfach ein Fallkorsett, pro 100 Fälle eine Sozialarbeitsstelle 25 % Administration. Es gibt derart komplizierte Fälle, die uns oder selbstverständlich auch andere Sozialregionen so fordern, wo man es einer anderen Person zur Abklärung geben muss. Es kommen auch Leute nach Olten, die bereits über die Familienberatung oder ein anderes Büro laufen. Dann finden wir es nicht gerade gut, wenn man dies von einem Tag auf den anderen abklemmt, vor allem wenn es um Kinder geht. Kinder sind immer das Wichtigste. Eine teure Produktion möchte ich wirklich verneinen. Wir haben eine schlanke Produktion und nicht teurere Kosten als andere. Einfache Zahlen sind einfach schwierig. Ich kann Euch nur den Lastenausgleich präsentieren. Aber ich möchte an dieser Stelle Frau Hänzi das Wort geben. Können Sie die hohen Fallzahlen in Olten erklären? Zahlt die Sozialregion Olten zu hohe Leistungen? Wie sieht es mit den extern geführten Fällen aus, und wie stehen wir im Vergleich mit anderen Sozialregionen?

Heinz Eng: Lieber Peter Schafer, in freundeidgenössischer Art und Weise möchte ich Dir sagen, dass hier in Olten das Parlament tagt. Es ist richtig, dass Du Deine Entourage mitnehmen darfst. Aber wer in diesem Parlament spricht und wer Rede und Antwort steht, ist Frau Präsidentin überlassen und nicht Deine Darstellung oder Vorstellung. Ich bitte Dich, Dich daran zu halten. Das Parlament ist hier die Hoheit, und wir Parlamentarier reden. Frau Präsidentin wird diese Diskussion und Sitzung führen.

Parlamentspräsidentin Anna Engeler: Wir haben in der Pause kurz diskutiert, wie es wäre, wenn Externe sprechen möchten. Es ist so, dass es rechtlich nicht eindeutig geregelt ist und damit alles mit rechten Dingen abläuft, lasse ich das Parlament darüber abstimmen, ob wir dies zulassen möchten. Ich werde aber in globo und nicht bei jeder Person einzeln abstimmen.

Urs Knapp: Laut Geschäftsordnung muss über einen vorhandenen Rückweisungsantrag abgestimmt werden.

Beschluss

Mit 22 : 18 Stimmen wird dem Rückweisungsantrag zugestimmt.

Mitteilung an:
Sozialdirektion/Herr Hans Peter Müller (3)
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 20. September 2012

Akten-Nr. 3/13

Prot.-Nr. 14

Dringliche Interpellation Marcel Buck (SVP) betr. «Was läuft falsch bei der Umsetzung von «Olten SüdWest»?»/Beantwortung

Am 18. September 2012 hat Marcel Buck (SVP-Fraktion) eine Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Seit längerem wird das Grossprojekt „OltenSüdWest“ propagandiert, doch wirklich vorwärts geht es nicht. Dies veranlasst die SVP diese dringliche Interpellation einzureichen um Spekulationen und „Gerüchten“ über das mögliche Scheitern des Stadtrates in den Verhandlungen mit dem Eigentümer und Bauherren ein Ende zu setzen und von politischer Seite her Unterstützung anzubieten.

Begründung zur Dringlichkeit:

Die Realisierung zum Bau von „OltenSüdWest“ ist an einem Tiefpunkt angelangt bezüglich Unstimmigkeiten zwischen Bauherr einerseits, sowie dem Stadtrat andererseits. Mit der sofortigen Beantwortung der unten aufgeführten Fragen, ermöglicht der Stadtrat es dem Gemeindeparlament seine Verantwortung bezüglich „Rückendeckung“ wahrzunehmen und neuen Schwung in die Verhandlungen zu bringen.

Fragen:

1. Weshalb geht es in „OltenSüdWest“ mit der Planung respektive Realisierung nicht weiter?
2. Was sind die zentralen Streitpunkte und weshalb?
3. Wo und in welchen Punkten wurden bis jetzt Lösungen gefunden?
4. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen Bauherr und Stadtrat einerseits und der Stadtplanung und der Baukommission andererseits?
5. Sind die Aufträge und die einzelnen Rollen der Stadtplanung sowie den weiteren Involvierten Personen klar erteilt und somit erkannt?
6. Was hat es auf sich mit der „Sistierung von Baugenehmigungen“ und weshalb?
7. Welche Priorität hat das Projekt für den Stadtrat und weshalb? (Klare Erläuterung des Zeitplans)
8. Was muss nach Meinung des Stadtrates noch erfüllt werden, damit mit dem Bau endlich begonnen werden kann?
9. Ist der Stadtrat auch der Meinung dass das Auswechseln von „Köpfen“ die Verhandlungen erleichtern und somit schneller und zielorientiert weitergeführt werden könnten?
10. Hat die Gestaltungskommission Ihren Auftrag verstanden, wie übt sie die Beratungsfunktion aus Sicht des Stadtrates aus und wie sieht es mit den Kosten diesbezüglich aus?»

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtrat Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

Zu Frage 1

Die Arbeiten betreffend Olten SüdWest laufen derzeit auf verschiedenen Ebenen:

- Das Baugesuch für die Brücke Gheiddamm (Fussgänger- und Velobrücke) wurde durch die zuständige Baukommission genehmigt und ist rechtskräftig. In den nächsten Tagen erfolgt die Arbeitsvergabe für die Baumeisterarbeiten, womit einem baldigen Baubeginn nichts mehr im Wege steht (Kreditgenehmigung durch das Parlament der Stadt Olten am 15. Dezember 2011).
- Der Wettbewerb für die Fussgänger- und Veloverbindung Hammerallee / Olten SüdWest ist erfolgreich abgeschlossen. Das weitere, geplante Vorgehen wird im Finanz- und Investitionsplan 2013 – 2019 aufgezeigt.
- Für die erste Bauetappe (Baufeld 4) konnte ein freiwilliger Wettbewerb lanciert werden. Der Beitrag der siegreichen Frei Architekten aus Aarau wurde unter Begleitung der Gestaltungskommission konkretisiert und die Grundeigentümerschaft hat im Spätsommer 2011 das Baugesuch erstmals eingereicht. Die Baukommission hat das Baugesuch Anfang April 2012 sistiert, damit insbesondere die Ordnungsfrist nach § 9 der Kantonalen Bauverordnung zur Beurteilung von Baugesuchen nicht verletzt wird.

Zu Frage 2

Bei den noch zu klärenden Punkten im Baufeld 4 (1. Etappe private Grundeigentümerin) geht es primär um Finanzierungsfragen für die Erstellung der öffentlichen Erschliessungsanlagen, etwa die Modalitäten für die private Bevorschussung der Erschliessungskosten nach § 101 Abs. 6 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes sowie das Mobilitätskonzept für das gesamte Areal.

Zu Frage 3

Die Gestaltungsfragen im Bereich der öffentlichen Erschliessungsanlagen konnten grossmehrheitlich einvernehmlich gelöst werden. Die Finanzierungsfragen werden im Rahmen des öffentlichen Perimeterverfahrens (sog. Grundeigentümerbeiträge) geregelt. Die Perimeterbeitragsakten sind der Grundeigentümerin zur Stellungnahme zugestellt worden. Anschliessend erfolgen das öffentliche Auflageverfahren und die notwendige Kreditgenehmigung durch das Parlament.

Die Mutationspläne für die Abtretung der Strassenparzellen sind – wegen der Belastungen des Areals durch Altlasten – bei den kantonalen Ämtern zur Prüfung resp. Bewilligung durch den Regierungsrat (eine solche ist aufgrund des sog. Zerstückelungsverbot von belasteten Standorten für die Mutationen zwingend notwendig).

Zu Frage 4

Die Finanzierungsfrage (Bauherr und Stadtrat) wird im Rahmen des Perimeterverfahrens geklärt. Zwischen Stadtplanung und Baukommission besteht momentan kein Handlungsbedarf, da das Baugesuch bereits vorliegt.

Zu Frage 5

Ja

Zu Frage 6

Die Baukommission hat das Baugesuchsverfahren für die erste Etappe Anfang April 2012 sistiert, weil die öffentliche Erschliessung und deren Finanzierung nicht im Sinne von Gesetz und Praxis des Bau- und Justizdepartements bedingungslos gesichert sind.

Zu Frage 7

Die Entwicklung des neuen Stadtteils Olten SüdWest ist für den Stadtrat nach wie vor von grosser Bedeutung. Sobald das Perimeterverfahren rechtlich abgeschlossen ist, wird der

Stadtrat daher dem Gemeindeparlament den notwendigen Kredit für die öffentliche Erschliessung beantragen (vermutlich Ende 2012 / Anfang 2013).

Zu Frage 8

Das vorgesehene Land für das geplante Bauvorhaben muss erschlossen sein oder die Erschliessung zumindest auf den Zeitpunkt der Fertigstellung des Bauvorhabens gesichert sein (vgl. etwa Art. 19 des eidg. Raumplanungsgesetzes bzw. § 28 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes). Zudem muss eine rechtskräftige Baubewilligung vorliegen; vor Erteilung der Baubewilligung darf mit den Bauarbeiten nicht begonnen werden (§ 10 Abs. 3 Kantonale Bauverordnung).

Zu Frage 9

Nein

Zu Frage 10

Die Gestaltungskommission unter der Leitung von Prof. Carl Fingerhut hat ihren Auftrag verstanden und auch ihre gewünschte Beratungsfunktion ausgeübt. Die Kosten für die Honorare der Mitglieder der Gestaltungskommission betragen bisher gesamthaft ca. CHF 160'000. Mit der Grundeigentümerschaft wurde ein Kostenteiler von je 50% vertraglich vereinbart.

- - - - -

Marcel Buck: Ich danke Euch für die Dringlicherklärung dieses Geschäftes. Vorausschicken möchte ich, dass mit dem folgenden Statement kein Geheimnis verraten wird. Namentlich erwähnte Personen sind informiert und auch damit einverstanden. Ich habe mich in den letzten Wochen und Tagen ausführlich damit beschäftigt nachzuvollziehen, was bis jetzt dazu geführt hat, dass sich die Grundeigentümerin, das heisst Herr Bachmann, ernsthaft mit dem Gedanken auseinandersetzt, sich als Erbauer von Olten SüdWest aus Olten zurück zu ziehen. Nach diversen Gesprächen und Rücksprachen mit direkt involvierten Personen, die ich hier nicht namentlich erwähne, kann ich heute sagen, dass der Stadtrat bereits in seiner Mitteilung vom 15. Dezember 2009 Recht hatte. Damals ging es um die Volksmotion, die wollte, dass die Stadt das Hunziker-Areal kauft. Damals hat der Stadtrat bereits rückblickend fast etwas prophetisch geschrieben: „Die Argumente aus Sicht des Stadtrates gegen einen Erwerb des Areals Olten SüdWest reichten von der Finanzplanung über das Fehlen von Ressourcen und Know-how und die Konfrontation mit verschiedenen Interessen bis hin zur Überzeugung, dass auch ohne Kauf eine nachhaltige, qualitativ hochstehende Entwicklung von Olten SüdWest gesichert werden könne“. Im ersten Moment tönt dies zwar etwas kompliziert, sagt aber nichts Anderes aus, als dass der Stadtrat nicht die richtigen Leute hat, um ein solches Projekt umzusetzen, geschweige denn das Geld dazu hat. Genau das ist aber heute noch so. Man hat zwar Köpfe oder auch Manpower, aber scheinbar ist dies auch für einen Stadtplaner, woher er auch immer kommt, einfach zu viel und auch das Know-how ist nach heutigem Kenntnisstand für ein solches Grossprojekt einfach nicht vorhanden. Das führt eben genau zum folgenden Beispiel: Anlässlich der letzten Gestaltungskommissions-sitzung, wo Herr Bachmann, wie bekannt, ohne Stimmrecht trotz Kostenauflegung eingeladen wurde, wurde das sogenannte Mobilitätskonzept vorgestellt, wo Herr Bachmann ausdrücklich der Meinung, dass Entwicklungsfragen hinsichtlich des Mobilitätskonzeptes jetzt nicht kurzfristig zu regeln sein werden. Er bittet doch, dass es nicht schon jetzt mit dem Baugesuch Baufeld B4 verknüpft werden soll. Der Stadtplaner wollte dann wieder einmal mehr seiner Position Ausdruck verleihen und hat fast schon respektlos gemeint, dass das Konzept zur Erfüllung von Artikel 24 der Sonderbauvorschriften und zur Vermeidung von Aufsichtsbeschwerden nötig sei. Unqualifiziert und falsch ist bei dieser Behauptung schon die Nennung des Artikels, denn der Artikel 23 beschreibt nämlich das Mobilitätskonzept in den Sonderbauvorschriften. Daraufhin hat der Leiter der Gestaltungskommission gesagt, und das ist noch wichtig, dass er das 20-seitige Papier heute von der Gestaltungskommission nicht als richtig oder falsch beurteilen lassen will, weil man es als „unlösbares Aufgabe erachtet“. Lieber wolle man sich nochmals – Anmerkung von mir: Kostet ja fast nichts – im

gleichen Rahmen treffen und zwar er, der Mobilitätskonzeptverfasser, der Stadtplaner und Herr Bachmann. Heraus gekommen ist bis heute nichts, gar nichts. Doch: Ein ziemlich zermürbter Investor, eine teure und nichts bringende Gestaltungskommission, ein mit Abwesenheit glänzender Baudirektor und ein immer noch an Ort und Stelle tretender Stadtplaner. Das ist nur eines von wirklich vielen Beispielen, wo eben zu dieser eingangs erwähnten, vom Stadtrat beschriebenen Tatsache kein Unterschied zu heute feststellbar ist. Vielleicht noch etwas zu Herrn Bachmann, damit dies auch gesagt ist. Er ist sicherlich ein unkonventioneller Zeitgenosse. Ihr durftet ihn alle kennen lernen. Trotzdem gibt ihm der Erfolg Recht und auch die Aussage, dass er in seinem ganzen Leben noch nie mit Anwälten bauen musste. Dass sich in Olten gegenüber anderen Überbauungen schon heute doppelt so hohe Planungs- und Verfahrenskosten angehäuft haben oder es langsam keine weiteren Einschränkungen erträgt, sind für mich persönlich eindeutige und unmissverständliche Zeichen dafür, dass wir in Olten nicht fähig sind, ein solches Projekt in entsprechender Zeit zu realisieren, weil es schon wieder vom Planungstisch direkt in den Kübel landen wandern soll. Wir haben hier einige Bauleute unter uns, die dieses schikanöse und zum Teil respektlose Vorgehen ebenfalls nicht verstehen. Ich komme zum Schluss und zur Zusammenfassung. Herr Bachmann hat, im Gegensatz zu unserem einheimischen Stadtrat als Auswärtiger schweizweit als Einziger ja zu Olten gesagt und das Potenzial dieser Stadtrat richtig eingeschätzt. Er ist hierher gekommen, um einen neuen Stadtteil, der einen Viertel unseres Gemeindegebietes ausmacht, zu erbauen. Und was machen wir? Wir haben nicht einmal den Mut und die Grösse, aus den vergangenen Fehlern zu lernen und ebenfalls ja zu unserer eigenen Stadt zu sagen. So sieht es aus. Ich fordere den Stadtrat und alle in das Projekt involvierten Stellen unmissverständlich auf, sofort, aber wirklich sofort, aktiv zu werden und vielleicht, aber auch nur vielleicht, hat meine Interpellation beim Einen oder Anderen ein Umdenken bewirkt, er übernimmt die Verantwortung und zieht auch die Konsequenzen. Als Ausblick ist zu sagen: Wenn das ganze Projekt jetzt nicht zügig, förderlich und respektvoll behandelt wird, werden wir hier schon bald über ganz andere Probleme reden müssen. Noch kurz zu den Fragen respektive den Antworten: Ich schwanke etwas zwischen Überforderung und Enttäuschung. In einer Gerichtsverhandlung kann man mit solchen Antworten zwar rechnen. Aber hier sind wir in keiner Gerichtsverhandlung. Wir von der SVP-Fraktion müssen diese Antworten, da wir in der Fraktion ja bekanntlich mehrere Juristen haben, prüfen, kündigen aber bereits heute an, dass wir unsererseits ebenfalls weitere Schritte prüfen werden, wenn weiterhin ohne messbare Resultate Steuergelder in Millionenhöhe verschwendet werden. Sollte dieses Projekt sterben, möchte ich nicht in der Haut des Stadtrates stecken und schon gar nicht in derjenigen der Stadtplanung. Ich bin mit den Antworten, die ich in meinem kleinen Hirn verstehen und gerade nachvollziehen kann, zufrieden, und zu den anderen nehme ich im Moment keine Stellung.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Nach diesem Generalangriff auf die Stadtplanung und auf meine Person selbstverständlich ein paar Repliken. Von daher möchte ich mich auf die gestellten Fragen konzentrieren und die Polemik eigentlich weg lassen. Es fängt ja schon bei der Betitelung der Interpellation „Was läuft falsch bei der Umsetzung...“ an. Dies suggeriert eine absolute vorgefasste Meinung, bevor eigentlich die Antworten des Stadtrates vorliegen. Das zeigt auch, woher dieser Vorstoss gesteuert und was damit bezweckt ist. Ich nehme auch mit Erstaunen zur Kenntnis, dass der Absender offenbar ein Mitglied der Baukommission ist. Es ist auch richtig, dass man sich zu diesem doch wichtigen Thema Olten SüdWest äussern darf. Ich stelle aber fest, dass er sehr wahrscheinlich in der Baukommission auch gefehlt hat, denn diese Punkte wurden alle behandelt. Praktisch alle Fragen waren dort ebenfalls thematisiert. Deshalb erstaunt es mich umso mehr, dass hier die Galerie genutzt wird, um offenbar die nächsten sechs Monate einzuläuten. Zu den einzelnen Fragen habe ich keine weiteren Ergänzungen mehr zu mache. Ich möchte einfach insbesondere die Aufgabe der Stadt Olten, die wir hatten, noch betonen, einerseits durch den Gestaltungsplan, die Sonderbauvorschriften, aber auch durch die politische Forderung, dass Olten SüdWest gelingen muss. Wir haben dadurch, dass wir nicht Eigentümer sind, sondern an und für sich begleitende Massnahmen und Instrumente haben, eine wichtige Rolle, gerade auch mit der Stadtplanung, wahr zu nehmen. Wenn es im Titel heisst: „Was läuft falsch“ könnte man auch fragen: „Was läuft richtig?“ Insbesondere haben wir auch den Auftrag der Politik und des Parlamentes wahr genommen, dass wir bei dieser Überbauung und diesen Voraussetzungen und Bedingungen sehr Wert auf Qualität legen und die entsprechenden ersten Bausteine

auch gelingen mögen. Von daher war es uns auch wichtig, dass in der Gestaltungskommission, die sehr gut besetzt ist, und von daher möchte ich den Vorwurf von sogenannter Unfähigkeit von der Besetzung in dieser Kommission inklusive Stadtplaner klar zurück weisen, auch entsprechende Unterlagen und Bedingungen zu stellen. In dieser Gestaltungskommission war insbesondere auch der Präsident der Baukommission vertreten, wo der Interpellant jedenfalls informiert wurde, was Stand der Sache ist. Im Wesentlichen geht es auch darum, dass Olten SüdWest nicht einfach gebaut werden muss. Ich als Baudirektor bin auch froh, wenn gebaut wird, aber nicht um jeden Preis und um jede Qualität. Dort lege ich einfach Wert auf eine Gradlinigkeit, die wir uns auch als Stadtrat auferlegt haben, dass wir dort unten nicht alles bauen lassen. Hier sind verschiedene Interessen auf dem Spiel, diejenigen der Stadt Olten und auch des Eigentümers. Beide sind legitim. Meine Aufgabe ist vor allem, diejenigen der Stadt Olten wahr zu nehmen. In diesem Sinne ist diese Interpellation ein Beitrag, um den Informationsgleichstand zwischen uns beiden herzustellen, Marcel. Im Übrigen möchte ich das Parlament bitten, von diesen Antworten Kenntnis zu nehmen.

Marcel Buck: Man muss natürlich schon den Titel wählen, von dem man sich Antworten erhoffen kann. Hätte ich gefragt, was richtig laufe, wären die Antworten wahrscheinlich noch knapper ausgefallen. Ich bin somit nicht befriedigt.

Daniel Schneider, SP-Fraktion: Merci, Marcel, für die Interpellation. Martin, ich bin jetzt etwas irritiert, dass Du dem Interpellanten vorwirfst, er werde eigentlich instrumentalisiert. Hier müsste man sich jetzt wieder fragen, welche Funktion wir als Parlamentarier haben. Ich meinte eben, gerade solche Fragen zu stellen. Das irritiert mich jetzt etwas. Ich denke, es ist richtig, dass der Ort, der die Bevölkerung, das Parlament und die Kommissionen seit einigen Jahren beschäftigt, durchaus ein erhöhtes Mass an Informationspolitik verlangt. Ihr seid sicher gut bedient, wenn Ihr dies auch so macht. Ich finde, die Antworten sind so, wie ich sie erwartet habe. Viele Artikel und Planungsgesetze, aber eigentlich wird das, was Marcel gefragt, prächtig umschifft. Wenn es auch nicht mein Wortlaut ist, wie sich Marcel artikuliert – das haben wir schon ein paar Mal diskutiert – finde ich, dass er eben schon einige Sachen „antüpft“. Wir haben es schon einmal verpasst, als ein SVPlar in die Bresche gesprungen ist, weil man halt oft nicht glaubt. Mir sind einige Sachen bekannt vorgekommen, und ich muss gleichwohl noch kurz über unseren Stadtplaner reden. In ganz anderen Zusammenhängen ist auch uns aufgefallen, dass es nicht immer ein so wohlwollender Umgang mit dem Vis-à-vis war, gerade in den Angelegenheiten Innenstadt, wo wir uns eher etwas heruner gekanzelt gefühlt haben. Aber das ist ein Führungsthema, das ich hier nicht weiter erläutern möchte. Ich denke, Olten SüdWest ist nicht nur physisch eine grosse, sondern auch planerisch eine gigantische Baustelle. Es ist eine unheimliche Herausforderung. Ihr könnt Euch erinnern, dass wir hier über ein extremes Novum, einen Gestaltungsplan, diskutieren durften. Wir durften ihn zwar nur zur Kenntnis nehmen, weil, und hier zitiere ich Martin Wey gerne: „Die Planungsbehörde ist der Stadtrat“. Das hast Du schon 1'000 Mal von mir gehört, weil ich es eben schon 1'000 Mal von Dir gehört habe. Damit ist die vollständige Verantwortung beim Stadtrat und selbstverständlich auf keinen Fall beim Parlament. Das würde ich mir bitte verbieten. Was wir damals schon angetönt hatten, ist eingetroffen und wenn man an der Orientierungsversammlung im Foyer vor zwei oder drei Jahren, wo Carl Fingerhuth erklärt hat, wie es läuft, teilgenommen hat, hat man eigentlich ganz gut gemerkt, und ich habe die provokative Frage an diesem Abend auch gestellt und leider musste man sie bestätigen, dass wir jetzt eigentlich gegen den eigenen Gestaltungsplan kämpfen. Er hat einfach viel zu viele Löcher und Türen und gegen diese kämpft jetzt irgendeine Kommission an. Mir ist eigentlich egal wer, und was sie kostet, ist nicht so relevant. Relevant ist, dass damals von einem genialen Planwerk gesprochen wurde, was einfach so nicht stimmt. Es ist ein grosses und – Entschuldigung, ich erlaube mir, dies zu sagen – mangelhaftes Werk. Es hat sehr viele Lücken. Die grösste Lücke hat vielleicht schon damit zu tun, dass es einen einzigen Käufer geben konnte. Auch dies wird einem Gestaltungsplan geregelt. Man kann dies sogar machen und sich in die Privatwirtschaft einmischen. Ein einziger Bauherr dort unten ist sehr gefährlich. Das ergibt eine gewisse monochrome Planung. Wir kennen Herrn Bachmann. Ich möchte diesen Namen nicht weiter ausbreiten. Aber die Gefahr besteht, dass wir eigentlich einen Teppich gleichartiger Planung haben. Ich meine einfach, und das ist so und man kann dies nicht mehr weg schlecken, dass die Planungsbehörde jetzt von etwas

eingeholt wird, das sie damals versäumt hat und zwar diesen Gestaltungsplan trotz unseren Hinweisen wirklich zu schärfen, dass Ihr Euch auf diesen beziehen könnt. Denn Ihr kämpft dort mit Finanzierungsfragen und eigentlich bestätigt Ihr dies hier: Ihr seid grossmehrheitlich einvernehmlich. Das sind eigentlich nur die Resultate von undeutlich formulierten Paragraphen. Wenn sie nämlich schlüssig sind, muss man dies nicht. Ich weiss, man sagt, man solle den Architekten nicht zu viele Steine in den Weg legen. Aber manchmal muss man tatsächlich einen grossen Stein hin legen, gerade bei einem so grossen schwierigen Projekt. Wichtig wäre gewesen, und das ist leider das Traurige am Ganzen, es ist nur noch Vergangenheitsbewältigung, Martin, dass wir das Heft in der Hand gehalten hätten und nicht erst jetzt, als wir es aufgeschlagen haben, gemerkt haben, dass nicht alle Sätze sattelfest waren. Das bedauern wir. Ich habe hier nichts mehr anzufügen. Olten SüdWest wird uns weit, weit und lange beschäftigen. Irgendeinmal wird es auch die Sozialdirektion beschäftigen. Für mich ist das Ghetto eigentlich vorprogrammiert.

Rolf Braun: Ich habe mir zu dieser Beantwortung und zur ganzen Interpellation auch meine Gedanken gemacht und bin eigentlich zum Schluss gekommen, dass ein rechter Teil der Bevölkerung über die Stagnation in Olten SüdWest etwas erstaunt ist. Ich denke, wir als Volksvertreter sind ja der verlängerte Arm der Bevölkerung, und es ist durchaus legitim, diese Fragen zu stellen. Sie drücken nämlich auch die Befindlichkeit eines grossen Teils der Bevölkerung aus. Ich denke, wir müssen halt vielleicht auch einmal etwas präventiv in der Öffentlichkeit informieren, wenn es einen solchen Stillstand aus unerklärlichen Gründen gibt, damit die Leute wissen, dass es nicht einfach ein Stillstand ist, sondern es konkrete Gründe dafür gibt und so weiter und so fort. Dann könnte man viele Probleme und kritische Fragestellungen präventiv schon verhindern. Ich glaube auch, dass die Beantwortungen auf die Fragen nicht für die Öffentlichkeit tauglich sind. Es ist sehr technokratisch und sehr juristisch gehalten. Ich möchte anregen: Informiert doch einfach. Das ist nicht nur bei diesem Projekt so. Informiert doch einfach voraus und verhindert präventiv Probleme, bevor sie überhaupt da sind.

Heinz Eng: Ich wollte eigentlich genau das Gleiche sagen wie Rolf, weil die Interpellation sicher auch aus einem gewissen Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit zustande gekommen ist. Ich habe gerade Olten SüdWest aufgeschlagen. Das ist eine tipp-toppe Homepage. Die letzte Veröffentlichung im Internet datiert vom 26. August 2011. Ich bitte, sie etwas zu aktualisieren. Der Stadtrat hat ja auch ein Informationskonzept. Das geht genau in die Richtung, die Du gesagt hast. Dann kann man dies doch hier auch sagen. Man muss ja hier nicht irgendwie etwas verheimlichen. Wenn man mit der Bevölkerung spricht, ist es effektiv so, dass dies die Leute in Olten bewegt. Was läuft dort unten? Wann wird gebaut usw.? Hier wäre eine proaktive Information des Stadtrates sicher dienlich, um auch dem einen oder anderen Gerücht vorzubeugen oder es gar nicht aufkommen zu lassen.

Daniel Dähler: Viel ist gesagt worden, das ich auch in den Raum stellen wollte. Ich denke, es ist effektiv ein Informationsvakuum, das halt jetzt irgendwo durch einen solchen Vorstoss gefüllt worden ist. Ich denke aber auch, dass er legitim ist, letztlich auch im Kontext mit dem, was man in den letzten paar Monaten – ich möchte nicht gerade Jahre sagen – von der Baudirektion gesehen ist. Es war nicht immer alles optimal. Ich möchte auch etwas aufzeigen, dass wir schon Geschäfte zurück gewiesen haben und in letzter Zeit etwas der Wurm drin ist. Vielleicht muss man diesen Laden einmal selbstkritisch untersuchen und ihm noch einmal Schwung geben. In diesem Kontext eben auch der liebe Herr Stadtplaner, den wir auch schon bei anderen Investoren erlebt haben, die am Bahnhof ein grosses Projekt voran treiben, der effektiv – ich möchte nicht gerade sagen investorenfeindlich – auftritt, aber auch nicht derjenige ist, der gerade die Euphorie versprüht.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herr Adrian Balz
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 20. September 2012

Akten-Nr. 1/13

Prot.-Nr. 15

Interpellation Sarah Honegger (FDP) betr. verbesserter Zugang zum Friedhof Meisenhard/Beantwortung

Am 15. September 2011 haben Sarah Honegger (FDP-Fraktion) und Mitunterzeichnende eine Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

„Verbesserter Zugang zum Friedhof Meisenhard

Wie alle Friedhöfe ist auch der Friedhof Meisenhard in Olten ein wichtiger Ort der Ruhe, wo man Trost finden und ungestört nachdenken kann. Des Weiteren haben Friedhöfe auch eine wichtige Funktion als Begegnungsstätte. Hier bleibt man nicht allein, man lernt Menschen kennen, knüpft Kontakte, tauscht Erfahrungen aus und hilft einander.

Leider ist der Zugang zum Friedhof Meisenhard in Olten erschwert. Die Zugangsstrasse ist für den Verkehr gesperrt. Dies stellt vor allem für ältere und gehbehinderte Menschen ein Problem dar, da der Fussweg sehr steil und im Herbst/Winter rutschig ist. Es ist aber zentral, dass der Friedhof während des ganzen Jahres und bei jeder Witterung besucht werden können. Die heutige Situation ist unbefriedigend.

In diesem Sinne wird der Stadtrat gebeten, zu folgenden Fragen Stellung zu beziehen:

1. Welche nicht baulichen Massnahmen (wie z. B. verstärktes Schneeräumen und Blätterwischen) führen zu einem – auch für ältere und gehbehinderte Menschen – sicheren Zugang zu den Gräbern?
2. Welche baulichen Massnahmen sind geplant, um den Zugang zu den Gräbern zu erleichtern?
3. Unter welchen Umständen ist ein Lift realisierbar? Und wie viel würde eine solche Lösung voraussichtlich kosten (Investition und Betrieb)?
4. Welche Einschränkungen (Denkmalschutz etc.) gibt es bezüglich baulicher Massnahmen?
5. Welcher Zeitplan ist für die Umsetzung geplanter baulicher und nicht baulicher Massnahmen vorgesehen?
6. Welche Überbrückungsmassnahmen werden zur Verbesserung der Situation ergriffen, bis geplante Massnahmen umgesetzt werden können?“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet Stadtrat Martin Wey den Vorstoss wie folgt:

Zu Frage 1

Schnee:

Die Zufahrt zum Friedhof wird in 1. Priorität von Schnee befreit. Treppen und Gehwege werden ebenfalls in 1. Priorität (Steilstücke) oder in 2. Priorität (Flachstücke) geräumt.

Die befestigten Umgänge der Kolumbarien (flache und schmale Weglein) sind in 3. Priorität zu räumen. Die nicht befestigten Kieswege um die Grabfelder herum werden nicht geräumt, weil dafür kein Personal zur Verfügung steht und die Scheerräumung auf Kieswegen schwierig ist und das Kies ebenfalls entfernt und in der Anlage verteilt würde, was nicht erwünscht ist. Gutes Schuhwerk muss auf einem Waldfriedhof vorausgesetzt werden können.

Laub:

Laub wird auf den 1. November (Allerheiligen) hin geräumt. Nachdem das Laub vollständig gefallen ist, wird als zweiter Rundgang das Laub wenn möglich vor dem Wintereinbruch entfernt und abtransportiert. Die Mengen wären zu gross, wenn sie liegen bleiben würden.

Zu Frage 2

Siehe Antworten zu den Fragen 3 und 5

Zu Frage 3

Im Jahre 2012 soll ein Architekturwettbewerb für die Erstellung eines Liftes inkl. Rampe für einen behindertengerechten Zugang zum Friedhof vorbereitet und durchgeführt werden (vergleiche Budget 2012 / Kto. Nr. 740.503.012). Es muss mit Investitionskosten in der Höhe von ca. 1–2 Mio. Franken gerechnet werden.

Zu Frage 4

Das Grundstück des Friedhofs Meisenhard befindet sich gemäss gültigem Zonenplan der Stadt Olten in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen. Die Abdankungshalle sowie das Kolumbarium I sind zudem als erhaltenswerte Kulturobjekte (Ensemble) bezeichnet, welchen im Ortsbild besondere Bedeutung zukommt. Momentan wird im Auftrag der Baudirektion durch ein externes Büro ein gartendenkmalpflegerisches Gutachten erstellt, welches Aufschluss geben soll, wieweit und wo bauliche Eingriffe im Gebiet des Friedhofs Meisenhard möglich sind.

Zu Frage 5

Die Realisierung des Liftes ist im Investitionsplan 2012–2018 der Stadt Olten nicht vorgesehen. Da jedoch die Planung anderer Projekte aufgrund ausstehender Parlaments- und Volksentscheide grössere Planungsunsicherheiten bezüglich des effektiven Investitionsvolumens beinhaltet, ist eine Aufnahme der Liftrealisierung in den laufenden Investitionsplan 2012–2018 nicht ausgeschlossen.

Zu Frage 6

Gemäss Friedhofsreglement erhalten gehbehinderte Personen eine Fahrbewilligung bis zur Abdankungshalle. Diese werden rege beantragt und werden unkompliziert erteilt. Diese wurden notwendig, weil viele nicht gehbehinderte Personen ebenfalls immer mit dem Auto in den Wald des Friedhofes gefahren sind, was anerkanntermassen unerwünscht ist.

- - - - -

Sarah Honegger: Ich bedanke mich zuerst beim Stadtrat für seine Antworten. Meine Interpellation habe ich vor einem Jahr eingereicht. Seit deren Beantwortung Ende Februar 2012 ist gerade wieder etwas Wasser die Aare hinunter geflossen. Umso erfreulicher scheint es mir, dass unterdessen auch einiges in Bewegung gekommen ist. Martin Wey wird später

sicher noch einige Worte darüber verlieren. Das Thema Friedhof Meisenhard ist ja seit längerer Zeit immer wieder auf dem Tisch, aber auch immer wieder unter den Tisch und auf die lange Bank geschoben worden. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass die Situation aktuell unbefriedigend ist. Passiert ist trotzdem sehr lange nichts. Deshalb freut es mich umso mehr, dass meine Interpellation anscheinend einen Stein ins Rollen gebracht und man sich dazu entschlossen hat, dieses Thema jetzt endlich von seinem völlig unverdienten Stiefmütterchen-Dasein zu befreien und Nägel mit Köpfen zu machen. So konnte man zumindest im Finanz- und Investitionsplan lesen, dass für 2013 ein besserer Zugang für Gehbehinderte und ältere Personen vorgesehen ist. Die Stadt hat ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die ganze Situation und nicht nur einzelne Aspekte des Friedhofs angeschaut hat. Die Ergebnisse liegen, soweit ich dies gehört habe, auch vor. Aufgrund dieser hat man jetzt unterschiedliche Lösungen auch angeschaut. Ich hoffe sehr, dass wir nachher noch etwas dazu hören, weil ich hier im Detail auch noch nicht mehr weiss. Vor allem hoffe ich aber auch, dass man das Tempo beibehält, diese Sache zügig voran treibt und die Möglichkeit, die man heute schon hat, um den Zugang zum Friedhof zu verbessern, in der Zwischenzeit bis zur Umsetzung, die hoffentlich bald passieren wird, weiterhin vollumfänglich ausnützt. So wie sich diese Sache entwickelt hat, bin ich für den Moment mit den Antworten zufrieden, werde aber die weitere Entwicklung im Auge behalten.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Sarah Honegger hat es schon ausgeführt, das OT hat schon ausführlich darüber berichtet, was wir in der Zwischenzeit angedacht haben. Ich bin auch froh, dass diese Interpellation jetzt nach einem Jahr behandelt werden kann. Es ist tatsächlich so, dass wir ausgehend von dieser Situation des sogenannten Fahrverbots – das war eigentlich der Ausgangspunkt der ganzen Diskussion – uns auch Gedanken gemacht haben, wie wir die Erreichbarkeit des Friedhofs verbessern können. Es ist speziell, und es wurde mehrfach thematisiert, dass er so liegt, dass er in diesem Sinne einen Hügel darstellt und die Erreichbarkeit auch schwierig ist. Es ist dann die Diskussion des Lifts aufgekommen. In diesem Zusammenhang, aber nicht nur deswegen, haben wir eine Studie bearbeiten lassen, die den ganzen Friedhof Meisenhard anschaut. Insbesondere wurde auch von SP-Seite ab und zu gefordert, man solle doch auch Sorge zu dieser sehr interessanten Grabanlage Sorge tragen. Es ist ja nicht nur ein Friedhof, sondern auch in der Gestaltung selber bemerkenswert und hat auch sehr viele, zum Teil versteckte Kleinode, die man in letzter Zeit leider durchaus nicht mehr so sieht oder die in Vergessenheit geraten sind. So hat auch das gartendenkmalpflegerische Gutachten hervor gebracht, dass man neben der Liftdiskussion und der Erreichbarkeit doch Sorge zu diesem Friedhof tragen muss und es in diesem Sinne durchaus auch eine Chance bietet, diese Anlage nicht nur als Friedhofanlage oder als sogenannte – ich möchte nicht gerade Freizeitanlage sagen – aber doch bemerkenswerte Anlage, die man anschauen kann, betrachten kann. In diesem ganzen Zusammenhang auch mit dem Gutachten hat sich heraus gestellt, dass man durchaus neben dem Lift betreffend Erreichbarkeit andere Möglichkeiten schaffen kann. Das sind zum Beispiel Parkierungsanlagen, dass man mit dem Auto hinauf fahren kann und auf bereits geschlossenen oder eingeebneten Grabfeldern die entsprechenden Anlagen erstellen kann. Das möchten wir gerne weiter als Alternative zum Lift weiter verfolgen und dem Parlament möglichst rasch dann auch eine Vorlage unterbreiten, um eine solche Möglichkeit einer besseren Erreichbarkeit zu unterbreiten. In diesem Zusammenhang ist es uns ein Anliegen, dass das Gutachten in der Baukommission und Altstadtkommission auch unterbreitet wird, um dort eine Meinung abzuholen und schliesslich auch das Parlament damit bedienen zu können. Es sind noch Details und andere Probleme wie Transport von Sachen zu den Grabstellen selber zu regeln, ob Wagen eingesetzt werden sollen, sonstige Hilfen zur Verfügung stellen soll. In diesem Sinne sind wir dort noch nicht so weit, dass wir eine Detailplanung haben. Aber die Kommissionen bzw. das Parlament werden mit einer Vorlage, die wir Euch möglichst zeitnahe unterbreiten möchten, konfrontiert und Eure Meinung abholen. Dies zur Ergänzung der Beantwortung der Interpellation. Danke auch für die Fragestellungen. In diesem Sinne habe ich keine weiteren Ergänzungen zu machen.

Thomas Marbet, SP-Fraktion: Besten Dank, Sarah, für diesen Vorstoss. Man muss auch Vorstösse von Parlamentarierinnen und Parlamentarier verdanken, die insbesondere sehr berechtigt sind. Ich finde, das ist ein berechtigter Vorstoss. Der Friedhof Meisenhard ist tatsächlich ein Ort der Begegnung. Deshalb ist auch der Zugang zu diesem Friedhof sehr

wichtig. Er ist tatsächlich mit diesem Fahrverbot eingeschränkt worden. Ihn hat nicht zuletzt der Sprechende auch etwas provoziert. Ich habe nämlich einmal in der Sicherheitskommission gefragt, wie denn dieser Zugang geregelt ist. Es ist mir nicht ganz klar gewesen. Das Ergebnis war dann, dass es eigentlich ein Fahrverbot gegeben hat, aber natürlich mit Ausnahmen für Berechtigte. Der Zugang zum Friedhof ist tatsächlich nicht ganz einfach, vor allem, wenn man mit Geräten arbeitet oder mit Blumen hinauf geht. Auch ein junger gesunder Mensch kann im Sommer ins Schwitzen kommen, wenn er in die hinterste Ecke gehen muss. Der Ruf nach einem Lift ist deshalb auch verständlich. Der Vorschlag, den wir jetzt im Finanz- und Investitionsplan sehen, mit der Barrierenanlage, vor allem mit dem Parkplatz auf einem Grabfeld, überzeugt uns nicht wirklich. Ich weiss, dass die Vorlage noch aussteht. Sie kommt dann ins Parlament, und wir können dies noch einmal diskutieren. Aber wir möchten doch in den Raum werfen, dass dies gemäss Friedhofreglement eine Stätte der Ruhe und Besinnung ist und wenn ich jetzt diesen Vorschlag anschau, installieren wir auf einem Grabfeld einen Parkplatz mit Barriere und Wagenservice. Wir sind nicht im Shopping-Center und auch nicht im Freizeitland. Wir sind auf einem Waldfriedhof. Notabene ist der Friedhof Meisenhard einer der wenigen Waldfriedhöfe, die wir in der Schweiz haben, und wir müssen Sorge zu ihm tragen. Es wurde mir einmal zugetragen, dass es einen Vorstoss gab, eine Privatinitiative, dass eine Privatperson Fr. 100'000.— für einen Lift spenden wollte. Das Projekt ist dann nicht zustande gekommen. Ich kenne die Gründe nicht. Aber vielleicht weiss jemand aus dem Rat, der schon länger dabei ist, welches die Gründe waren. Sicher wäre auch eine Seilbahn wunderbar. Wir haben hier in Olten geeignete Unternehmen, die dies realisieren könnten. Spass beiseite: Wir möchten den Stadtrat einladen, bei dieser Vorlage doch genügend Sensibilität an den Tag zu legen für diese Stätte der Ruhe und Besinnung und den Parkplatz mit dem Wagenservice dort oben noch einmal zu überdenken, zumal wir am Fuss dieses Hügels Meisenhard ja doch einen grossen Parkplatz haben, wo auch genügend Parkfelder zur Verfügung stehen. Die Frage ist eher, wie Gehbehinderte nach oben kommen und die Autos wieder herunter kommen, wenn sie berechtigt sind.

Doris Känzig, SVP-Fraktion: Dass die Autos zum Hinauffahren auf den Friedhof eine Bewilligung brauchen, ist sicher richtig, damit die letzte Ruhestätte den Namen, den sie hat, auch verdient. Man ist dann im Friedhof wenigstens vor Rasern geschützt. Wenn es gewisse Situationen gibt, wie es in der Antwort des Stadtrates steht, wo das nötige Personal fehlt, wenn es viel Schnee hat oder bei gewissen Kieswegen, die man im Winter räumen sollte, sähe ich hier die ideale Gelegenheit für Arbeitseinsätze im Rahmen des Projektes Passage. Das ist ja das Projekt, das eine Gegenleistung vor Erhalt der Sozialhilfe verlangt, so wie es im Dezember 2011 vom Parlament überwiesen wurde. Das wären dann auch Arbeitseinsätze, die niemand anderem die Stelle wegnehmen.

Heidi Ehrensam, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Ich möchte sagen, dass es ja eine Riesenaufregung war, als das Fahrverbot auf den Friedhof gekommen ist. Es ist jetzt super, dass hier etwas geht und angedacht ist, dass man weiterhin mit dem Auto hinauf fahren und die Gräber auch selber bewirtschaften oder pflegen kann. Aber Thomas Marbet hat es gesagt. Wir haben ein Friedhofreglement, das vorsieht, dass man hinauf fahren darf, wenn man die Gräber pflegt. Das gilt nach meiner Auffassung, sowohl für die Profis, für unsere Gärtner, wie auch für Privatpersonen. Ich bin froh, dass dies jetzt nachhaltig so geregelt wird und man zum Teil auch für Gräberbesuche hinauf fahren kann. Ob der Lift möglich ist, wird man noch sehen. Doris Känzig hat vorher gerade gesagt, bei der Schneeräumung auf dem Friedhof könnte man die Leute von Passage anstellen. Ich glaube aber, dass wir in der Vorlage der Sozialdirektion gelesen haben, dass nicht alle Beschäftigungsmodelle der Sozialhilfebezüger praktisch beschwerdefrei durchgekommen sind, sondern dass es dort eine Beschwerde gegeben und diese Leute zum Teil ja gar nicht mehr an diesen Angeboten teilnehmen müssen, sondern dass man zuerst zahlen und erst nachher Gegenleistungen machen muss. Es ist also nicht so einfach, die guten Angebote, welche die Sozialdirektion hat, vor allem das von Dir genannte, jetzt auch mit den Leuten, die Schnee räumen würden, zu füllen, sofern dann im Friedhof oben Kapazitätsbedarf wäre. Aber wie gesagt: Mit dem Friedhof sieht es gut aus, und ich glaube, in dem Sinn, wie es die Baudirektion jetzt hier angedacht hat, ist dies für eine Bevölkerung ein ganz guter Weg.

Daniel Schneider: Der Umgang mit unseren Verstorbenen ist ein qualitatives Indiz jeder Kultur. Die Vorstellung, dass wir auf den Beinen meines Grossvaters parkieren, irritiert mich etwas. Ich finde dies eigentlich eine unverschämt freche Idee, dies überhaupt zu wollen. Für mich ist eigentlich klipp und klar, dass man dort nicht hinauf fährt. Das heisst aber auch klipp und klar, dass wir einen solchen Lift oder eine ähnliche Situation bauen müssen, um dies zu erleichtern. Es ist mir wirklich ein Rätsel, wie man auf die Idee kommt, jetzt dort oben einen Parkplatz zu machen. Das ist nämlich ein Manifest. Das habe ich aus dem Finanzplan gesehen. Das bleibt nachher auf immer und ewig so. Ich möchte den Stadtrat anregen, dies im Finanzplan vorwärts zu rücken und diesen Lift möglichst rasch zu bauen. Erst dann hat der Waldfriedhof die Qualität, die alle propagieren.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)
Finanzdirektion/Herr Markus Sieber
Finanzkontrolle
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 20. September 2012

Akten-Nr. 19/6

Prot.-Nr. 16

Postulat Thomas Rauch (FDP) und Mitunterzeichnende betr. Beteiligung der ArbeitnehmerInnen an Reduktion des Personalaufwandes/Beantwortung

Am 15. Dezember 2011 haben Thomas Rauch (FDP-Fraktion) und Mitunterzeichnende folgenden Vorstoss eingereicht:

„Jede Reduktion des Personalaufwandes von 5% (oder mehr) soll zu einem Drittel dem Personal als a.o. Lohnzuwachs ausgeschüttet werden. Die Zahlungen sollen zu einer Verbesserung der Positionierung innerhalb der Lohnbandbreiten verwendet werden, wobei diese Ausschüttung zu zwei Drittel an ArbeitnehmerInnen in Lohnklassen zugewiesen werden soll, welche unter/auf dem städtischen Medianlohn liegen und zu einem Drittel auf die restlichen ArbeitnehmerInnen. Somit ist das Prinzip des Leistungslohns hinreichend gewahrt.

Begründung:

- 1) Das Personal und die Exekutive der Stadt Olten sollen Anreize zu mehr Effizienz und zu Kosteneinsparungen erhalten.
- 2) Das stetige Wachstum des grössten Kostenblocks der Stadt soll durch eine aktive Unterstützung aller Angestellten in der Stadt gebrochen werden.
- 3) Begründung bezüglich Verteilschlüssel:
 - a. Oft führen Rationalisierungen und Effizienzsteigerungen bei den operativ Tätigen und tiefsten Lohnklassen zu Verschlechterungen und zusätzlichen Belastungen bei der täglichen Arbeit
 - b. Viele Arbeiten in den unteren Lohnklassen weisen wenig Prestige auf und bedürfen der besonderen Wertschätzung und Aufmerksamkeit.
 - c. Das Gemeinwesen soll sich in tiefen Lohnklassen als vorbildlicher Arbeitgeber positionieren.“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Ernst Zingg** den Vorstoss wie folgt:

Um es vorweg zu nehmen: Der Stadtrat erachtet die Vorschläge des Postulats als nicht vereinbar mit der Rolle eines fairen Arbeitgebers.

Entweder geht der Postulant davon aus, dass bei der Stadtverwaltung Olten Ineffizienz und damit grosses Sparpotenzial bestehen (bei einem Personalaufwand von rund CHF 20 Mio. ohne Sozialversicherungs- und Pensionskassenbeiträge stellen 5% CHF 1 Mio. dar!). Ist dies nicht der Fall, bedeutet eine Reduktion des Personalaufwandes ohne einen Abbau von Leistungen eine Mehrbelastung für die verbleibenden Mitarbeitenden, die aber gemäss dem Vorschlag des Postulanten dafür dann nur zu einem Drittel bezahlt würden. Die

vorgeschlagene Regelung benachteiligt zudem ältere Mitarbeitende, da diesen in der Regel innerhalb der Lohnbänder weniger Anstiegspotenzial bleibt als jüngeren.

Die anvisierte Ausschüttung der eingesparten Mittel zu zwei Dritteln an Arbeitnehmende in Lohnklassen unter oder auf dem städtischen Medianlohn und zu einem Drittel auf die restlichen wäre im Übrigen ohne zusätzliche Regelung gewährleistet, da sich wie in praktisch jedem andern Unternehmen mehr Beschäftigte in den mittleren und unteren Lohnklasse befinden als in den oberen. Zielt diese Regelung indessen auf eine Bevorteilung der unteren und mittleren Lohnklassen ab, ist sie als ungerecht zu qualifizieren, wurden doch bei der Neueinstufung sämtlicher Funktionen im Rahmen der Besoldungsrevision alle Funktionen auf Grund gleicher Kriterien und auf der Basis einer 42-Stunden-Woche analysiert. Unterschiedliche Behandlung der Lohnklassen bzw. der dort Eingestuften würde hier zu Verfälschungen führen. Kommt hinzu, dass die Topkader, das heisst die Mitglieder der Direktionskonferenz, in keiner Form – weder finanziell wie in der Privatwirtschaft üblich noch via Kompensationsmöglichkeit, zusätzliche Ferientage, Kaderpensionskasse oder andere Fringe Benefits – für die von ihnen erwartete Überzeit entschädigt werden. Gerade diese Entscheidungsträger wären aber – ohne davon wesentlich zu profitieren – diejenigen, welche über die erwarteten Sparmassnahmen befinden müssten, während die Exekutivmitglieder gar nicht Teil dieses Systems sind. Eine Korrelation der vorgeschlagenen Regelung mit dem Prinzip des Leistungslohns ist für den Stadtrat auf der Basis der gelieferten Begründung im Übrigen nicht ersichtlich – ausser man geht davon aus, dass die Beschäftigten in den unteren und mittleren Lohnklassen mehr leisten als diejenigen in den oberen.

Festgestellt werden darf ferner, dass die Mitarbeitenden in den unteren Lohnklassen der Stadtverwaltung Olten im Vergleich zur Privatwirtschaft adäquat bezahlt sind. Dazu vielleicht nochmals ein Blick in die Erarbeitung des neuen Lohnsystems, das Mitte 2009 in Kraft trat: Um zu verhindern, dass zahlreiche Funktionen in unteren Lohnklassen wegen der schliesslich ausgewählten „Mini-Version“ tiefer eingereiht werden mussten, wurde unterhalb der Lohnklasse 15 ein Satz von 75% gewährt, ab der Lohnklasse 15 – das heisst ab einem Funktionslohn von 70'000 Franken, wo schwergewichtig Führungsfunktionen wahrgenommen werden – ein Satz von 50%. Damit wurden in einem weiteren Punkt die tieferen Lohnklassen im Vergleich bevorzugt behandelt, nachdem bereits der Frankenbetrag pro Abakaba-Punkt bei den unteren Lohnklassen höher liegt als bei den oberen (konkret bewegen sich die Beträge pro Punkt zwischen 512 und 258 Franken, das heisst in der untersten belegten Lohnklasse erhält man ziemlich genau doppelt so viele Franken pro Punkt wie in der obersten Lohnklasse). Will man die unteren Lohnklassen oder daraus spezielle Berufsgruppen – beispielsweise im Werkhof auf Grund der starken körperlichen Belastung – gezielt fördern, gibt es andere Wege, beispielsweise durch verbesserte (Früh-)Pensionierungsmöglichkeiten.

Zusammenfassend sieht der Stadtrat den Bedarf und die Berechtigung für die seiner Ansicht nach weder gerechtfertigte noch (trotz „sozialer“ Verbrämung) gerechte Neuregelung nicht und empfiehlt dem Gemeindeparlament, das Postulat abzulehnen.

- - - - -

Thomas Rauch: Das Meiste steht in der Zusammenfassung. Ich möchte gleichwohl so kurz wie möglich noch einige Gedanken dazu geben. Ausgangspunkt dieses Postulates war ja die Budgetdebatte 2011. Damals wurde eigentlich hier allseitig festgestellt – oder auch vom Teuerungsausgleich muss ich sagen – dass das Kostenwachstum der Stadt deutlich über dem BIP liegt. Das war eigentlich ein von allen Seiten akzeptierter Einwand, so dass man sich einmal fragen musste, welche Möglichkeiten wir haben. Das war an sich der Anlass für dieses Postulat. Es fasst bei mir auch auf der Überzeugung, dass das Sparen oder Effizienz nicht einfach nur durch Budgetkürzungen und Verordnungen von oben verordnet werden kann, sondern dass man alle Mitarbeitenden im Stadthaus auf allen Stufen mit einbeziehen müsste. In diesem Sinne war es eigentlich ein Versuch von meiner Seite, eine Idee hinein zu

bringen, wenn man von den 5 % Personalaufwandkürzung ausgehen würde, was ja fast nicht möglich erscheint, quasi wie eine Gedankenspiellerei oder Massnahme, um einmal etwas andere Ansätze hinein zu bringen und durch zu diskutieren. Es würde vielleicht ein gewisses Umdenken erzeugen. In diesem Sinne wäre ich dafür, dass wir dieses Postulat überweisen würden. Zur Begründung oder Stellungnahme, der Beantwortung möchte ich nicht viel sagen. Ich denke, sie ist für mich nicht so treffend. Es wird dargestellt, als ob man sagen würde, das Personal sei nicht effizient, oder es missbilligen würde usw. Hier möchte ich mich nicht äussern. Ich denke mehr, dass es eine Idee ist, wo der Ausgangspunkt noch einmal wichtig ist, dass das Kostenwachstum seit Jahren deutlich über dem BIP liegt und man hier einmal etwas andere Ansätze finden oder durchdenken würde.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Wie es der Postulant bereits gesagt hat, liegt es schon eine gewisse Zeit zurück. Das ist so. Ich erinnere mich selbstverständlich auch an diese Diskussion hier. An dieser Stelle wurde dann auch innert relativ kurzer Zeit zwischen uns beiden mehr oder weniger verlangt, dass wir gleich eine Aufstellung präsentieren können, was in dieser Form nicht möglich war, wie sich die Kosten im Personalbereich entwickelt haben oder noch entwickeln werden. Das ist selbstverständlich in Erinnerung. Grundsätzlich ist der Stadtrat und bin ich als Finanzminister für Ideen immer dankbar, wie man sparen oder die Finanzen, wenn sie aus dem Lot wären, ins Lot bringen könnte. Ich muss ganz klar sagen, und das steht im ersten Satz der Antwort, dass wir diesen Vorschlag, so wie er hier kommt und aus dem fett gedruckten Text, der eigentlich der Postulatstext ist und wenn man die Begründung noch subsummiert und heraus nimmt als „der Stadt Olten eines fairen Arbeitgebers nicht würdig ist“. Wir haben versucht, dies auch etwas zu zeigen. Es ist recht schwierig darzustellen, was der Postulant eigentlich verlangt, um nicht nur zu sagen: Das geht in dieser Form nicht. Die Stadt Olten als Arbeitgeberin und wir hier vorne als verantwortliche Exekutive erachten dies – noch einmal: Danke für jede Anregung, wenn es um eine Verbesserung geht – als den falschen Weg. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

Dr. Rudolf Moor, SP-Fraktion: Wir sind mit dem Stadtrat einig, wenn es um die Haltung geht. Wenn man nämlich nicht genau schaut, könnte man eigentlich zuerst meinen, es gehe hier um ein soziales Anliegen. Reduktion der Lohnschere. Das ist ja etwas, für das wir von der SP sehr sind. Wenn man aber genau schaut, und das hat der Postulant vorher gleich selber bestätigt, geht es nicht vor allem um die Reduktion der Lohnschere, sondern um sparen. Wir sind manchmal für sparen, aber nicht sparen für jeden Zweck und nicht unter allen Umständen. Das Postulat finden wir sehr asozial, weil asozial nicht nur eine grosse Lohnschere ist, wobei hier die Stadt sicher weniger schlimm als die Privaten ist, asozial ist vor allem auch ein grosser Druck auf die Arbeitnehmenden. Der Ansatz, mit noch mehr Druck auf die Arbeitnehmenden zu sparen, ist uns natürlich à priori absolut unsympathisch und wir können ihn nicht unterstützen. Aus diesen Gründen werden wir das Postulat nicht überweisen.

Marcel Steffen, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Die Idee, den Mitarbeitenden mit der Ausschüttung einen Drittel der finanziellen Einsparungen infolge Effizienzsteigerung zu geben, ist auf den ersten Blick eine gute. Schaut man doch etwas näher hin, wagt man schon fast etwas zu sagen, diese Idee sei ein etwas seltsames Unterfangen in dieser Stadt, in einer öffentlichen Verwaltung mit einem erst kürzlich eingeführten Lohnsystem und den schon damals entstandenen Diskussionen, die wir hatten. Einig sind wir eigentlich mit dem Anliegen, dass man dem Personal durchaus Anreize schaffen dürfte, die unter Umständen zu einer Effizienzsteigerung führen könnten. Durch diesen Anreiz kann es ja sein, dass man vielleicht noch etwas aktiver als bisher wird, sich noch etwas mehr engagiert, und Sachen findet, wo man noch effizienter werden könnte. Ich denke, das ist durchaus einen Gedanken wert. Effizienzsteigerung und aktives Aufzeigen der Einsparmöglichkeiten erwarten wir aber vom Personal und Stadtrat auch. Der Stadtrat hat uns eigentlich schon mehr als einmal bewiesen, dass dies gemacht wird. Es war beim schulzahnärztlichen Dienst und auch beim Stellenbegehren der Publikumsdienste so, wo man gleich ein Kompensationsgesuch gemacht hat. Genau auf diese Tugenden zählen wir eigentlich weiter. Uns ist aber auch wichtig, dass wir jetzt hier zugehört haben. Wir haben nicht gesagt, dass das Personal der städtischen Verwaltung ineffizient arbeitet. Wir haben einfach gesagt, dass man unter

Umständen vielleicht noch zwei, drei Sachen finden könnte, damit man effizienter wird und demzufolge auch – hier müssen wir der FdP zustimmen – zum Sparen animiert wird. Das ist kein zusätzlicher Druck auf die Leute, die hier arbeiten, sondern sollte eigentlich in deren Sinn sein, wenn man den Arbeitgeber behalten möchte. Das Sparpotenzial, das aufgezeigt wurde, sehen wir so eigentlich nicht. Ich denke einfach, nehmt mit auf den Weg: Bleibt am Ball, auch ohne Postulat. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird das Postulat grossmehrheitlich im Sinne des Stadtrates ablehnen.

Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne: Wir halten nichts von diesem Vorstoss und zwar unter anderem aus folgenden drei Gründen: Erstens geht der Vorstoss von der Annahme aus, im Stadthaus werde grundsätzlich ineffizient gearbeitet. Ich kann dies nicht beurteilen und bin nicht sicher, wer von uns 40 hier Anwesenden dies wirklich kann. Zweitens: Dort, wo das Einsparpotenzial am grössten wäre, nämlich bei den höheren Löhnen, sind horizontal, also auf der gleichen Ebene, eher weniger Kollegen und Kolleginnen vorhanden, die genauer hinschauen könnten. Es würde bei der Aufdeckung von Überkapazitäten und somit bei der Kürzung von Lohnprozents also vor allem wieder die Kleinen treffen. Drittens: Spitzelei. Es ist unwürdig, die Angestellten der Stadt Olten einem Klima der gegenseitigen Überwachung und eines geförderten Denunziantentums auszusetzen. Das Prinzip: Stell die Auslastung Deiner Kollegen in Frage und dann steigt Dein Lohn, halten wir für zynisch und für eine Reduktion des Personalaufwands als gänzlich ungeeignet.

Kilian Schmidiger, SVP-Fraktion: Das Postulat ist für mich zu kompliziert und nicht zielführend, weil das Sparpotenzial nicht realistisch ist. Ausser bei Spezialfällen, wenn zum Beispiel ganze Bereiche wie die Lehrerschaft, der Werkhof, die Polizei oder der Meisenhard-Lift zukünftig von Kanton, Bund oder einem reichen Götti bezahlt würden. Tatsächlich würde ich die Polizei als ein Beispiel bringen, wo Oltner Steuerzahler durch Abschaffung der Stadtpolizei oder besser die Korpsüberführung in die Kantonspolizei den Personalaufwand stark senken könnten. Wenn ich mich nämlich nicht täusche, zahlen die Oltner heute bei der Kantons- und Gemeindesteuer einen Teil der Polizeileistungen doppelt wie es wahrscheinlich auch Grenchen und Solothurn machen. Weiter ist das Postulat kontraproduktiv für die Stimmung unter den Gemeindeangestellten. Zielführend ist eher darauf zu verzichten, zusätzliche Stellen zu schaffen, und auch das Gemeindeparlament ist gefordert, nicht immer neue Aufgaben für die Gemeinde zu erfinden bzw. zu übertragen. Deshalb empfiehlt die SVP Ablehnung des Postulats.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Es ist nicht richtig, wenn ich jetzt noch etwas sage. Aber ich muss rasch etwas aus dem Raum nehmen, das Myriam Frey vorher gesagt hat. Mit den Ausführungen bin ich grundsätzlich völlig einverstanden. Aber der erste Satz: Du wüsstest oder wir wüssten hier nicht, ob das Personal effizient arbeite, stört uns. Es ist ungefähr drei Stunden, seit man der Finanzdirektion, Markus Sieber, völlig zu Recht gesagt hat: Die hervorragende und effiziente Arbeit im Zusammenhang mit dem Investitionsplan. Jedes Jahr hören wir im Juni, wenn die Rechnung präsentiert wird, als erstes von allen Fraktionen, man danke für die hervorragende, sehr gute Arbeit. Damit ist auch etwas Effizienz gemeint. Dann soll man ehrlich sein. Ich denke, wir hier vorne, und ich darf dies im Namen von uns allen sagen, haben hervorragendes Personal. In diesem Haus hat es „saugute“ und gute Leute, wie überall in der ganzen Wirtschaft und in jedem Spektrum.

Myriam Frey: Ich wollte damit schlicht sagen – wir sind am gleichen Ort – dass wir im Einzelfall nicht beurteilen, wie es mit dieser Effizienz steht. Ich gehe selbstverständlich davon aus, dass effizient gearbeitet wird, und es ist der Generalverdacht, es werde nicht effizient gearbeitet, gegen den ich mich aussprechen wollte. Ich wollte die Effizienz von niemandem in Frage stellen.

Thomas Rauch: Ich möchte noch kurz auf den Punkt der Effizienz zurück kommen. Es steht nirgends, dass das Personal nicht effizient ist. Aber wenn man Arbeitsprozesse und Organisationen anschaut, nehmen wir von 1980 bis 2010, haben viele Abläufe geändert. Man hat mit IT einfachste Datenmanagement-Sachen, in der Kommunikation jegliche Abkürzungen, es gibt Automatisierungen. Wenn man dies umgesetzt hat, müsste es ja in der

ganzen Kostenentwicklung über die Jahre Spuren geben, wenn die Prozesse heute anders wären. In jeder betrieblichen Organisation ging früher ein Dossier drei Hierarchiestufen und für die Unterschrift wieder vier Stufen nach oben, und heute ist es in 30 Sekunden mit einem E-Mail erledigt. Ich meinte eigentlich vor allem solche Punkte. Man sieht diese Spur nirgends. Und nochmals: Die Ausgangsidee war, dass man sich hier einig war, dass der Personalaufwand oder die ganze Rechnung in den letzten 10 bis 15 Jahren immer über dem BIP wächst. Die Frage war ja, das Postulat zieht dorthin ab: Wie kann man diese Entwicklung brechen? Ob jetzt der Vorschlag oder die Idee ist Streitbar. Ich habe gesagt, dass es irgendwie eine Gedankenspielerei ist, dass man die Schicht, die am meisten von dieser Arbeit tragen muss, aus meiner Sicht auch am meisten dafür belohnen oder ihr entsprechende Anreize geben soll. Bisher habe ich gesehen, dass es, wenn gespart wird, in sämtlichen betrieblichen Strukturen, diese Schicht am meisten trifft, weil sie mehr liefern und so weiter und so fort. Deshalb sollen sie auch daran beteiligt werden. Punkt 2 ist auch noch einmal wesentlich. Man soll es nicht hierarchisch verordnen, sondern die Leute müssen auf ihrer Stufe versuchen, gute, effiziente Leistungen zu erbringen und dafür irgendeinen Anreiz erhalten. Das hat nichts mit Denunziantentum zu tun. Es kann dorthin brechen, aber nicht wegen vielleicht 2 oder 3 %. In einem anderen Arbeitszusammenhang, wo es vielleicht um eine Verdopplung des Salärs geht, ist dies eine Möglichkeit, aber nicht bei 3 %. Besten Dank für jede Zustimmung.

Thomas Marbet: Ich bin jetzt lange genug in diesem Parlament, um schon auch jedes Jahr von der bürgerlichen Seite den latenten Vorwurf zu spüren, die Stadtverwaltung könnte vielleicht effizienter arbeiten. Es ist schwierig zu beurteilen. Aber vielleicht müsste man halt in diesem Fall den Vorstoss anders machen und die Verwaltung tatsächlich einmal durchleuchten – ich weiss nicht, wann dies zum letzten Mal gemacht wurde – um heraus zu finden, ob die Arbeitsprozesse zielgerichtet, effektiv und effizient sind, um im Beraterjargon zu bleiben. Das würde natürlich bedeuten, dass hier eine externe Überprüfung stattfinden würde. Das würde in der Verwaltung, Ressourcen binden, auch vom Management, und es würde natürlich auch etwas kosten. Aber es wäre vielleicht einmal ein Vorschlag, wo man diese Frage etwas entkrampfter und entspannter überprüfen könnte, nämlich durch Experten, die von aussen kommen.

Dr. Markus Ammann: Ich bin etwas irritiert über das Verständnis, das Thomas Rauch von dieser Stadtverwaltung hat. Wenn Du die Spuren der Büroautomation sehen willst, musst Du davon ausgehen, dass die Aufgaben, wenn es eine Reduktion von 20 oder 30 % geben soll, auch noch die gleichen wie vor 10 Jahren sind. Aber Du sitzt lang genug in diesem Parlament um zu wissen, dass sich natürlich auch die Aufgaben massiv geändert haben und es genau gleich ist wie in jedem privaten Unternehmen auch. Ich weiss nicht, ob Du es absichtlich machst oder es einfach nicht weisst. Das Einzige, was ich aus diesem Vorstoss mit viel gutem Willen heraus lesen oder vielleicht auch als Auftrag an die Stadt weiter geben kann, ist, dass man natürlich möglicherweise ein System von kontinuierlichen Verbesserungsprozessen hat. Das gibt es in anderen Unternehmen auch. Da gibt es Systeme. Aber sie beruhen nicht darauf, dass man dem anderen nachher den Lohn wegnimmt und jenem etwas gibt, sondern sie beruhen in der Regel auf Freiwilligkeit. Nach meiner Erfahrung wird es, wenn es gut eingeführt wird, von den Angestellten sehr gut angenommen.

Beschluss

Mit 31 : 6 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird die Überweisung abgelehnt.

Mitteilung an:
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 20. September 2012

Akten-Nr. 19/6

Prot.-Nr. 17

Postulat Thomas Rauch (FDP) und Mitunterzeichnende betr. Benchmarking/Beantwortung

Am 15. Dezember 2011 haben Thomas Rauch (FDP-Fraktion) und Mitunterzeichnende folgenden Vorstoss eingereicht:

„Die Stadt Olten erarbeitet für die Stadt und auf Ebene Direktion die Grundlagen für ein einfaches und transparentes Benchmarking gegenüber vergleichbaren Städten (z.B. Lohnaufwand im Verhältnis zu der Anzahl Einwohner, Steuereinnahmen, Infrastrukturen, etc.). Die Verfeinerung soll schrittweise erfolgen und nach Möglichkeit in Zusammenarbeit mit anderen Städten, welche identische Eckdaten aufweisen.

Begründung:

- 1) Das Parlament soll die erbrachten Leistungen und Kosten der Stadt besser einordnen, vergleichen und würdigen können.
- 2) Die Stadt Olten soll die Gelegenheit erhalten, den BewohnerInnen die ausserordentlichen Angebote und Leistungen der Stadt im Vergleich zu anderen Städten aufzuzeigen.
- 3) Vergleichende Finanzkennzahlen sollen das Parlament bei wichtigen Vorlagen und Entscheiden unterstützen.“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Ernst Zingg** den Vorstoss wie folgt:

Benchmarking beschreibt den systematischen Leistungsvergleich zwischen Verwaltungseinheiten und/oder privaten Organisationen mit dem Ziel, von den Besten zu lernen. Dieser Prozess verbessert die Zielorientierung und Steuerung von Amtsstellen und Betrieben, indem die Best Practice, also die sukzessive Annäherung der eigenen Leistungserstellung an den jeweils höchsten Entwicklungsstand, zur zentralen Orientierungsgrösse wird.

Das Prinzip des Benchmarkings wird selbstverständlich auch vom Stadtrat begrüsst und bei grösseren Vorhaben denn auch regelmässig von der Stadtverwaltung angewendet. Fast in jedem konkreten Fall muss dann aber festgehalten werden, dass sich die erhobenen Werte nur bedingt vergleichen lassen bzw. dass ein hoher Aufwand erforderlich ist, damit Gleiches mit Gleichem verglichen wird. Unterschiedlicher Lohnaufwand im Verhältnis zur Anzahl der Einwohner deutet beispielsweise nicht zwingend auf eine qualitativ schlechtere Leistungserbringung hin, sondern kann auch auf unterschiedliche Leistungsqualität hinweisen.

Der Stadtrat wird das Instrument Benchmarking - auch im Rahmen des im Aufbau befindlichen Datenmonitorings - weiterhin gezielt anwenden und beantragt in diesem Sinne dem Gemeindeparlament, das Postulat zu überweisen und gleichzeitig als erfüllt abzuschreiben.

- - - - -

Thomas Rauch: Ich kann es hier kurz machen. Es steht alles drin. Mein Antrag wäre, es zu institutionalisieren, systematisch anzuwenden, dass es als Entscheidungsraster dienen würde. Zur Begründung oder Beantwortung kann ich sagen, dass es selbstverständlich so ist, dass man nicht immer überall gleiche Bedingungen hat. Aber ich glaube, dass jedes Benchmarking-System gewisse Sachen aufzeigt und es nachher die Sache der Leute ist, die Daten und Fakten in Beziehung zu setzen und zu begründen, dass man, wenn man irgendwo eine extrem hohe Kostenposition hat, dafür auch einen entsprechenden Nutzen hat. Man könnte es so quasi auch als Marketinginstrument einsetzen, wenn man zum Beispiel sagen würde: Wir haben im Bereich Sport in irgendeiner Disziplin extrem hohe Ausgaben. Dafür haben wir entsprechend einen erfolgreichen Klub. Es wäre die Idee, dass man dies regelmässig überall konsequent machen würde. Ich wäre froh, wenn man das Postulat überweisen würde. Aber gleichzeitig würde ich es aus den erwähnten Gründen als nicht erfüllt erachten, weil es so, wie ich mir es vorstelle, nicht vorliegt.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ein erfolgreicher Klub. Der EHC Olten hat 2 : 1 gewonnen. Dies einfach als Beispiel. Der Match hat gerade hier stattgefunden. Im Budget 2013 ist Geld für Benchmark reserviert. Wir haben auf einen Vorstoss Daniel Probst angefangen, das System zu führen, haben es schon durchgeführt, und werden es im Zusammenhang mit dem Aufbau des Datenmonitorings systematisch machen. Das ist der Grund, weshalb wir es erstens überweisen, weil wir es ja machen, und zweitens auch abschreiben. Abschreiben heisst, und ich weiss, dass ich hier bei Thomas Rauch vermutlich wieder gegen eine Berliner Mauer stosse, wenn man etwas eingeleitet hat, das man jetzt hier auch macht und in der Budgetdebatte dann sogar darüber abstimmen kann, dass man das Postulat eigentlich abschreiben könnte. Sonst schleifen wir es einfach immer hinter uns nach. Aber das ist Eure Angelegenheit.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: In unserer Fraktion sind wir zum Schluss gekommen, dass dieses Postulat durchaus wünschenswerte Ziele verfolgt, dass es sich aber zu sehr an dem orientiert, womit sich gewinnorientierte Unternehmen so gerne beschäftigen. Dem spezifischen Charakter der öffentlichen Verwaltung wird das Postulat zu wenig gerecht. Wir haben nichts gegen eine Orientierung an Kennzahlen, im Gegenteil. Aber Kennzahlen sind nicht nur Finanzkennzahlen. Interessanterweise ist mir die Zeitung „Sonntag“ des letzten Sonntags gerade zu Hilfe gekommen. Auf der Frontseite von „Stellensonntag“ hatte es sehr schöne Titel „Zahlen alleine führen ins Abseits“. Untertitel: „Vorgesetzte, die sich ausschliesslich an Ergebnissen orientieren, verlieren rasch an Rückhalt“. Mindestens indirekt sind wir durchaus auch Vorgesetzte in dieser Stadt. Für einen Qualitätsvergleich unter Städten sind Finanzkennzahlen viel weniger bedeutsam als andere Kennwerte. An der Fachhochschule hier bei uns in Olten gibt es zum Thema Public Management sehr viel Fachwissen. Es sind zum Beispiel Kennzahlenmodelle für öffentliche Gemeinwesen, aber auch für Non-Profit-Organisationen, entwickelt worden. Es ist spannend, solche Arbeiten zu lesen! Eine wichtige Kennzahl für Gemeinden ist zum Beispiel der Grad der Beteiligung durch die Bevölkerung, eine andere aussagekräftige Kennzahl ist ihre Zufriedenheit mit den Dienstleistungen oder die Anzahl Beschwerden im Verhältnis zur Einwohnerzahl, selbstverständlich die tiefe Anzahl. Weitere wichtige Kennwerte auf Seiten des Personals sind die Zufriedenheit der Mitarbeitenden, die Absenzenrate oder die Fluktuation. Möglichst wenig Überstunden pro Vollzeitstelle ist ein Zeichen von Qualität. Möglichst kurze Bearbeitungszeit von externen Anfragen ein anderes. Solches muss im Vordergrund stehen,

wenn wir uns mit anderen Kleinstädten und Regionalzentren vergleichen wollen, nicht bloss die Finanzkennzahlen. In der Fraktion der Grünen haben wir aber auch über den Boom von Benchmarking diskutiert. Dieser Boom ist begleitet von einer Ranglistengläubigkeit, die uns nur noch staunen lässt. Wenn in einem Skirennen Beat Feuz zwei Hundertstelssekunden vor Aksel Lund Svindal durchs Ziel fährt, dann mag es ja korrekt sein, einen Rang eins und Rang zwei zu vergeben. Es ist aber Mode geworden, Ranglisten von Firmen als Ganzes, von ganzen Ländern, von Kantonen oder Städten zu erstellen. Dabei werden die Rangplätze aus Unterschieden abgeleitet, die im statistischen Zufallsbereich liegen: Dazu können wir nur sagen: Der wichtigste Bedarf sind offensichtlich ein paar Nachhilfestunden in Mathematik. Und dann möchte ich noch an Folgendes erinnern: Es gibt eine Partei, die sich Bürokratieabbau gross auf die Fahne geschrieben hat. Man muss einfach ehrlich eingestehen, dass es immer mit einem bürokratischen Aufwand verbunden ist, Kennzahlen zu erheben. Wir Grüne sind wie erwähnt dafür, dass es zu wohl überlegten Themen solche Erhebungen gibt. Es soll dann aber niemand hier im Saal den Gemeindeangestellten vorwerfen, sie würden nicht arbeiten, sondern nur Formulare ausfüllen. Die Grünen folgen mehrheitlich dem Antrag des Stadtrates auf Abschreibung.

Dr. Markus Ammann: Die SP-Fraktion geht noch etwas weiter und würde das Postulat eigentlich lieber nicht überweisen, und falls es überwiesen würde, würden wir es abschreiben. Mit Benchmarkings ist es etwas wie mit Statistiken. Dort heisst es ja auch: Traue nur den Statistiken, die Du selber gefälscht hast. Eigentlich sind ja Benchmarkings nichts anderes als Statistiken. Sie vergleichen und rangieren einen sehr kleinen Ausschnitt aus der Zahlenrealität. Das weist auch auf die Schwächen solcher Benchmarkings hin. Sie sind vielmals oder meistens nur im Zusammenhang mit einer ganz bestimmten Fragestellung gültig und sinnvoll zu interpretieren. Solche Zahlenvergleiche sind deshalb auch immer wieder grosser Kritik ausgesetzt. Auch in dieser Stadt diskutieren wir immer wieder über solche Benchmarks und wissen jeweils nicht so richtig, wie man diese einschätzen soll. Ein Oltner Benchmarking würde auch in diesem Saal unendliche Diskussionen um die richtigen Kriterien auslösen. Dass die kleine Stadt ein eigenes umfassendes Benchmarking selber aufbauen soll, ist für die SP-Fraktion ausgeschlossen. Trotz dieser klaren Vorbehalte und Einschränkungen möchten wir den Benchmarkings nicht einen gewissen Wert absprechen. Bei jeder Statistik, jedem Benchmark, jeder Rangierung gibt es Informationen, die uns weiter bringen können. Diese heraus zu finden macht durchaus Sinn. Zum Beispiel dort, wo wir uns langfristig und themenspezifisch mit anderen vergleichen, zum Beispiel im Bereich Umwelt, Nachhaltigkeit, zum Beispiel im Bereich Energie – dort machen wir es nämlich – wir sind bei der Energiestadt und haben ein Energiestadtlabel. Dort wird auch ein Benchmarking gemacht. Aber das ist ganz gezielt. Dort wissen wir, worum es geht und was wir damit machen. In diesem definierten Rahmen mit klaren Resultaten können wir es auch interpretieren und einen Nutzen daraus ziehen. Es macht vielleicht auch dort Sinn, im Rahmen eines konkreten Projektes, eines Berichts und Antrags, wie wir dies auch heute schon machen. Zudem sehen wir auch ein gewisses Potenzial in den vielen Studien, Benchmarkings und Ranking, Städtevergleichen, Städterankings, die Felix angesprochen hat. Auch sie können natürlich nützlich sein, übrigens völlig unabhängig vom Ranglistenplatz. Wir können dort genauer hinsehen und zwar bezüglich unseren Bedürfnissen, unseren Strategien, unseren Leitbildern, überprüfen, ob wir Schwachstellen haben und mögliches Verbesserungspotenzial erkennen. Aber all diese drei Ansätze, die ich jetzt geschildert habe, verfolgt die Stadt Olten ja heute schon. Wer interessiert ist, findet vielleicht bei der Fachhochschule oder zum Beispiel auch beim Bundesamt für Statistik eine Fülle von Zahlen zu den verschiedensten Themen, gerade auch zu Finanzzahlen im Zusammenhang mit Städten und Gemeinden. Systematisch und dauerhaft ein eigenes Benchmarking aufzustellen, ist aber unserer Ansicht nach definitiv kritisch, denn ein solches Benchmarking trägt genau die Problematik in sich, der man mit einem Benchmark eigentlich begegnen möchte. Es ist nämlich der ständigen Gefahr ausgesetzt, betriebsblind zu sein. Ein Benchmark, das wir selber machen, wird dazu tendieren, zu berücksichtigen, was uns selber hilft, und das andere etwas zu vernachlässigen. Damit haben wir das Ziel, das wir eigentlich möchten, genau nicht erreicht. Das Postulat ist deshalb ungeeignet, weil es auch auf einen

ganz kleinen Teil der Verwaltungstätigkeit, nämlich die Finanzen, fokussiert. Gerade die Finanzen können in einer Gemeinde nicht unbeachtet von den verschiedensten anderen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Gesichtspunkten angeschaut und beurteilt werden. Finanzzahlen sagen relativ wenig über den wahren Zustand oder die Attraktivität einer Gemeinde, über das Wohlbefinden der Einwohnerinnen und Einwohner oder die erbrachten Leistungen aus. Damit sind wir auch ein Stück weit bei einem Geburtsfehler des Postulats. Was will man eigentlich mit dem Benchmarking erkennen? Was will man eigentlich erreichen? Wie und wann soll es eingesetzt werden? Was ist der konkrete Nutzen? All dies kommt in der Begründung und in meinen Augen auch heute Abend nicht zum Ausdruck. Es erstaunt uns ein Stück weit, weil doch gerade die FdP immer nach Aufwand und Ertrag eines Postulats fragt. Wir erlauben uns, dies etwas zu beantworten. Das Postulat führt zu viel Aufwand und zu keinem Ertrag. Weil wir der Meinung sind, dass ein Benchmarking im Gegensatz zu dem, was Ernst Zingg gesagt hat, eben nicht ein Datenmonitoring ist, das für die Stadt durchaus nützlich ist, machen wir es noch kürzer und überweisen das Postulat gar nicht.

Marcel Steffen: Nachdem die SP etwas länger war, mache ich es kürzer. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird das Postulat grossmehrheitlich im Sinne des Stadtrates überweisen und gleichzeitig abschreiben. Ich denke, über Benchmark haben wir genug geredet. Mein „Benchmark-Zytli“ wäre für das Bett.

Dr. David Wenger, SVP-Fraktion: Ich versuche es noch kürzer zu machen als Marcel Steffen. Dito.

Parlamentspräsidentin Anna Engeler: Merci vielmals. Genau solche Voten brauchen wir um diese Zeit.

Urs Knapp: Ich erhöhe jetzt natürlich die Masse des Benchmarks etwas und schaue, wer etwas Durchhaltewillen hat, auch wenn sie um 5 Uhr aufstehen müssen wie Marcel und ich. Markus Ammann, was ich bei Dir mitnehme, ist, dass es ein gutes und ein schlechtes Benchmarking gibt. Bei Energie und Ökologie ist es selbstverständlich gut. Dort machen wir es, vor allem, wenn wir gut heraus kommen. Bei anderen Themen, wo man vielleicht sogar kritische Fragen stellen, lassen wir es lieber bleiben. Ich glaube, Benchmarking ist ja genau dies. Benchmarking ist ein Führungsinstrument. Es ist eigentlich ein Instrument in der Führung, das einem erlaubt, die richtigen Entscheide zu fällen. Sonst machen wir nachher einfach Blindflug. Das ist am Schluss sicher nicht effizient.

Thomas Rauch: Ich möchte nur noch kurz eine Korrektur oder Ergänzung anbringen. Das Fettgedruckte im Postulat schliesst eine Evaluation von qualitativen Elementen nicht aus. Es ist in der Begründung nur als Beispiel erwähnt. Bei den Finanzen ist es natürlich am einfachsten. Aber es gibt selbstverständlich auch im Bereich von Qualität, wie erwähnt, von Infrastrukturanlagen Möglichkeiten zum Vergleich. Ich denke auch, dass es vor allem für die Exekutive helfen würde, gute Entscheide oder Entscheidungsgrundlagen zu haben. Deshalb würde es Sinn machen, dies systematisch zu tun.

Beschluss

Mit 22 : 14 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.

Beschluss

Mit 28 : 12 Stimmen wird das Postulat abgeschrieben.

Mitteilung an:
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

Parlamentspräsidentin Anna Engeler: Merci vielmals, dass Ihr so lange mit mir durchgehalten habt, und gute Nacht.

Die Parlamentspräsidentin:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.